

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

# Politische Berichte



10. Oktober 1981  
Jg. 2 Nr. 21

G 7756 D Preis:  
2 DM

Und wenn Ihr nicht zu uns kommen wollt,  
dann kommen wir eben zu Euch!



UNO-Generalversammlung: Die Staaten der Dritten Welt beharren auf der Durchsetzung ihrer Forderungen

Seite 7



Spar- und Rüstungshaushalt 82: Die IG Metall tut sich noch schwer, den Widerstand zu organisieren

Seite 8



Italien: Kampf gegen Stationierung von Raketen

Seite 31

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des BWK · 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 73 76  
Erscheint vierzehntäglich bei: GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte, m.b.H., 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 74 57. Preis: 2,00 DM

## Inhalt

„Ostpolitik“: Die CDU will „Öffnung unserer Außenpolitik gegenüber dem Osten“ und im Inneren für die Kriegsziele der BRD mobilisieren .....	Seite 3	„Bayerischer Weg“ .....	Seite 22	
Uneingeschränkte völkerrechtliche Anerkennung der DDR durch die BRD! .....	Seite 4	GGLF-Gewerkschaftstag: Entwicklung in den letzten vier Jahren .....	Seite 23	
Das „Kuratorium Unteilbares Deutschland“.....	Seite 5	„Schneller Brüter“: Fortsetzung des Abenteuers .....	Seite 23	
<b>Aus Politik und Wirtschaft — kurz berichtet</b>		Seite 6	Gesundheitstag 1981: Zentrales Thema: Kampf gegen den Krieg .....	Seite 24
UNO-Generalversammlung: Die Staaten der Dritten Welt beharren auf der Durchsetzung ihrer Forderungen	Seite 7	Baden-Württemberg: Parteitag der Grünen zur Aufrüstung .....	Seite 24	
Bayern: Streit um den Rhein-Main-Donau-Kanal .....	Seite 7	Westberlin: Die Kräfte gegen das Programm des CDU-Senats gruppieren sich .....	Seite 25	
Spar- und Rüstungshaushalt 82: Die IG Metall tut sich noch schwer, ihren Widerstand zu organisieren .....	Seite 8	Neugestaltung des Westberliner Wohnungsmarktes macht den Wohnungsleerstand zwingend .....	Seite 26	
Wohnungsbau debatte: Parteien geschlossen gegen Mieter .....	Seite 9	Stichwort: Wohnungsbaupolitik .....	Seite 27	
IG Metall: Klausurtagung in Ludwigsburg lässt Schlimmes befürchten .....	Seite 10	<b>Internationale Nachrichten</b>		
Nordirland: Hungerstreik nach 7 Monaten beendet .....	Seite 11	Algerien: Partei und Gewerkschaft diskutieren über Privatsektor und Sozialversicherung .....	Seite 29	
Europäische Gemeinschaft: Genschers sicherheitspolitische Initiative .....	Seite 12	Weltbank/IWF: Wer arm ist, soll noch mehr zahlen .....	Seite 29	
Belgien: Westdeutsche Banken wollen Franc-Abwertung	Seite 12	USA: Neues Agrargesetz: die „Weizenwaffe“ .....	Seite 30	
Landwirtschaft UdSSR: Das imperialistische Konzept „wirtschaftliche Ruinierung der UdSSR durch Rüstungswettlauf“ ist wenig aussichtsreich .....	Seite 13	Chile: Einheitsfront der Linksparteien .....	Seite 30	
Selbstverwaltung der Kollektivwirtschaften und Planung der Produktion .....	Seite 14	Griechenland: Wahlkampf: Parteien zu EG und NATO	Seite 31	
Sowjetische Militärausgaben .....	Seite 16	Italien: Kampf gegen Stationierung von Raketen .....	Seite 31	
Entwicklung der sowjetischen Wirtschaft, Lebensstandard der Volksmassen .....	Seite 17	Nationalisierungen in Frankreich: Nur Straffung des Produktionsapparates oder Änderung der Machtstruktur? .....	Seite 32	
<b>Nachrichten aus der Arbeiterbewegung</b>		Seite 18	Stellungnahme der größten Gewerkschaften CGT und CFDT .....	Seite 33
BASF-Betriebsrat: Forderungen gegen Auswirkungen der Schichtarbeit .....	Seite 19	<b>Aus Kultur und Wissenschaft</b>		
BMW München: Investitionen für höhere Stückzahlen	Seite 19	Lola: Faßbinder über „Wirtschaftswunderzeiten“ – ein Film über die Reorganisation der Bourgeoisie .....	Seite 34	
Rhein-Main-Flughafen: Zwei weitere Startbahnen für die Nachschubbasis der NATO-Eingreiftruppe .....	Seite 20	Erbauliches für schlechte Zeiten .....	Seite 34	
Baden-Württemberg: „Tendenzwende“ auch in der Hochschulpolitik .....	Seite 21	Irrlicht und Feuer .....	Seite 34	
Universitäten: Disziplinarverfahren gegen P. Brückner eröffnet .....	Seite 21	Die CIA-Müllabfuhr und der Mauerbau .....	Seite 35	
Zentral-Landwirtschaftsfest in München: Die Bauern diskutieren ihre Forderungen .....	Seite 22	Kraftfahrzeugversicherung: Geschichte und Wirkung des Schadensfreiheitsrabatts .....	Seite 35	
		Italienischer Friedensvertrag: Nichteinhaltung stärkte westdeutschen Imperialismus .....	Seite 36	
		Mundart-Rock: „Wolfgang Niedeckens BAP rockt andere Kölsche Leeder“ .....	Seite 37	
		Entwicklung der Jahreslöhne und -gehälter seit Januar 1980 .....	Seite 38	

„Ostpolitik“

## Die CDU will „Öffnung unserer Außenpolitik gegenüber dem Osten“ und im Innern für die Kriegsziele der BRD mobilisieren

Ende Oktober, also noch vor dem für den 22. November angekündigte Besuch Breschnews in Bonn, reist der stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende Leisler-Kiep nach Moskau. Sein Auftrag ist fest umrissen.

„Wir brauchen eine Öffnung unserer Außenpolitik gegenüber dem Osten“, hat CDU-Generalsekretär Geißler erst kürzlich verlangt. Der stellvertretende CDU-Vorsitzende Biedenkopf führte aus, daß die Unionsparteien sich nicht nur abgrenzen, ihre Bereitschaft zur Verteidigung betonen dürfen, sondern gerade und v.a. auch ihre Bereitschaft zu „Verhandlungen und Gesprächen, um Europa interessierende Dinge gemeinsam zu lösen“, herausstellen müßten. Auch der Leitantrag, der dem CDU-Parteitag am 3. – 5.11. in Hamburg vorliegt, enthält etwa gegenüber dem Bundestagswahlprogramm von 1980 in den betreffenden Passagen eine deutlich unterschiedene Tönung. Hieß es 1980 noch barsch: „Wir gehen von den geschlossenen Verträgen aus“, so gibt die CDU-Führung jetzt die Linie aus: „Die CDU tritt dafür ein, den Moskauer Vertrag, den Warschauer Vertrag, den Vertrag mit der CSSR sowie den Grundlagenvertrag mit der DDR als Instrumente deutscher Politik im Interesse des deutschen Volkes und des Friedens zu nutzen und diese Verträge über den Grundsatz des Gewaltverzichts hinaus mit Leben zu füllen.“

Verlor sie im Bundestagswahlprogramm über Verhandlungen mit osteuropäischen Regierungen kein Wort, so teilt sie heute der Öffentlichkeit mit: „Die CDU ist zu einem kontinuierlichen Gedanken- und Informationsaustausch mit der sowjetischen Führung und mit den Regierungen der osteuropäischen Staaten bereit.“

Mit der Attacke Schmidts, daß der CDU/CSU zwar nicht der Wille, wohl aber die Fähigkeit zum Frieden abgesprochen werden müsse, hat die SPD den Unionsparteien im letzten Bundestagswahlkampf die Regierungsfähigkeit bestritten – mit Erfolg. Diese Attacke spielte zumindest im zweiten Teil auf einen entscheidenden Vorbehalt von großen Teilen des Volkes gegenüber einer CDU-geführten Regierung an: als einer Regierung nämlich, die den Kurs des Revanchismus, der Einverleibungsansprüche gegen die DDR und Teile Polens und der UdSSR verfolgt.

Dieser richtige und weitverbreitete Vorbehalt allerdings ist mit fast ebenso weitverbreiteten falschen Auffassungen über die sog. Ostverträge verbunden. Die CDU/CSU selbst hat kräftig an diesen Auffassungen mitgewirkt. Denn gerade weil sie die Ostverträge als „Verzichtspolitik“ bekämpfte – noch im Wahlkampf 1980 griff sie die SPD an, weil diese „ein Gewaltregime auf deutschem Boden anerkannt“ hätte –, bestärkte sie die Ansicht, als sei

en mit den Verträgen langjährige Forderungen erfüllt worden, als seien die Oder-Neiße-Grenze anerkannt, die DDR anerkannt und die Wiedervereinigungs- und Großdeutschland-Ansprüche aufgegeben worden.

Weil dies jedoch in keiner Weise der Fall ist (s. dazu Politische Berichte 6/81 und 9/81), kann die CDU/CSU heute umstandslos dazu übergehen, die einst bekämpften und dann mehr oder weniger stillschweigend akzeptierten „Ostverträge“ „mit Leben füllen“ zu wollen. Dabei unterscheidet sie sich in dem, was sie unter „mit Leben füllen“ versteht, so grundsätzlich von der SPD/FDP-Regierung nicht.

Das Hauptresultat der von der Großen Koalition eingeleiteten und den folgenden SPD/FDP-Regierungen entfalteten „neuen Ostpolitik“ ist die ökonomische Infiltration der RGW-Planwirtschaften mittels Warenexport und mittels Kapitalexport. 1970 war die Westverschuldung der RGW-Länder unbedeutend; heute sind sie mit schätzungsweise zwischen 70 und 80 Mrd. \$ bei den westlichen Imperialisten verschuldet, und die BRD ist einer der, wenn nicht sogar der Hauptgläubiger. Das heißt, daß die westlichen Imperialisten und unter ihnen vor allem die BRD zwischen 10 und 40% der Importe aus RGW-Ländern gleich mit den Zinsforderungen verrechnen, sich also quasi umsonst aneignen, und daß die RGW-Länder einen großen Teil ihres gesellschaftlichen Mehrprodukts als Zinszahlungen abführen müssen. Das heißt weiter, daß die westlichen Imperialisten über starke ökonomische Druckmittel gegen die RGW-Länder verfügen, was nicht Polen zu spüren bekommt. Erst kürzlich haben die westlichen Banken der DDR einen beantragten 300 Mio. DM-Kredit verweigert und einen dann schließlich „gewährten“ 100 Mio. DM-Kredit mit hohen Auflagen verbunden.

Vor allem gegenüber der DDR nun drängt die CDU/CSU, nach dem Motto von „Leistung und Gegenleistung“ die politischen Früchte der ökonomischen Infiltration einzubringen. Zusätzlich zu den „gewöhnlichen“ Mitteln des Warenexports und des Kapitalexports mittels Krediten haben die BRD-Imperialisten sich hier zahlreiche weitere Druckmittel geschaffen. Der Bundeshaushalt 1980 weist über 1 Mrd. DM an „unmittelbaren und mittelbaren Leistungen für die DDR“ aus, ohne die geheimgehaltenen Aufwen-



Der westdeutsche Warenexport in die DDR stieg von 1,5 Mrd. DM 1968 auf 5,9 Mrd. Die DDR ist mit 10 Mrd. \$ bei den westlichen Imperialisten verschuldet.



BRD-Zahlungen für Straßen durch die DDR 1980: 317,5 Mio. DM

dungen für die Tätigkeit und dann den Loskauf politischer Gegner der DDR. Die Absicht dieser „unmittelbaren und mittelbaren Leistungen“ ist, die DDR wirtschaftlich gegenüber den anderen RGW-Ländern zu stärken, damit die Konkurrenz im RGW zu schüren und dabei eine wachsende Abhängigkeit der DDR zu erreichen. Die DDR hat

sich darauf eingelassen und sieht sich in der Folge ständigen politischen Erpressungsversuchen ausgesetzt.

Anfang 1982 will Schmidt das bereits für 1980 geplante DDR-Treffen mit Honnecker nachholen. 1980 hatte er den Besuch verschoben, angeblich wegen der „Lage in Polen“. Tatsächlich hatte sich die DDR geweigert,

„Vorbedingungen“ der BRD zu erfüllen. Welche „Vorbedingungen“ die Bundesregierung durchsetzen wollte, hat sie wohlweislich geheimgehalten. Sie sind aber nach allem nicht schwer zu erraten: die Zurückstellung, wenn nicht Aufgabe der Forderungen nach Anerkennung der DDR-Staatsangehörigkeit und nach Umwandlung der Ständigen Vertretungen in reguläre Botschaften. Kürzlich war SPD-Vorstandsmitglied Bahr in Ostberlin, offensichtlich zur Vorbereitung des Schmidt-Besuchs. Die Opposition hat sich scheinheilig erregt, daß Bahr dabei auch Gespräche „unter vier Augen“ geführt hat. Doch hat sie sorgsam vermieden, den *Inhalt* der Gespräche, von denen sie natürlich Kenntnis hat, an die Öffentlichkeit zu zerren, würde dies doch die Erpressungsversuche gegenüber der DDR offenlegen und damit erheblich erschweren.

Doch wäre die Annahme nicht richtig, daß die CDU/CSU mit der „Öffnung unserer Außenpolitik gegenüber dem Osten“ lediglich bezweckt, der sozialliberalen Ost- und „Deutschland“-

## Uneingeschränkte völkerrechtliche Anerkennung der DDR durch die BRD!

„Die Wiedervereinigung ist ein verfassungsrechtliches Gebot“, hat das Bundesverfassungsgericht 1973 für alle Bundesregierungen verbindlich festgelegt. Warum das so sei, und wie diese „Wiedervereinigung“ durchgeführt werden muß, hat das Verfassungsgericht in der Urteilsbegründung zum Grundlagenvertrag zwischen der Bundesrepublik und der DDR angeordnet: „Das Deutsche Reich existiert fort ... Mit der Errichtung der Bundesrepublik Deutschland wurde nicht ein neuer westdeutscher Staat gegründet, sondern ein Teil Deutschlands neu organisiert ... Die Bundesrepublik Deutschland ist also ... als Staat identisch mit dem Staat ‚Deutsches Reich‘ – in bezug auf seine räumliche Ausdehnung allerdings ‚teilidentisch‘, so daß insoweit die Identität keine Ausschließlichkeit beansprucht.“ „Die Deutsche Demokratische Republik gehört zu Deutschland und kann im Verhältnis zur Bundesrepublik Deutschland nicht als Ausland angesehen werden.“ „Artikel 23 Grundgesetz bestimmt: „Dieses Grundgesetz gilt zunächst im Gebiet der Länder ... In anderen Teilen Deutschlands ist es nach deren Beitritt in Kraft zu setzen.““ Die Bestimmung „besagt, daß sich diese Bundesrepublik Deutschland als gebietlich unvollständig versteht ... und daß sie erst ‚vollständig‘ das ist, was

sie sein will, wenn die anderen Teile Deutschlands ihr angehören ... Diese Aufnahme der anderen Teile Deutschlands in *einen* freien deutschen Staat ... ist die grundgesetzlich gebotene Rechtsauffassung.“

Diesen Anspruch auf Einverleibung der DDR, die die westdeutsche Bourgeoisie sich in das Grundgesetz hatte schreiben lassen, verfolgte sie seit Gründung der BRD kontinuierlich. 1949 stellte Adenauer den Alleinvertretungsanspruch auf: „Die Bundesrepublik ist ... bis zur Erreichung der deutschen Einheit insgesamt die alleinige legitimisierte staatliche Organisation des deutschen Volkes. Die Bundesrepublik ist allein befugt, für das deutsche Volk zu sprechen. Sie erkennt Erklärungen der Sowjetzone nicht als verbindlich für das deutsche Volk an. Das gilt insbesondere auch für Erklärungen, die in der Sowjetzone über die Oder-Neiße-Linie abgegeben worden sind.“ Alleinvertretungsanspruch und Nichtanerkenntung der DDR faßten die 3 Siegermächte in dem Deutschland-Kommuniqué der New Yorker Außenministerkonferenz vom 19.9.50 zusammen: „Bis zur Vereinigung Deutschlands betrachten die drei Regierungen die Regierung der Bundesrepublik als die einzige frei und gesetzlich konstituierte deutsche Regierung, die infolgedessen befugt ist, in internationalen Angelegenheiten als Vertreter des deutschen Volkes für Deutschland zu sprechen.“

Bis zur sozialliberalen Koalition 1969 betrieben die Bundesregierungen die Politik, die DDR international zu isolieren und die Anerkennung durch andere Staaten zu verhindern. Mittel war die berüchtigte Hallstein-Doktrin, die den Abbruch der diplomatischen Beziehungen vorschrieb gegen Staaten, die die DDR anerkannten.

Den Alleinvertretungsanspruch mußte die westdeutsche Bourgeoisie aufgeben und infolgedessen auch die Hallstein-Doktrin. Sie mußte die Anerkennung der DDR durch *andere Staaten* zulassen. Diese Aufgabe des Alleinvertretungsanspruchs erweckte zwar den Anschein, als ob die Bundesregierung eine grundsätzlich andere Politik gegenüber der DDR betreibe. Aber an der Substanz hatte sie nichts geändert. Nach wie vor erkannte sie die DDR nicht an. Als die Brandt/Scheel-Regierung 1970 die Verhandlungen mit der DDR aufnahm, betonte Brandt: „Eine völkerrechtliche Anerkennung der DDR durch die Bundesregierung kann nicht in Betracht kommen.“ Der Vertreter der Bundesregierung vor dem Verfassungsgericht: „An die Stelle der juristischen Fiktion der Einheit tritt eben das Offenhalten der deutschen Frage.“ Bundeskanzler Schmidt drückt es etwas anders aus in der Regierungserklärung 1980: „Wir wollen das Bewußtsein von der Einheit der deutschen Nation wachhalten.“ Das Ziel bleibt dabei beständig: Die BRD soll „vollständig“ gemacht werden durch die Einverleibung der DDR.

politik mehr Gewicht zu verschaffen. Im Leitantrag zum Parteitag beruft sich der CDU-Bundesvorstand unter dem Stichwort „Deutschlandpolitik“ ausdrücklich auf den Deutschlandvertrag von 1952/54, der nach wie vor gültig ist, in den letzten Jahren aber selbst aus der CDU/CSU-Wiedervereinigungspropaganda etwas verschwunden war, und zwar wegen seiner unzweideutig aggressiven, mit halben Kriegsdrohungen untermalten Einverleibungsansprüche gegen die DDR und Teile Polens und der UdSSR. Die Reaktion tritt an zur gesellschaftlichen Mobilisierung für die Expansionsziele des westdeutschen Imperialismus.

Und Leisler-Kiep verhandelt in Moskau. Damit die CDU/CSU den Vorbehalt von Millionen wenigstens abschwächen und sich mit der Glorie einer „Friedenspartei“ schmücken und mit dieser Glorie einer „Friedenspartei“ für die Kriegsziele der westdeutschen Finanzbourgeoisie trommeln kann, braucht und will sie eine Erklärung der Sowjetunion, daß diese auch mit einem Kohl und Strauß zu verhandeln bereit ist, die die Expansionsansprüche unverhohlen verfechten. Hat die CDU/CSU dabei Erfolg, dann ist nicht nur ein letztes Hindernis für den Sturz der SPD-geführten Regierung und ihre Ablösung durch eine CDU/CSU-Regierung gefallen. Dann ist das auch das Signal dazu, die politische Opposition gegen Aufrüstung und Kriegsvorbereitung von hinten nach vorn aufzurollen.

Vielleicht hält mancher die Gefahr für übertrieben. Jedoch: Auf der Kundgebung am 10.10. in Bonn tritt neben Eppler (SPD), Born (FDP) und anderen gleich zu Beginn der CSU-Politiker Mechtersheimer auf. Er hat als Kritiker der Kriegsmittel, nämlich der Atomraketenbewaffnung, sich Ansehen in der Friedensbewegung verschafft; uns ist aber nicht bekannt, daß er die Kriegsziele der BRD – die Neuordnung Europas durch ein Großdeutschland – kritisiert und bekämpft. Schnell und ganz gegen ihre Interessen kann sich die Friedensbewegung in einer Lage wiederfinden, in der diejenigen, die sie als ihre Sprecher akzeptiert, sie mit den Kriegszielen des westdeutschen Imperialismus auszusöhnen versuchen.

Der DGB hat aus seinem Grundsatzprogramm die „Wiedervereinigung“ gestrichen. In der SPD gibt es einige, die öffentlich für die Anerkennung der DDR eintreten. Es ist dringlich, daß sich die politische Opposition gegen Aufrüstung und Kriegsvorbereitung darauf einigt, daß sie den westdeutschen Expansionismus in die Schranken weist und einen Friedensvertrag erkämpft, in dem die BRD die bestehenden Grenzen in Europa anerkennt.

## Das „Kuratorium Unteilbares Deutschland“

Im Sommer dieses Jahres feierte das „Kuratorium Unteilbares Deutschland“ sein 27jähriges Bestehen. Am 6. März 1954 war es gebildet worden, wenige Monate, bevor die Bundesregierung der NATO beitrat.

Von Anfang an war das Kuratorium dazu gedacht, den Rahmen für den Aufbau einer Allparteienkoalition in der „Deutschlandpolitik“ abzugeben. Um es für die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften verlockend zu machen, beauftragten die Imperialisten Vertreter des „nationalen“ CDU-Flügels um den ehemaligen Ost-CDU-Vorsitzenden und Minister für Gesamtdeutsche Fragen Kaiser und das Vorstandsmitglied der „Exil-CDU“ Grasl mit der Führung der Geschäfte, während Adenauer sich im Hintergrund hielt.

Diesen Politikern gelang es, sowohl die SPD – vertreten durch ihren Vorsitzenden Ollenhauer und Herbert Wehner – wie den DGB in das Kuratorium einzubeziehen.

Zunächst hauptsächlich durch Spenden finanziert, ab 1958 auch durch einen von allen Städten und Gemeinden pro Einwohner und Jahr abgeführten „Deutschland-Pfennig“, entfaltete das Kuratorium in Zusammenarbeit mit den Vertriebenenverbänden eine umfangreiche Propagandaarbeit. Unterstützt von Unterausschüssen auf Landes-, Kreis- und Ortsebene, die oft mit Ministern, Land- und Kreisräten und Bürgermeistern identisch waren, lag seit 1957/58 die Durchführung des 17. Juni in Händen des Kuratoriums. Hinzu kamen Aktionen wie „Kerzen an der Mauer“, „Stafettenläufe zur Zonengrenze“ (bis 1967), „Schulausflüge an die Berliner Mauer“, Verkauf von Millionen Plaketten mit dem Brandenburger Tor, Motto: „Macht das Tor auf!“ Die Kultusministerkonferenz wurde aufgefordert, in den Lehrplänen „ausreichend Raum“ für die „deutsche Frage“ zu schaffen, Volkshochschulen erhielten Vorträge, Referenten, Materialien über die „deutsche Wiedervereinigung“, die Rektoren der Hochschulen wurden aufgefordert, in jedem Semester „Probleme aus der Welt des Marxismus“ zu behandeln.

Vertreter des Kuratoriums reisten in Staaten der Dritten Welt, um dort das „Pathos des Anti-Kolonialismus“, das ein „gewaltiges Gewicht“ besitzt, „gegen die Fremdherrschaft in der Zone“ zu lenken, um das deutsche Recht auf „Selbstbestimmung“ durchzusetzen – so der Geschäftsführer des Kuratoriums Schütz.

Die Einleitung der „neuen Ostpolitik“ unter Brandt hat das Kuratorium mehrheitlich entschieden unterstützt. Es gelte, die „mythologische Vorstellung“ zu überwinden, man könne mit politischen Aktivitäten auf das System der DDR keinen Einfluß nehmen, erklärte Schütz. Dies führte zu heftigen Kontroversen im Kuratorium. Im Sommer 1972 trat Schütz nach 15 Jahren Geschäftsführerschaft aus Protest gegen das CDU-Mißtrauensvotum im Bundestag zurück und der Berliner SPD bei.

Seither arbeitet das Kuratorium mehr im Verborgenen, unterbrochen durch gelegentliche Auftritte zum 17. Juni. So hielt sein Präsidiumsvorsitzender Grasl (CDU) am 17. Juni 1981 im Bundestag „im Einverständnis mit den Fraktionen“ die Gedenkrede. Finanziert durch Zuwendungen der Bundesregierung, veranstaltet es regelmäßige „wissenschaftliche Arbeitskreise“ zu Fragen der „Deutschlandpolitik“. Als politische Plattform dienen immer noch die 1960 verabschiedeten „Politischen Leitsätze“, in denen es u.a. heißt: „Auf der Grundlage eines geteilten Deutschlands wird Europa keine dauerhafte friedliche Ordnung finden können ... Berlin als Hauptstadt Deutschlands bleibt ein entscheidender Faktor ... Die Aufrechterhaltung und Stärkung der menschlichen, kulturellen und geistigen Beziehungen in der zerrissenen deutschen Heimat bleibt eine vordringliche Aufgabe ... Die Bevölkerung in Mittel- und Ostdeutschland muß durch die Bekundung des Wiedervereinigungswillens in der Bundesrepublik und durch tägliche Unterstützung von Mensch zu Mensch in ihrem Willen zum Ausharren gestärkt werden.“ Für diese Ziele treten ein: im Geschäftsführenden Präsidium Dr. Johann Baptist Grasl, CDU-MdB, Egon Franke, Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen, und Hans Günther Hoppe, stellv. Vorsitzender der FDP-Fraktion. 1977 gehörten dem Präsidium außerdem an: Egon Bahr, Willy Brandt, H. Wehner, Helmut Schmidt, H.-D. Genscher, Helmut Kohl, Dr. Zimmermann, Strauß, Verheugen, der Ehrenpräsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände Paulssen und andere. Auch der DGB ist mit Vetter bis heute im Kuratorium vertreten. Nach der Streichung der Wiedervereinigungsforderung aus seinem Grundsatzprogramm besteht dafür eigentlich keine Grundlage mehr.

## Fragen an die RAF

Da der öffentlichen Meinung an Behauptungen über die RAF nicht mangelt, Äußerungen der RAF jedoch stillschweigender Zensur zum Opfer fallen (es sei denn, sie knallen), ist die Veröffentlichung nebenstehender Dokumente eigentlich journalistische Pflicht. Wegen des politischen Inhalts der Äußerungen hätten wir seitens der „Politischen Berichte“ einige Fragen an die RAF, an deren Beantwortung uns und unseren Lesern schon liegen würde:

Wieso schlägt die RAF eine politische Linie ein, deren Propaganda die eigenen Antriebe der westdeutschen Monopolbourgeoisie zur Teilnahme an gewaltssamer Neuauftteilung der Welt und zur Steigerung der Ausbeutung und Unterdrückung in der BRD verschwinden läßt? Würden die Kriege nur um die Weltherrschaft geführt, Nr. 1 und Nr. 2 wären der Menschheit erspart geblieben. Weil aber imperialistische Kriege um die Neuauftteilung der Einfluß- und Herrschaftssphären geführt werden, können imperialistische Bourgeois mittlerer, kleiner und ganz kleiner Länder ein positives Interesse am Beginn eines Waffenganges entwickeln. Die einschlägige Entwicklung der BRD kann Euch

nicht verborgen sein. Wieso läßt Ihr das alles hinter den Weltherrschaftsplänen des US-Imperialismus verschwinden?

Wieso spreicht Ihr von einer „Revolution in Europa“? Das wesentliche an Revolutionen ist doch, *wer* sie durchführt und gegen *wen*. Habt Ihr eine Revolution „gegen den US-Imperialismus in Europa“ im Auge? Durchgeführt vielleicht von „den Europäern“? Eure politische Linie führt, wie man befürchten muß, direkt hin auf die Propaganda eines nationalen Befreiungskampfes aller Europäer gegen die Weltherrschaftspläne der USA. Eine solche Politik wäre dem Interesse des westdeutschen Monopolkapitals in gewisser Weise dann sogar dienlich: im Bestreben, bei der Neuauftteilung der Welt möglichst viel abzukriegen, kann Opposition gegen den Verbündeten sogar nützlich sein.

Es kann doch das Interesse der RAF nicht geworden sein, vom Kampf gegen die westdeutsche Monopolbourgeoisie abzulenken, und dies genau jetzt, wo ein Großteil bürgerlicher Propaganda die Kriegsvorbereitungen der BRD hinter der US-Generalausrede liebenvoll versteckt? Wir wären an einer Antwort ernstlich interessiert.

## Kommunalwahlen in Niedersachsen

Das schwerwiegendste Ergebnis der niedersächsischen Kommunalwahlen ist der Stimmzuwachs der schwarzen Reaktion. Im Vergleich zu den Kommunal- und Kreistagswahlen von 1976 gewann die CDU 2,2% hinzu und erreichte damit bei den Wahlen zu den Kreistagen und in den kreisfreien Städten einen Stimmanteil von 50,2% im Landesdurchschnitt. Die SPD hingegen hat durchschnittlich 6,6% verloren und ihr Stimmanteil ist von 43,5% auf 36,9% zurückgegangen. Gerade in den Industriezentren, den kreisfreien Städten, mußte die SPD erneut schwere Verluste hinnehmen. Verfügte die SPD bisher in 8 der 9 kreisfreien Städte über eine Mehrheit, so ist davon nur noch eine absolute Mehrheit in Emden geblieben. In den kreisfreien Städten verlor die SPD überproportional, zwischen 7,8% (Osnabrück) und 12,8% (Oldenburg). Umgekehrt erzielte die CDU in den meisten kreisfreien Städten überdurchschnittliche Gewinne, zwischen 4,1% (Emden) und 7,1% (Wilhelmshaven). Nur in Hannover und Oldenburg, wo die CDU 2,5% bzw. 2,8% hinzugewann, lagen die Gewinne in der Nähe des Landesdurchschnitts. Die Kandidatur der DKP in diesen beiden Städten, sowie der Grün-Alternativen-Bürger-Liste (GABL) in Hannover, hat offensichtlich verhindern können, daß die schweren Verluste der SPD voll und ganz der CDU zugute kamen. In Oldenburg erzielte die DKP einen Anteil von 7,9% der Stimmen, in Hannover erreichte die GABL 6,4%, die DKP konnte mit 1,3% der Stimmen einen Sitz im Stadtrat erringen. Ebenso kamen die Verluste der SPD im Landkreis Lüchow-Dannenberg von 10,3% nicht der CDU zugute, sondern die CDU hatte hier mit 7,6% selber ihre größten Verluste. Die Wählergemeinschaften, die im Kampf gegen die Wiederaufbereitungsanlage tätig sind, erhielten zusammen 21% der Stimmen. Demgegenüber trug die Kandidatur einer Wählergemeinschaft in Wilhelmshaven, die vom Charakter eher eine Mittelstandsvereinigung ist und die 12,7% erzielte, direkt zum Stimmengewinn der CDU von 7,1% bei.

## Krieg dem imperialistischen Krieg

### Die Zentren, die Basen und die Strategen der amerikanischen Militärmaschine angreifen

Heute haben wir mit dem KOMMANDO SIGURD DEBUS das Hauptquartier der US-Airforce in Europa in Ramstein angegriffen.

Die US-Imperialisten werden ihre Weltbeherrschungspläne nicht in Ruhe vorbereiten und ausführen können. Sie wollen den Krieg.

Sie wollen die Geschichte zurückdrehen hinter die Offensive der Befreiungsbewegungen, die ihre politische und militärische Macht weltweit zurückgedrängt hat. Der Hebel dazu soll sein, das militärische Gleichgewicht zwischen den sozialistischen und den imperialistischen Staaten umzuwerfen.

Diese historische Veränderung zurückzurollen, wieder zur stärksten, alles beherrschenden Weltmacht zu werden, ist ihr erklärtes Ziel. Das heißt: die direkte Vorbereitung der Kriegsführung an allen Fronten in Europa und in der 3. Welt.

Alle ihre Schritte in den letzten 10 Jahren — der Beginn der technologischen Umrüstung und der strategischen Neustrukturierung ihrer Kriegsmaschine seit dem Höhepunkt des Vietnamkriegs, die Realisierung des NATO-Langzeitprogramms, Neutronenbombe, der „Kampf gegen den internationalen Terrorismus“: ein geschlossenes Programm zur Aufstandsbekämpfung in Westeuropa, die Steuerung des Massenmords in El Salvador, der NATO-Putsch in der Türkei — haben dieses Ziel.

Jetzt kehrt der imperialistische Vernichtungskrieg aus der 3. Welt nach Europa zurück, von wo er ausgegangen war. Die Menschen in Europa, in der BRD, begreifen, daß es ihre Vernichtung bedeutet, wenn diese Entwicklung nicht aufgehalten wird. Sie bekommen jetzt eine direkte, körperlich nahe Vorstellung davon, was für die Menschen in Afrika, Asien, Lateinamerika seit Hunderten von Jahren Wirklichkeit ist.

Imperialismus in der Lage von Beherrschten

Daß Imperialismus, im Wesen und als System, Vernichtung ist — solange und soweit der Widerstand nicht stark genug ist, diese Klasse zu stoppen.

Gegen alle reagitativen Fluchtphantasien vom atomaren Inferno und den komplementären hilflosen pazifistischen

Wünschen sagen wir, daß dieses Monster zu besiegen ist, wenn wir hier im Zentrum den Widerstand zur Schärfe der wirklichen Situation bringen, und so die politisch-militärische Strategie offensiv im Kampf entwickeln, die die politische Basis des Imperialismus im Zentrum schneller zum Zusammenbruch bringt, als sie ihre Pläne realisieren können.

Ramstein, das Hauptquartier der US-Airforce in Europa und der NATO-Luftwaffe in Europa, größter amerikanischer Flughafen außerhalb der USA, ist die Zentrale für den Atomkrieg in Europa. Hier sitzt der Stab für die nukleare Kriegsführung, von hier sollen cruise missiles gestartet und der Abschuß der Pershing 2 ausgelöst werden: von hier starten die Atomjäger und die Awacs-Kommandostände, hier ist das Relais für die strategischen Bomber aus den USA und das Einfallsstor für die Truppen aus den USA. Für den Krieg in der 3. Welt ist Ramstein Startbasis. Wenn die Imperialisten sich des Nahen Ostens und des Golfs nicht mehr sicher sein können, werden sie von hier ihre Unterwerfungsmaschine losschicken.

Die US-Militärstrategie ist das äußerste Mittel der Politik der imperialistischen Staatenkette. Alle politischen, ökonomischen und sozialen Mittel sind auf sie abgestimmt. Sie bestimmt die gesellschaftliche Entwicklung in den NATO-Ländern und in ihr kommt dieses System imperialistische Politik insgesamt — wie in einem Brennpunkt auf seinen reinen Begriff.

Der schleichende Tod im 24-Stunden-Tag der Metropole, die Zerstörung im Existenzkampf, Perspektivlosigkeit, Entfremdung,

die Entmenschlichung der Arbeit, die Tendenz zur Eliminierung der Menschen durch die Maschine aus der Produktion überhaupt,

die Vernichtung der Lebensbedingungen durch Atomindustrie, Chemie, Beton,

die Gefängnisse

die Kontrolle und Kanalisierung aller Lebensäußerungen und ihre Repression, wenn sie nicht für das System umgedreht werden können

Wer gegen den imperialistischen Krieg kämpfen will, muß für die Zerstörung des imperialistischen Systems kämpfen.

## Den Widerstand gegen die Vernichtung zur Front für die Revolution in Europa entwickeln

### Den Kampf in der Metropole gemeinsam mit den Revolutionären in der 3. Welt führen

Rote Armee Fraktion  
31.8.1981

## Die Staaten der Dritten Welt beharren auf der Durchsetzung ihrer Forderungen

Seit 15. September tagt in New York die 36. Generalversammlung der Vereinten Nationen. 155 Staaten sind mit Delegationen vertreten, darunter auch das Demokratische Kampuchea. Die Versammlung will sich in den nächsten drei Monaten u.a. befassen mit der fortdauernden kolonialen Besetzung Puerto Ricos durch die US-Imperialisten, mit der Lage der schwarzen Volksmassen in Südafrika und der Zusammenarbeit der westlichen Imperialisten mit dem dortigen Kolonialregime, mit der Lage im bewaffneten Befreiungskampf in Palästina, Namibia, Kampuchea, Afghanistan, in dem von indonesischen Truppen besetzten Ost-Timor. Auf der Grundlage von Berichten des Generalsekretariats will die Versammlung über die weiteren Aufgaben im Kampf um eine neue Weltwirtschaftsordnung beraten, über die Blockierung der Seerechtskonferenz durch die Imperialisten, über die 1982 geplante 2. Weltabrüstungskonferenz, die bisherigen Ergebnisse im Kampf für das Verbot der Entwicklung, Produktion, Lagerung und Anwendung von Kernwaffen, für die Durchsetzung eines weltweiten Verbots chemischer und bakteriologischer Waffen.

Seit Jahren blockieren die Imperialisten die Beschußfassung zu diesen Fragen, oder sie halten sich nicht an die gefaßten Beschlüsse. Zu Beginn erklärte deshalb der neu gewählte Präsident der Generalversammlung, der iranische Delegierte Ismat Kittani, die Generalversammlung brauche keine neuen Resolutionen, sondern die Durch-

setzung der bereits beschlossenen. Er werde in seiner einjährigen Amtszeit seine besondere Aufmerksamkeit der Durchsetzung der Resolutionen über das Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes und gegen die illegale Besetzung Namibias, der Durchsetzung der Abrüstungsresolution und der Schaffung einer neuen Weltwirtschaftsordnung zuwenden.

Der Präsident der OAU, der kenianische Präsident Moi, griff die andauernde Aggression gegen Angola und die Besetzung Namibias scharf an und forderte sofortige drastische Sanktionen gegen das südafrikanische Kolonialregime. Die Versicherungen der Imperialisten, sie würden auf Südafrika Druck ausüben, hätten sich „als bedeutungslos erwiesen.“

Die Imperialisten treten unverschämt auf. Soweit nicht Sprecher der Imperialisten reden, unterdrückt die bürgerliche Presse systematisch alle Berichte über die Generalversammlung. US-Außenminister Haig wies in seiner Rede alle Forderungen nach Errichtung einer neuen Weltwirtschaftsordnung brusk zurück und forderte die Sicherung des imperialistischen Kapitalexports: „Unser gemeinsames Ziel sollte sein, inländische und internationale Privatinvestitionen zu stimulieren. Wir müssen den privaten Investor ermutigen und unterstützen.“

BRD-Außenminister Genscher versuchte dagegen, die BRD als Freund der OAU und der Dritten Welt insgesamt, als „auf der Seite der Blockfreien“ und entschiedenen Verfechter der

Abrüstung darzustellen. Im gleichen Atemzug verteidigte er den NATO-Doppelbeschuß, lehnte Sanktionen gegen Südafrika ebenso ab wie jeden Zusammenschluß der Dritten Welt gegen die Imperialisten: „In einer Zeit, in der durch globale Interdependenz globale Zusammenarbeit zu einer Frage des Überlebens geworden ist, läuft die Menschheit Gefahr, erneut ihre Kräfte gegeneinander zu kehren!“

Daß die Bundesregierung auch weiter nicht daran denkt, Beschlüsse der Generalversammlung einzuhalten, erfuhr die Delegierten dann sogleich. Genscher erklärte, die Unabhängigkeit Namibias müsse „noch 1982“ erreicht werden. Wenige Tage zuvor hatte eine UNO-Sondertagung zu Namibia gefordert: „den sofortigen Beginn der bedingungslosen Durchführung der Sicherheitsratsresolution 435 von 1978 (Rückzug der südafrikanischen Truppen und Unabhängigkeitswahlen unter UNO-Aufsicht, d. Red.) ohne jegliche Ausflüchte, Qualifizierungen und Modifizierungen und nicht später als bis Dezember 1981.“

Um ihre Forderungen wirksamer als bisher vertreten zu können, wollen 50 afrikanische Staaten die Bestätigung Waldheims als Generalsekretär verhindern. Sie stellten den tansanischen Außenminister Salim A. Salim als Kandidaten auf.

### Bayern

## Streit um den Rhein-Main-Donau-Kanal

Zur Fertigstellung der 677 km langen Rhein-Main-Donau-Wasserstraße, deren Bau 1921 begonnen wurde, fehlen heute noch 99 km. Die Rhein-Main-Donau AG (Aktionäre: BRD 64,1%, Bayern 32,9%, Stadt Nürnberg 3%) finanziert die Investitionen (bis 1977 2,54 Mrd. DM) aus unverzinslichen Darlehen von Bund und Bayern (bis 1977 1,4 Mrd. DM), aus Erlösen der 47 Laufwasserwerke der RMD AG (1981 rund 48 Mio. DM) und sonstigen Krediten. Allein für die Tilgung der Zinsen mußten bis 1977 rund 355 Mio. DM aufgebracht werden. Die Kosten für den noch fehlenden Kanalabschnitt werden zwischen 1,7 Mrd. und 4 Mrd. DM angegeben.

Die Bundesregierung will im Zuge ihres Sparprogramms die ursprünglich vorgesehenen Darlehen nicht in voller Höhe geben. Seit Monaten wird nun über den Weiterbau des RMD-Kanals gestritten.

Gegen den Weiterbau im geplanten Ausmaß spricht sich die bayerische FDP aus. Für einen vollständigen Bau stopp sind der Bund Naturschutz, örtliche Bürgerinitiativen, Landschafts-



Seit Jahren ignoriert die BRD die von der UNO geforderten Sanktionen gegen Südafrika. Bild: Verladung eines Minenkampfschiffes nach Südafrika, Nov. 80.

zerstörung, Vernichtung landwirtschaftlicher Nutzfläche und die Unwirtschaftlichkeit des Kanals sind ihre Argumente.

Vehelement für den Weiterbau setzt sich die bayerische Landesregierung ein. Jenseits aller tagespolitischen Frachtkostenrechnungen, so läßt die Staatsregierung verlauten, könne diese Schifffahrtsstraße durchaus einmal historische Bedeutung erlangen, wenn sie zum Tor nach ganz Südosteuropa werde. Schließlich wisse niemand, wie in 50 oder 100 Jahren der Eiserne Vorhang aussehe. Was man aber wisse, sei, daß sich auch die Adria-Häfen Triest und Rijeka mit aller Kraft um die Warenströme zwischen West- und Südosteuropa bemühen. SPD und DGB in Bayern sind auch dafür, daß der Kanal gebaut wird. Ihre Interessen am Kanal sind eine vermutete Belebung der Wirt-

schaft (Industrieansiedlung), Arbeitsplatzerhaltung bei den Kanalbaustellen, Verminderung der Frachtkosten.

Ministerialdirektor Nau vom Bundesverkehrsministerium hat deutlich gesagt: „Wir wollen natürlich keinen Baustopp, aber wir werden den Standard niedriger schrauben müssen.“ Die CSU-Landesregierung weiß, daß der Kanal weiter gebaut werden wird. Trotzdem malt sie den vollständigen Baustopp als unsinnigen Schildbürgerstreich an die Wand für den Fall, daß die Bundesmittel gekürzt werden. Gegenüber der SPD/FDP-Regierung versucht sich die CSU so als die „vernünftigere“ Partei zu profilieren, und vielleicht hofft sie auch, daß die teure Finanzierung des Kanals aus Steuergeldern gegen die Interessen der Bauern, Kanalanwohner und Steuerzahler besser durchgesetzt werden kann.

tig auf die Arbeitnehmer verlagert. Die geplanten Kürzungen der SPD/FDP-Koalition sind ein Anschlag auf den sozialen Besitzstand der Arbeitnehmer, der in Jahrzehnten mühsam erkämpft werden mußte.“

Die IG Metall tritt damit dem seltsamen „Spar“begriff entgegen, wonach „gespart“ wäre, wenn die lohnabhängigen Haushalte ihre Reproduktion einzuschränken gezwungen werden. Aber was heißt „unter dem Vorwand, sparen zu wollen“? Die Bundesregierung selbst ist weniger schamhaft, was den Zweck des Bundeshaushaltes und der Kürzungmaßnahmen betrifft.

„Die Investitionen müssen zunehmen. Die Verbrauchsausgaben müssen dagegen zurücktreten. Der Bundeshaushalt 1982 entspricht dieser Notwendigkeit.“

## Spar- und Rüstungshaushalt 82

# Die IG Metall tut sich noch schwer, ihren Widerstand zu organisieren

„Für mehr Beschäftigung – sparen und investieren: Arbeitsplätze schaffen und sichern“, so lautet der Titel der „Informationen der Bundesregierung“ zum Bundeshaushalt '82, die in diesen Tagen als Zeitungsbeilage in die Öffentlichkeit gestreut werden. „Information“ über die Haushaltbeschlüsse ist der Vorwand. Kaltblütig röhrt die Bundesregierung in der Existenzunsicherheit Millionen Lohnabhängiger, um ihren Widerstand gegen die umfangreichen Kürzungmaßnahmen zu brechen. „Zur Zeit sind in der Bundesrepublik rund 1,3 Millionen Menschen arbeitslos. Ihre Zahl nimmt zu ... Sichere und wettbewerbsfähige Arbeitsplätze gibt es nur in einer modernen Wirtschaft. Wer mit überholten Technologien und veralteten Maschinen arbeitet, ist nicht konkurrenzfähig. Seine Produkte lassen sich nicht oder nicht kostendeckend verkaufen. Damit ist die Pleite programmiert. Damit sind auch die Arbeitsplätze gefährdet. Eine Wirtschaft auf dem neuesten Stand der Technik zu halten, erfordert ständige Investitionen.“ Also muß die Bundesregierung „Investitionen fördern“. Also muß die Bundesregierung „sparen“. „Rund 70% der Bundesbevölkerung meinen, daß in dieser Lage große Sparanstrengungen nötig sind“, verbreitet sie. Das ist nicht einfach nur gelogen. Die Bourgeois kalkulieren, daß sie ihren Spar- und Rüstungshaushalt durchsetzen können, wenn sie nur die Hoffnungen auf eine Konjunktur durch gestärkte „Wettbewerbsfähigkeit“ schüren können.

Mit Aussicht auf Erfolg? Fast jeder der Kürzungsbeschlüsse trifft die Arbeiterbevölkerung oder große Teile der Arbeiterbevölkerung unmittelbar und hart. In den Gewerkschaften entfaltet sich der Widerstand. Hunderte von Beschlüssen, Resolutionen und Briefen an die Bundesregierung bringen die Ablehnung zum Ausdruck. Verschiedenorts rufen der DGB und seine Einzelgewerkschaften zu Versammlungen, Kundgebungen und Demonstrationen auf. Die IG Metall-Bezirksleitung Stuttgart z.B. hat Ende September vierseitige „Metall-Nachrichten“ herausgebracht, mit denen sie über die Regierungsbeschlüsse informiert und zum Widerstand aufruft. Diesen ersten „Metall-Nachrichten“ werden weitere folgen. Man kann davon ausgehen, daß sie in etwa den Kurs kennzeichnen, auf dem die größte der DGB-Gewerkschaften in die Auseinandersetzung mit den Kapitalistenverbänden, der Bundes- und Länderregierungen und -parlamente zieht. Der harte Ton, den die IG Metall gegen die Kürzungsbeschlüsse anschlägt, kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß den Gewerkschaften noch große politische und ideologische Anstrengungen abverlangt werden, wenn sie den Spar- und Rüstungshaushalt wirklich zu Fall bringen wollen.

„Unter dem Vorwand, Mißbräuche zu beseitigen und sparen zu wollen, fährt die Bundesregierung mit einem Mähdrescher über die sozialen Leistungen hinweg. Billiger wird dadurch nichts – nur werden die Kosten einsei-

Die Armen müssen ärmer werden, damit die Reichen reicher werden! Zusammengestrichen werden die Ansprüche der Arbeiterbevölkerung, die samt und sonders daraus resultieren, daß der Staat durch das System der Lohnabzüge und die indirekten Steuern gewaltige Lohnbestandteile konzentriert und zum Teil als Versicherungsleistungen, Kindergeld, Wohngeld, Arbeitslosenhilfe usw. in den Reproduktionsfonds der Arbeiterbevölkerung zurückzahlt. Dieser zurückzuzahlende Teil wird noch weiter reduziert, und damit werden ungeheure Geldmittel frei für die imperialistische Expansion. Auf über 20 Mrd. DM bis 1985 beifert die Bundesregierung die neu beschlossenen „investiven Anreize“, „Anreize“ für die Kapitalakkumulation, für die Eroberung neuer Weltmarktanteile, für die Steigerung des Kapitalexports, mit dem die Finanzbourgeoisie immer neue Arbeiterheere unter ihr Kommando zwingen kann. Und weit über 60 Mrd. DM will die Bundesregierung im nächsten Jahr für die militärische Sicherung der Expansion zur Verfügung stellen.

Anstatt sich jedoch mit diesem „Vorwand, sparen zu wollen“, näher zu befassen, das heißt dem Expansionskurs der westdeutschen Imperialisten den Kampf anzusagen, läßt sich die IG Metall, wenngleich nicht auf den „Spar“begriff, so doch auf den angeblichen „Spar“zwang ein. „Die schwierigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen können ... auch an den Sozialausgaben nicht vorübergehen“, „informiert“ die Bundesregierung und betont: „Die Einschränkungen ... müssen von allen Teilen der Bevölkerung getragen werden.“ Die IG Metall fordert ihre Mitglieder auf: „Es muß deutlich werden, daß Ihr mit der einseitigen Belastung nur der Arbeit-



# METALL-Nachrichten

Herausgeber: IG Metall, Bezirksleitung Stuttgart, verantwortlich Franz Steinkühler  
Druck: Union-Druckerei u. Verlagsanstalt GmbH, Frankfurt, Th.-Heuss-Allee 90-98

Nr. 1 BW 30. 9. 1981

kürzen, darauf verzichten, dieses Recht geltend zu machen? – Und die IG Metall fordert in der Entschließung „8. Finanz- und Steuerpolitik“ u.a.: „Beseitigung des Wirrwarrs bei den kinderbezogenen Regelungen ... Statt dessen ist ein einheitliches Kindergeld einzuführen, das sich an den tatsächlich entstehenden Mindestkosten für Kinder orientiert.“ Wieso verzichtet sie ausgerechnet jetzt, da die Bundesregierung das Kindergeld kürzt, auf diese ihre Forderung?

Wie weiter? Die IG Metall unterbreitet ihren Mitgliedern einige Vorschläge und faßt sie zusammen: „Führt Podiumsdiskussionen mit den Bundestags- und Landtagsabgeordneten durch ... Wenn Abgeordnete sich aus der Verantwortung stehlen wollen, macht Ihnen klar, daß es letztlich das Parlament sein muß, das Entscheidungen trifft.“ So allerdings stiehlt sich die IG Metall aus der Verantwortung und bürdet sie den einzelnen Mitgliedern auf, die zusehen können, was sie in Podiumsdiskussionen erreichen, oder aber eben nicht.

## Liebe Kollegin, lieber Kollege!

Unter dem Vorwand, Mißbräuche zu beseitigen und sparen zu wollen, fährt die Bundesregierung mit einem Mähdrescher über die sozialen Leistungen hinweg. Billiger wird dadurch nichts – nur werden die Kosten einseitig auf die Arbeitnehmer verlagert. Die geplanten Kürzungen der SPD/FDP-Koalition sind ein Anschlag auf den sozialen Besitzstand der Arbeitnehmer, der in Jahrzehnten mühsam erkämpft werden mußte. Was die Unternehmer und die CDU/CSU an Vorschlägen daherbringen, ist die Welt vom vorigen Jahrhundert!

### Bettelarm?

Kein einziger Sparvorschlag der Bundesregierung trifft die Reichen – ganz im Gegenteil.

Steuervergünstigungen und Subventionen bietet die Regierung ihnen förmlich an.

Während Arbeitnehmer zur Kasse gebeten werden, schenkt der Staat im gleichen Atemzug der reichsten Familie, den Flicks, 840 Millionen Mark an Steuern. 840 Millionen! Dieses Verhalten von Bundesfinanzminister Mattöhfer verdient nur eine einzige Bezeichnung: sie ist schlicht unsozial.

### Wechsel?

Die Vorschläge der Union, des Wirtschaftsgrafen und der Unternehmer würden die Arbeitnehmer ins vorige Jahrhundert zurückwerfen. Für uns ist deshalb eine CDU/CSU-Regierung keine Alternative. Aber wir müssen die Sozialdemokraten in der Regierung an ihre gemeinsamen Wurzeln mit der Arbeitnehmerschaft erinnern. Man kann auch um die Macht gebracht werden, indem man Stück für Stück seine Grundsätze aufgibt, um an der Macht zu bleiben. So wird man am Schluß zum betroffenen Betrüger.

### Lohnstopp?

Unglaublich und schlicht arbeitnehmerfeindlich ist auch der Vorschlag der Regierung, die Löhne und Gehälter im öffentlichen Dienst um 1 Prozent zu kürzen. Eine sozialdemokratische Regierung, die bestehende Tarifverträge unterlaufen will, muß wissen, daß sie sich damit in offene Gegnerschaft zu den Gewerkschaften dieser Republik begibt. Wenn als Konsequenz dieser Politik heute schon CDU- und FDP-Politiker unverblümmt Lohnstopp predigen, ist es höchste Zeit, sich zu wehren.

nehmer nicht einverstanden seid.“ Soll denn der Streit mit der Bundesregierung um „ausgewogen“ oder „einseitig“ geführt werden? Die Hoffnung auf eine Konjunktur und darauf, daß bei anziehender Beschäftigung jetzige Kürzungen wieder zurückgeschlagen werden können, ist deutlich herauszuhören.

So hat die IG Metall, trotz aller Widerstandsbekundungen, in den ganzen vierseitigen „Metall-Nachrichten“ nicht eine einzige Forderung erhoben, nicht einmal Forderungen, unter denen der erreichte Standard zu verteidigen wäre, und geschweige denn Forderungen, um den Standard zu heben.

Dies ist eine unnötige Schwächung der Gewerkschaftsposition. Sowohl der DGB als auch die IG Metall haben

auf ihren letzten Konferenzen etliche Forderungen beschlossen, die die „Spar“-wut der Bourgeoisie empfindlich treffen können. Um nur an zwei zu erinnern. Der DGB tritt mit seinem Grundsatzprogramm dafür ein: „Das Recht der Arbeitnehmer, in der gesetzlichen Kranken-, Renten und Arbeitslosenversicherung ihre Angelegenheiten in alleiniger Zuständigkeit zu regeln, ist unabdingbar. Der Grundsatz uneingeschränkter und alleiniger Selbstverwaltung durch die Arbeitnehmer gilt unteilbar sowohl für die Zusammensetzung der Organe als auch für ihre Aufgaben und den Umfang ihrer Befugnisse.“ (aus Punkt 20) Wieso sollte die Gewerkschaftsbewegung ausgerechnet jetzt, da der bürgerliche Staat seine Kontrolle dazu nutzt, die Versicherungsleistungen drastisch zu

### Wohnungsbau-debatte Parteien geschlossen gegen Mieter

Im Ziel einig, bei den Mitteln noch umstritten. So kommentiert die Tagespresse die Bundestagsdebatte am 1.10. über Wohnungsbau und Mietrecht. Einigkeit aller bürgerlichen Parteien im Ziel, einen gewaltigen Schröffungsfeldzug gegen die Mieter zu starten. Beifall von allen Seiten für den FDP-Sprecher: „Das Schutzsystem für die Mieter ist zu ausgeklügelt und zu üppig!“ Dieses „zu üppige Schutzsystem“ hat immerhin jährliche Durchschnittssteigerung der Mieten seit 1970 um 5% ermöglicht. Diese Rate soll jetzt mittels erheblicher Erleichterungen bei Mieterhöhungsverfahren kräftig erhöht werden.

Kernstück dieses Gesetzbündels von SPD und FDP ist die sog. „Fehlbelegungsabgabe“ für Mieter von Sozialwohnungen. Bislang mußte eine Familie nur einmal, bei Bezug einer Sozialwohnung, ihr Einkommen nachweisen. Folge: Von den rd. 5 Mill. Sozialwohnungen seien inzwischen 32% „fehlbelegt“. In Zahlen ausgedrückt: „Fehlbelegung“ liegt vor, wenn eine 4-köpfige Familie ein Einkommen von 2400 DM netto hat. Solche „Schmarotzer“ sollen künftig zahlen, bis zu 2 DM pro qm im Monat. Nach dem Regierungsentwurf müßte ein 4-Personenhaushalt bei netto 3000 DM mo-

natlich in einer 90 qm großen Sozialwohnung 180 DM pro Monat Abgabe an den Staat zahlen, zusätzlich zu einer Sozialmiete von vielleicht 600 DM, versteht sich! Die Bundesregierung verspricht sich hiervon immerhin jährlich 600 Mill. DM Mehreinnahmen. Der Wegfall von Zinszuschüssen für entsprechend „zu gut“ verdienende Eigenheimbesitzer soll noch einmal 2 Mrd. DM in die Kassen spülen. Aber keine Sorge! Das alles geht zweckgebunden in den Wohnungsbau zurück. SPD/FDP sagen auch schon wie: geplante Erleichterungen für steuerliche Abschreibungen der Bauherren insgesamt, vor allem Verdoppelung der Höchstsätze für die 7b-Abschreibung beim sog. Bauherrenmodell.

Kein Wunder, daß an solcherlei Zielen die CDU/CSU-Opposition nichts auszusetzen hat. Ihr geht alles lediglich nicht schnell und nicht drastisch genug. Sie will die Möglichkeiten für Mieterhöhungen noch mehr erleichtern durch kurzfristige Zeitmietverträge, durch Staffelmietvereinbarungen (Festlegung jährlicher Erhöhungen schon im Mietvertrag für bis zu zehn Jahre) für alle Wohnungen (SPD/FDP nur für Neubauwohnungen), ferner durch Erleichterungen für das Mieterhöhungsschreiben (nur noch zwei Vergleichswohnungen anstatt bisher drei). Die Fehlbelegungsabgabe ist der CDU zu „dirigistisch“. Mehr Markt soll her, und zwar sofort. Die Preisbindung für Sozialwohnungen soll aufgehoben werden, und anfangen will die Opposition mit den vor 1960 gebauten Sozialwohnungen. Nicht ganz von ungefähr: denn hier überwiegen vergleichsweise billige Mieten (im Durchschnitt zwischen 3,00 und 4,50 DM pro qm), der „Markt“ für freifinanzierte Wohnungen beginnt erst bei 6 – 7 DM pro qm.

Angesichts dieser Lage hat der Deutsche Mieterbund Ende September festgestellt, daß auf keine der im Bundestag vertretenen Parteien zu bauen sei. Die Mieter müßten ihre Sache selber in die Hand nehmen und um ihre Rechte kämpfen. Der Mieterbund fordert von der Bundesregierung ein Sofortprogramm von zusätzlich 50000 Sozialwohnungen im Jahr. Als Hauptursache für den Rückgang des Mietwohnungsbaus benennt er die extrem gestiegenen Bodenpreise (verdreifacht seit 1969). Der Mieterbund fordert Abschöpfung der Bodenspekulationsgewinne durch entsprechende Steuern auf Bodenwertzuwächse. Eine interessante Zahl nennt die Mieterorganisation dabei: die gesamte gegenwärtige Staatsverschuldung von ca. 500 Mrd. DM würde nicht bestehen, wenn seit Bestehen der BRD sämtliche Bodenwertzuwächse von Grundbesitzern und Spekulanten versteuert worden wären.

## IG Metall

# Klausurtagung in Ludwigsburg läßt Schlimmes befürchten

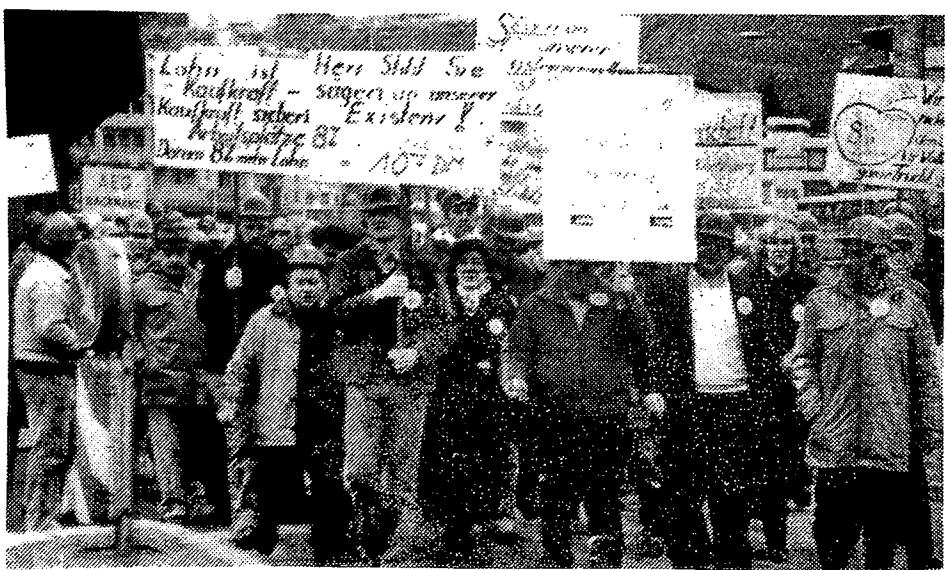
Der Hauptvorstand der IG Metall hat neulich eine Klausurtagung zur Beratung der letztvergangenen und zur Vorbereitung der jetzt bevorstehenden Lohnbewegung geführt. Zu einem klaren Kurs hat sich der Vorstand in keiner der beiden Fragen durchringen können. Über die Beurteilung der letzten Lohnbewegung hat man sich verständigt wie folgt:

„Die Tarifbewegung 1980/81 hat bereits verdeutlicht, daß derartige Versuche der Arbeitgeber, mit welchen Mitteln auch immer eine „Wende in der Lohnpolitik“ herbeiführen zu wollen, zum Scheitern verurteilt sind. Schon in dieser Tarifbewegung, in der die Arbeitgeber die IG Metall zur „Kapitulation oder Streik“ zwingen wollten, konnte mit dem Konzept der „neuen Beweglichkeit“ verhindert werden. Unter schwierigen Bedingungen wurde ein akzeptables, wenn auch nicht befriedigendes Ergebnis erzielt.“

Diese wörtliche Wiedergabe aus „Metall“ läßt schlimme Befürchtungen zu. Wieso kann man behaupten, das Ergebnis der Lohnbewegung 1980/81 sei „nicht befriedigend“ gewesen? Doch deswegen, weil überhaupt keine einzige statistische Institution bestreitet, daß dies Ergebnis zu einer Senkung der Kaufkraft der Arbeiterhaushaltungen geführt hat. Aber wieso beurteilt die IG Metall dies Ergebnis dann gleichzeitig als „akzeptabel“, das heißt so viel wie hinnehmbar, hinzunehmen? War wirklich die Absicht der Metallkapitalisten, die IG Metall entweder zur Kapitulation oder zum Streik zu zwingen? Kann man behaupten, daß die

Versuche der Kapitalisten, eine „Wende in der Lohnpolitik herbeizuführen“, zum Scheitern verurteilt sind, wenn unbestreitbar feststeht, daß die Kaufkraft der Löhne und Gehälter gesunken ist? Das ist doch eine Trendwende. Kein Wunder, daß die gut unterrichtete Presse von Uneinigkeiten im Vorstand der IG Metall munkelt. Über derart widersprüchliche Behauptungen ist eine Einigkeit auch wirklich unmöglich.

Die Umschreibung des letzten Tarifergebnisses mit „akzeptabel“ hat leider etwas sehr Praktisches zu bedeuten. Der Vorstand der IG Metall gibt durch diese Äußerung zu verstehen, daß er dies Ergebnis akzeptiert, das heißt, daß er auf dieser Grundlage in die Verhandlungen für 1982 geht. Auf deutsch: Der Hauptvorstand beabsichtigt nicht, die Kaufkraftverluste des letzten Jahres in den Verhandlungen anzusprechen und einen Ausgleich auch dafür zu verlangen. Das bedeutet weiter, daß der Vorstand in der Vorbereitung der Lohnbewegung eine Diskussion in den Belegschaften etwa zur Aufklärung der Frage, um wieviel nun und für wen hauptsächlich ein Lohnrückschritt eingetreten sei, nicht unterstützen wird, mindestens aber nichts dazu beitragen. Wieso auch, das Ergebnis war akzeptabel, ist akzeptiert worden, und wenn man akzeptiert hat, heißt's Maul halten. Die Taktik für die kommende Lohnbewegung ist damit schon so ziemlich durcheinander. Am besten auch hierzu ein wörtliches Zitat aus „Metall“, dieselbe Nummer:



Die Forderungen sind noch nicht durchgesetzt

„Erfolge der Organisation, das sollte jeder IG Metaller wissen, sind im Kampf um Einkommenssicherung und Preissteigerungsausgleich – und ebenso wie auf anderen tarifpolitischen Feldern – nur dann möglich, wenn die Mitglieder abermals zu praktischem Engagement und breiterer Beteiligung bereit sind. In diesem Sinne meint der Vorstand der IG Metall, daß die vergangene Tarifbewegung viel Hoffnung für die Zukunft gemacht hat.“

Genaues Lesen ergibt: Der Vorstand der IG Metall hat sich und der Organisation ein neues Erfolgskriterium, einen neuen Maßstab für Erfolg oder Mißerfolg gegeben. Einkommenssicherung und Preissteigerungsausgleich sind hiernach nicht etwa bloß akzeptabel, hinzunehmen usw., sondern ein Erfolg, ein Ziel sozusagen. Wie pflegt der sozialdemokratische Gewerkschaftsführer zu sagen: Zielen nähert man sich, man erreicht sie nie ganz, in der Praxis kommt es immer zu Kompromissen. Abermals auf Deutsch und zusammenfassend: Der Vorstand der IG Metall meint, daß die in diesem Jahr eingetretene Lohnsenkung zu schlucken und neue Verhandlungsgrundlage ist und daß für die kommende Lohnbewegung eine Erhaltung dieses gesunkenen Kaufkraftstandards kaum drin ist (denn das wär ein Erfolg und befriedigend, aber schon letztes Jahr hat man ja was „akzeptables“ abschließen müssen).

Nun gut, das sind alles Bruttolohnangelegenheiten. Wie aber steht man zu den Verlusten, die durch die Haushaltssicherungspolitik der Bundesregierung eintreten werden. Auch hierzu ein Zitat:

„Einmütig war sich der Vorstand der IG Metall darin einig, daß auch der Staat gefordert bleiben muß, um soziale Sicherheit und Gerechtigkeit in dieser Gesellschaft zu verwirklichen. Die Steuer- und Sozialpolitik ist Sache gewerkschaftlicher Auseinandersetzung mit Regierungen und Parlamenten; die Tarifpolitik hingegen Gegenstand der unmittelbaren Auseinandersetzung mit den Arbeitgebern.“

Dies bedeutet: obwohl der Vorstand der IG Metall landauf landab sich über die „unausgewogene Belastung durch die sog. Sparmaßnahmen“ beschwert, ist nicht daran gedacht, vermittels einer kräftigen Lohnbewegung einen gewissen Ausgleich herzustellen. Und das ginge schon, denn würde die IG Metall da eine härtere Gangart einschlagen, die Kapitalisten würden die Regierung betteln um eine Steuersenkung auf den Lohn, zur Entlastung der Lohnverhandlungen nämlich.

Der Vorstand der IG Metall hat der jetzt beginnenden Lohnbewegung die Weichen gestellt. Ein Zusammenstoß mit den Kapitalisten soll vermieden

werden durch vorzeitiges Entgleisen. Der Lohnverlust 1980 auf 1981 ist zu akzeptieren, die Verluste durch das Haushaltssicherungsgesetz sind Sache von Gerede, für 1982 wäre die Sicherung des Einkommens ein Erfolg und ein weiteres Sinken also akzeptabel. Gleichzeitig fordert man die Mitglieder zur Fortsetzung der „neuen Beweglichkeit“ auf, die doch auch bloß kalte Füße bringen wird im Monat Februar, wenn sie nicht der Streikvorbereitung dient. In den jetzt kommenden Wochen wird sich aber und wie immer bei Aufstellung der Forderung herausstellen, ob die Belegschaften nicht lieber



Kirchner, Gesamtmetall

die bereits sicheren Verluste dieses Jahres auf die Forderung aufzuschlagen, einen gewissen Ausgleich wegen der Belastungen durch Haushaltssicherungsgesetze einzubauen und feststellen, daß die Einkommenssicherung nicht ein Erfolg, sondern bestenfalls „akzeptabel“ ist. Es wäre schön, wenn der Hauptvorstand der IG Metall seinerseits ein wenig Beweglichkeit zeigen würde, eine ganz neue Beweglichkeit, wenn man so will.

## Nordirland Hungerstreik nach sieben Monaten beendet

Am 3. Oktober beendeten die republikanischen Gefangenen im nordirischen Maze-Gefängnis ihren Hungerstreik nach 7 Monaten. In einer Mitteilung, die das republikanische Pressezentrum in Belfast am gleichen Tag verbreitete, erklärten die Gefangenen: „Uns wurde das Mittel des Hungerstreiks als effektive Waffe des Protestes vor allem durch eine erfolgreiche Kampagne der katholischen Hierarchie gegen unsere verzweifelten Angehörigen genommen, diese Kampagne wurde unterstützt und gebilligt vom irischen Establishment,

der SDLP und den politischen Parteien im Freistaat (der Republik Irland).“

Am 6. Oktober, letzten Dienstag, gab die britische Regierung Konzessionen an die Gefangenen bekannt. Nordirlandminister Prior kündigte an, sie dürften in Zukunft Zivilkleidung tragen, Forderungen nach gemeinsamem Aufenthalt würden teilweise erfüllt. Außerdem will die Regierung für Gefangene, die „sich in Zukunft an die Regeln halten“, die verlorene Remission, also das Recht, nach der Hälfte der Strafe zur Bewährung entlassen zu werden, wiederherstellen.

Gerry Adams, Vizepräsident der mit der IRA verbündeten Sinn-Fein-Partei, sagte dazu am gleichen Abend, die genauen Einzelheiten des britischen Angebots seien noch nicht bekannt. Außerdem sei eine Reaktion der Gefangenen noch nicht vorhanden. Für das wichtige Recht, die eigene Kleidung zu tragen, seien 10 Männer im längsten Gefängnisprotest der modernen Geschichte gestorben.

Der Hungerstreik hatte am 1. März 1981 begonnen. Aber seine Ursachen gehen weiter zurück.

1972 setzten die politischen Gefangenen in Nordirland mit einem Hungerstreik eine weitreichende Änderung ihrer Haftbedingungen durch. Sie lebten wie Kriegsgefangene in Baracken unter sich, trugen eigene Kleidung bzw. Uniformen, waren nicht zur Gefängnisarbeit gezwungen und organisierten ihren Tagesablauf selbst.

1976 schaffte die britische Regierung in ihrer Kriminalisierungskampagne gegen die IRA diese Rechte wieder ab – mußte sie aber für die vor dem 1.3.1976 verurteilten Gefangenen *bis heute* beibehalten.

Die neu Verurteilten wehrten sich gegen diese Entziehung, indem sie die Gefängnisarbeit verweigerten, keine Anstaltskleidung trugen usw. Etwa 400 Männer und Frauen sind es zur Zeit, die nur mit einer Decke in kahlen Zellen „on the blanket“ leben.

Diese Gefangenen beschlossen den Hungerstreik für eine Änderung ihrer unmenschlichen Haftbedingungen. Die erste Aktion wurde nach 53 Tagen am 18. Dezember beendet. Die Regierung hatte weitreichende Zugeständnisse gemacht.

Aber nach Ende des Hungerstreiks zog Thatcher alle Zugeständnisse wieder zurück. Deshalb begannen die Gefangenen am 1.3. einen weiteren Hungerstreik, in dessen Verlauf 10 Mitglieder der IRA und der INLA starben.

Die protestantischen Siedlerparteien in Nordirland verurteilten am Dienstag die Regierungsvorschläge als „Ausverkauf“ an die IRA.

Während des Hungerstreiks wurde Bobby Sands ins britische Unterhaus gewählt (er starb als erster am 5. Mai).

Zwei andere Gefangene wurden ins irische Parlament nach Dublin gewählt. Die IRA hat während des Hungerstreiks sowohl ihre finanzielle Lage wie auch die Bewaffnung und vor allem die Rekrutierungszahlen erheblich verbessert, was sich an zahlreichen Angriffen gegen britische Truppen und Zivileinrichtungen zeigt. Sollte die Regierung Thatcher die Remission wiederherstellen, werden etwa 160 IRA-Mitglieder sofort entlassen.

## Europäische Gemeinschaft Genschers sicherheits- politische Initiative

Außenminister Genscher will mit den anderen Ländern der Europäischen Gemeinschaft über die Erarbeitung einer „politischen Grundsatzklärung zur Europäischen Union“ verhandeln. Dafür gab das Bundeskabinett Genscher Vollmacht. Genschers Vorschlag stützt sich auf den Beschuß des FDP-Bundesparteitages vom Mai dieses Jahres. Im Beschuß „Politik für Frieden und Sicherheit“ steht: „Die F.D.P. fordert das Europäische Parlament auf, einen Verfassungsentwurf für ein Europa der Bürger vorzulegen. Gerade jetzt, wo auf zahlreichen Gebieten nationaler Egoismus über europäischen Gemeinsinn zu steigen scheint, ist ein starker politischer Impuls für Europa nötig.“

Die Initiative des Außenministers soll beinhalten, daß die Europäische Politische Zusammenarbeit, EPZ (Außenpolitische Abstimmung der EG-Staaten und einheitliches Auftreten z.B. vor der UNO) und die Europäische Gemeinschaft unter dem Dach des Europäischen Rates zusammengefaßt wird. Sofortige Maßnahmen sollen im Moment vor allem darin bestehen, daß außen- und sicherheitspolitische Abstimmungen verbessert und ausgebaut werden. Als Druckmittel wird die Bundesregierung auf der Konferenz der EG-Regierungschefs Ende November eine Entlastung ihres Nettobeitrages zum Haushalt der EG einsetzen. Die Bundesregierung steht aber vor Schwierigkeiten. Denn ohne eine Abstimmung mit Frankreich wird kein schneller Ausbau einer „Europäischen Union“ möglich sein. In diesem Zusammenhang wird die Bundesregierung wissen, daß in der Regierungserklärung des Premierministers Mauroy auf die Erweiterung der Europäischen Gemeinschaft und den Ausbau der EPZ nicht eingegangen wird. Die schlechte Verständigung zwischen Schmidt und Mitterand wird diese Gegensätze noch verstärken.

Die Bundesregierung braucht aber eine Propaganda für eine sicherheitspolitische Stärkung Europas, um ihre Rüstungspolitik zu rechtfertigen. Die Einbeziehung Frankreichs in diese Pläne erscheint als günstig, weil Frankreich eine distanziertere Haltung gegenüber der NATO einnimmt. Dies könnte die Bundesregierung als Argument anführen, daß bei Schaffung einer Europäischen-Verteidigungs-Union eine Reform der NATO zwingend notwendig ist. Vorschläge nach paritätischer Aufteilung des NATO-Oberkommandos auf die USA/Kanada auf der einen Seite und der Europäischen-Verteidigungs-Union auf der anderen sind von westdeutschen Militärs bereits gemacht worden. Dies würde eine Stärkung der BRD bedeuten und auf eine Vormachtstellung mit Frankreich in Europa hinauslaufen. Eine Verstärkung der Abhängigkeit der anderen EG-Staaten innerhalb der Wirtschaftsgemeinschaft soll diese Entwicklung begünstigen.

## Belgien Westdeutsche Banken wollen Franc-Abwertung

Eigentlich sei eine Abwertung des belgischen Franc um bis zu 15% überfällig gewesen. Das konnte man nach den Änderungen der EWS-Devisenkurse durch die EG-Finanzminister und Zentralbanker im „Handelsblatt“ lesen. Nun ist stattdessen die DM aufgewertet worden – mit der Folge, daß Firmen in allen EG-Staaten – Ausnahme Niederlande – billiger für BRD-Kapitalisten zu erwerben sind, ein Schritt voran bei der „Einigung Europas“ unter westdeutscher Fuchtel. Für Belgien aber gilt unter BRD-Bankern: Aufgeschoben ist nicht aufgehoben.

Den Hebel für die Erzwingung einer Franc-Abwertung haben die westdeut-

schen Bourgeois seit Bildung des Europäischen Währungssystems (EWS) im März 1979 in der Hand. Das EWS verbietet Änderungen des Devisenkurses gegenüber anderen EWS-Währungen ohne Zustimmung aller EWS-Mitgliedsstaaten. Die belgischen Kapitalisten können aber seit Jahren weniger Waren im Ausland absetzen, als sie importieren, v.a. gegenüber der BRD. Folge: Der Franc-Kurs ist ständig unter Abwertungsdruck. Die belgische Regierung muß gewaltige Auslandskredite aufnehmen, diese dann bei der Zentralbank hinterlegen, damit die Zentralbank ihrerseits Franc aufkaufen und so „den Franc stützen“ kann. Je größer der Vorsprung der westdeutschen Kapitalisten in der Ausbeutung, desto mehr belgische „Kursstützung“. Seit Jahresanfang mußte die Zentralbank Devisen im Wert von 240 Mrd. bfr. gegen Franc tauschen, ihr Devisenbestand sank auf 265 Mrd. bfr. (1 bfr. = 6,11 Pfg.). Die Auslandsschulden der Regierung dagegen stiegen auf 304 Mrd. bfr., mit den Schulden staatlicher Unternehmen sogar auf 410 Mrd. bfr. Ein Drittel davon sind DM-Schulden, eine optimale Lage für westdeutsche Erpressungen. So versuchte die belgische Stahlfinanzierungsgesellschaft in den letzten Wochen, für 10 Mrd. bfr. Auslandskredite aufzunehmen, um das defizitäre Stahlmonopol Cockerill-Sambre (Stahlkapazität 11 Mio. t) zu stützen. Vergeblich. Die ausländischen Banken forderten eine 100%ige Staatsgarantie für alle Cockerill-Schulden vor jedem neuen Kredit. Für alle belgischen Kreditwünsche meldete das Handelsblatt, „zumindest von bundesdeutschen Banken (ist) zu hören, daß zu den alten Bedingungen ... nichts mehr gehen“ würde. Um aus dieser imperialistischen Schlinge durch rabiate Verschärfung der Ausbeutung der belgischen Arbeiter herauszukommen, brachten die belgischen Banken ihre Regierung zu Fall. Sie drehten ihr Kredithahn zu.



Charleroi (Belgien), 25.9.: 1000 Stahlarbeiter protestieren gegen die von der Regierung geplanten Ausgabenkürzungen und Steuererhöhungen

## Das imperialistische Konzept „wirtschaftliche Ruinierung der UdSSR durch Rüstungswettlauf“ ist wenig aussichtsreich

Interessiert vermeldete die bürgerliche Presse die Ergebnisse der Halbjahresbilanz des 11. Fünfjahresplans: „Wirtschaft in der UdSSR erleidet Rückschlag“ – so der Kölner Stadtanzeiger vom 22.9.81; das Handelsblatt vom 4.8. wertete das Wachstum der Industrieproduktion von 3,4% immerhin als positiver gegenüber der Stagnation der imperialistischen Staaten, vermerkte aber auch das Zurückbleiben hinter

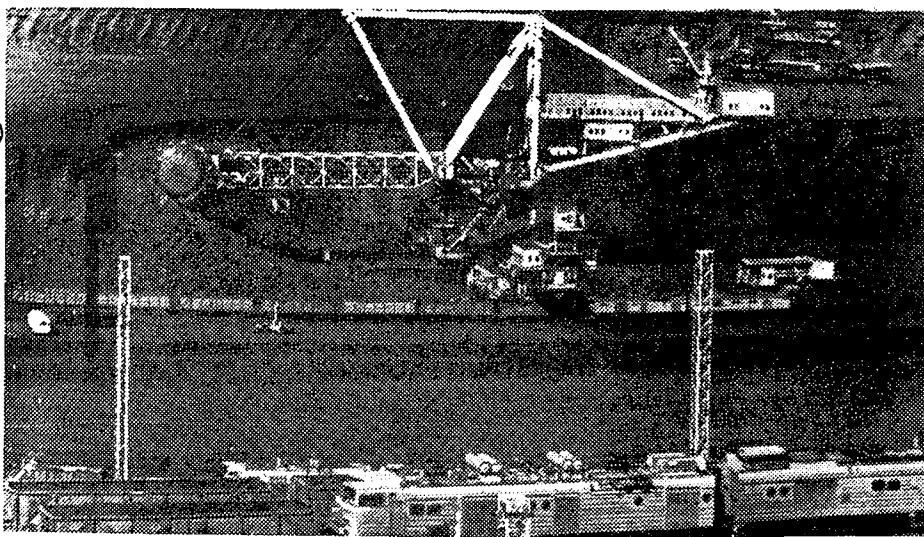
die Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln zur Verfügung stünden. Die Imperialisten könnten dann bequem – auch ohne aktuell zum Mittel des Krieges greifen zu müssen – auf einen neuen Markt vorstoßen und mit Kapital- und Warenexport riesige Profite einstreichen. Notwendig müßte der Zusammenbruch der sowjetischen Wirtschaft auch zum Niedergang ihrer Militärmacht führen, die ja auf ausrei-

chende Industrie- und Nahrungsmittelproduktion – und zwar nicht in Geld, sondern in vorhandenen Gütern ausgedrückt – angewiesen ist. Die Weltmachtposition der UdSSR wäre damit wirtschaftlich und militärisch dahin, die Imperialisten hätten den größten Konkurrenten ausgeschaltet.

betonte Kohl im Januar 80 vor dem Bundestag, daß die Sowjetunion nicht damit rechnen könne, „mit Hilfe anderer westlicher Industriestaten die amerikanischen Maßnahmen unterlaufen zu können. Das heißt für uns, meine Damen und Herren: Wenn die amerikanische Regierung und die amerikanische Politik aus gutem Grund zu dem Ergebnis kommen, daß der Sowjetunion Entwicklungen und Güter im technologischen Bereich nicht zur Verfügung gestellt werden sollen, ist es für uns undenkbar, daß etwa deutsche Firmen in diese entstandene Marktlücke hineingehen.“

Steckt hinter den Meldungen über die angebliche Stagnation der sowjetischen Wirtschaft einerseits die Hoffnung, den Gegner ökonomisch zugrundiderichten zu können, so kommt der einigermaßen regelmäßigen Verbreitung solcher Meldungen eine nicht zu unterschätzende ideologische Funktion zu; nämlich die Meinung im Volk zu verankern, bei der Sowjetunion handele es sich um einen Gegner, der auf militärischem Gebiet ein Gigant sei, auf wirtschaftlichem hingegen zu nichts als Mißwirtschaft in der Lage sei – kurz, seine Bevölkerung fast verhungern ließe und sich dafür im „freien Westen“ entschädigen müsse. In diese Richtung zielen liebevoll ausgemalte Beschreibungen über die Engpässe bei der Versorgung der sowjetischen Bevölkerung ebenso ab wie die eher mit scheinheiliger Sorge ausgestreute Bemerkung eines Strauß im Bundestag, die UdSSR gäbe einen „unvernünftig hohen“ Anteil ihres Bruttonsozialprodukts für „diese Rüstung, ihre laufende Modernisierung, Verstärkung der Angriffskomponenten“ aus. Die moralische Rechtfertigung, gegen einen solchen Gegner Krieg zu führen, soll auf diese Weise geschaffen werden und zugleich die Klassenwidersprüche in der Sowjetunion und den RGW-Staaten geschürt werden. Geschickt könnte die Bourgeoisie so die Aufmerksamkeit der Arbeiterklasse von dem Umstand ablenken, daß es ein Reagan und ein Schmidt – angefeuert durch die CDU/CSU-Opposition – sind, die beschlossen haben, in ihren Regierungshaushalten die Sozialausgaben in Milliardenhöhe zu kürzen, um damit der Profitwirtschaft auf die Sprünge zu helfen und das Rüstungsgeschäft zu finanzieren.

Sehen wir uns im folgenden am Beispiel der Landwirtschaft an, wie es um Produktion und Versorgung in der So-



Kohletagebau in Kasachstan. Die Braunkohlen- und Steinkohlenreserven in Kasachstan werden auf 10 Mrd. Tonnen geschätzt.

den Plandaten von 4,1%. Woher röhrt das Interesse, mit dem die Produktion und Einhaltung des Fünfjahresplans in der UdSSR verfolgt werden? Aufschluß darüber gibt US-Präsident Reagan, der laut Spiegel vom 9.2.81 erklärte, er fürchte einen neuen Rüstungswettlauf mit Moskau nicht: „Er glaubt, daß die Sowjetunion mit ihrem niedrigeren Bruttonsozialprodukt viel mehr darunter leiden müsse als der reiche Westen – ökonomisch wahrscheinlich eine richtige Rechnung“, wie der Spiegel kommentiert. „Denn nach einer CIA-Berechnung produzieren die USA heute 40% mehr als die Sowjet-Union, können sie es sich leisten, jeweils zehn Dollar für etwas aufzuwenden, wofür die Sowjets nur sechs zur Verfügung haben.“

Das Kalkül der US-Imperialisten besteht offensichtlich darin, über gegenseitiges militärisches Wettrüsten die Sowjetunion zu zwingen, den Großteil ihres gesellschaftlichen Mehrprodukts in die Rüstung zu stecken, in der Erwartung, daß schließlich die Wirtschaft zusammenbrechen würde, weil keine ausreichenden Mittel für die Entwicklung der Industrieproduktion und

In der Hoffnung, die UdSSR an ihrer Substanz, der Nahrungsmittelversorgung, zu treffen, hatte Carter Anfang 1980 nach dem Einmarsch der Sowjetunion in Afghanistan ein Getreideembargo über die UdSSR verhängt. Während der Spiegel diesen Einsatz der „Getreidewaffe“ als Mittel zur Schwächung der UdSSR erörterte, hob Reagan den Lieferstopp im Frühjahr 81 auf, wohl in der Erkenntnis der Ineffektivität dieser Maßnahme, was auch amerikanische und westdeutsche Studien nahelegen. So hat der Lieferstopp zwar zu einem Rückgang des SU-Handels mit den USA von 2,8 Mrd. Rubel auf 1,5 Mrd. R. geführt, gleichzeitig aber zu einer Ausweitung ihres Handels mit anderen Staaten, z.B. Kanada und Argentinien.

Das o.g. imperialistische Kalkül hat auch in der BRD seine Fürsprecher. So

# Selbstverwaltung der Kollektivwirtschaften und Planung der Produktion

Will man sich eine Vorstellung bilden, wie die Planung in der Landwirtschaft in der UdSSR vor sich geht, so muß man feststellen, daß etwa die Hälfte des bebauten Bodens nicht von Bauern in dem Sinne bewirtschaftet wird, wie sie als Klasse aus den feudalen Verhältnissen übriggeblieben sind, vielmehr von Landarbeitern, die weder Grund und Boden noch Produktionsmittel in irgendeiner Form besitzen. Die staatlichen Betriebe, in denen sie arbeiten, die Sowchosen, werden genauso verwaltet wie die übrigen staatlichen Betriebe. Das heißt, an der Spitze steht ein vom Staat eingesetzter Direktor. Die Beschäftigten, die man als staatlich angestellte Landarbeiter fassen kann, sind gewerkschaftlich organisiert. Ihr gewerkschaftliche Vertretung genießt diejenigen Rechte und Möglichkeiten wie in allen Betrieben, also eine weitgehende Mitbestimmung über die Organisation der Produktion, über Einstellungen und Entlassungen, Verteilung der betrieblichen Fonds; zudem obliegt ihnen die Organisierung der Einrichtungen zur Befriedigung der kulturellen Bedürfnisse der Arbeiter und ihrer Familien.

Anders ist die Lage in den Kollektivwirtschaften, den Kolchozen. Die Kolchozen sind Produktionsgenossenschaften und als solche Teil des Genossenschaftswesens, des nach

dem Sieg der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution bewußt geförderten freiwilligen Zusammenschlusses. Sie bestehen neben anderen Formen der Genossenschaften, die, wo es möglich war, gleich nach der Revolution ins Leben gerufen wurden, den Konsum- und Kreditgenossenschaften, die dazu dienen sollten, die kleinen Bauern von den Großbauern als Abnehmer ihrer Produkte und von den Wucherern als Geldgeber für die Beschaffung von Produktionsmitteln unabhängig zu machen.

Beiden gemeinsam ist, daß sie nicht Eigentümer von Grund und Boden sind. Am 2. Tag nach dem Sieg der Oktoberrevolution verkündete die sowjetische Regierung im „Dekret über den Grund und Boden“: „Das Privateigentum an Grund und Boden wird für immer aufgehoben. Der Boden darf weder verkauft noch gekauft, weder in Pacht gegeben noch verpfändet, noch auf irgendeine andere Weise veräußert werden.“ Damit war auch die Vererbung von Land ausgeschlossen.

Das Dekret war gegen die besitzenden Klassen gerichtet. Vor der Revolution gehörten  $\frac{2}{3}$  des fruchtbaren Bodens dem Adel, der Zarenfamilie, den Klöstern und den Kulaken, den Großbauern, die von der Ausbeutung fremder Arbeitskraft lebten. Dagegen besaßen 15% der armen Bauern kein eigenes Ackerland. 30% der Höfe hatten keine eigenen Pferde, von Maschinen

und Mitteln zur Mechanisierung der Landwirtschaft ganz zu schweigen. Pro Jahr konnten sich rund zwei Millionen arme Bauern auf ihrem Land nicht mehr halten und wanderten in die südlichen Gebiete Rußlands aus, wo sie sich als Tagelöhner bei Gutsbesitzern oder Kulaken verdingten. Das enteignete Land der besitzenden Klassen wurde den armen Bauern und Landarbeitern zur unentgeltlichen und unbefristeten Nutzung übergeben, desgleichen Wirtschaftsgebäude, Vieh, Saat- und Düngemittel, so daß sich eine besser gestellte Schicht von Mittelbauern überhaupt erst herausbilden konnte. Diese konnten aufgrund ihrer Erfahrung mit der Bebauung von ausreichenden Mengen Land sowie der Nutzung von Maschinen und Düngemitteln allmählich in größerem Umfang für die Kollektivierung, die stets freiwillig sein sollte, gewonnen werden.

Nicht nur die Produktivkraft nahm in der Landwirtschaft nach der Revolution zu, sondern auch die Vielfältigkeit der Erzeugnisse. Waren zuvor 90% des Ackerlandes mit Getreide bestellt worden, so konnte nun der Anbau von Futtermitteln, grundlegend für die Hebung der Viehzucht, schnell gesteigert werden.

Im Unterschied zu den Sowchosen beruht die Verfassung der Kolchozen auf dem gemeinsamen Eigentum an Produktionsmitteln. Wirtschaftsgebäude, Vieh, mehrjährige Pflanzen, Saatgut und Mittel zur Aufbereitung und Verbesserung des Bodens wie Düngemittel und Bewässerungsanlagen sind kollektives Eigentum.

Über den Einsatz der Produktionsmittel wie über die Verwendung der Er-

wjetunion tatsächlich bestellt ist. Wenn es auch zutrifft, daß in der Sowjetunion die Wachstumsrate von 1980 auf 81 bei einigen Produkten stagniert bzw. rückläufig ist, so stellt sich die Lage doch anders dar, wenn man die tatsächlich vorhandene Produktionsmenge betrachtet und die Wachstumsraten auf einen längeren Zeitraum hin. Die Produktivität, d.h. die Produktion je Beschäftigtem bezogen auf den Einsatz von Kapital und Arbeitskraft, liegt in den USA tatsächlich höher als in der Sowjetunion, z.B. in der Getreideproduktion.

Berücksichtigen muß man dabei aber, daß der Produktivitätszuwachs in den USA erkauf wird mit einem ungeheuren Raubbau an der Natur, der Zerstörung des Bodens und der Wälder. Schon 1935 hatte das US-Landwirtschaftsministerium darauf hingewiesen, daß rund 20% der Landwirtschaftsfläche und ca. die Hälfte des Ackerbodens verwüstet worden seien. Die nebenstehenden Tabellen zeigen,

dass im Jahresdurchschnitt von Zehnjahresperioden die Produktion in der Sowjetunion wie auch der Hektarertrag beträchtlich gestiegen sind. Sie zeigen zum zweiten, daß die Sowjetunion im Vergleich mit den USA diese z.B. in der Weizenproduktion weit übertrifft,

## 1. Landw. Erzeugnisse in der UdSSR (Jahresdurchschnitt in Mio. t)

	51 - 60 p. Kopf	71 - 80 p. Kopf	in kg	in kg
Getreide ...	105,0	533,0	193,4	761,0
Zucker ...	34,8	177,0	82,1	323,0
Fleisch ...	6,8	34,5	14,4	56,6
Eier, Mrd.	19,8	101,0	57,4	226,0

## 2. Jahresdurchschn. Weizernte, Mio. t

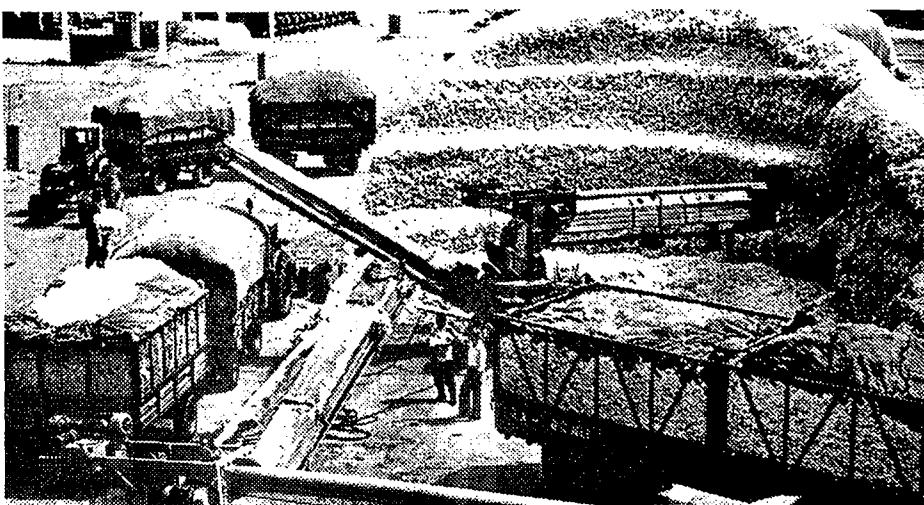
	61 - 70	71 - 78
UdSSR .....	69,4	97,0
USA .....	36,2	50,0

## 3. Hektarertrag für Feldfrüchte

	50	54	60	64	65	69	73	77
UdSSR .....	100	128	152				175	
USA .....	100	132	143				159	

Angaben in konst. Preisen (Index)

desgleichen im Hektarertrag bei Feldfrüchten. Wenn die UdSSR auch in z.B. der Fleischproduktion niedriger liegt als die USA, so kann man doch nicht sagen, daß die Versorgung der Bevölkerung gefährdet wäre, was man am durchschnittlichen Kalorien- und Proteinverbrauch pro Kopf der Bevölkerung sehen kann: Der tägliche Kalorienverbrauch liegt in der UdSSR mit 3443 leicht unter dem in den USA (3537), aber z.B. höher als in der BRD (3362), der Proteinverbrauch liegt in der BRD bei 85,3, in den USA bei 106,2 und der UdSSR bei 103,2. Dabei ist zugleich zu betonen, daß diese Nahrungsmittelversorgung sich in der UdSSR einigermaßen gleichmäßig auf die ganze Bevölkerung verteilt und solche elenden Lebensverhältnisse wie in den USA, wo die Imperialisten die kleinen Farmer in den Ruin treiben und eine Rate von 25 Millionen Menschen, die unter dem Existenzminimum leben, geschaffen haben, in der Sowjetunion nicht anzutreffen sind.



Baumwollentkörnungsbetrieb einer Agrar-Industrie-Vereinigung in Usbekistan

träge aus der Ernte entscheidet das oberste Organ der Kolchose, die Mitgliederversammlung. Sie wählt sich einen Vorstand und einen Vorsitzenden, die ihr rechenschaftspflichtig sind. Sowohl der Körper wie einzelne Mitglieder können abgewählt werden. Die Vollversammlung entscheidet darüber, welcher Teil der Erlöse aus den Verkäufen an den Staat, der ihre Produkte zu festen Ankaufspreisen abnimmt, für Investitionen verwendet wird, etwa für die Anschaffung von Landmaschinen, welcher Teil zurückgelegt wird und welcher für Reparaturen und Erneuerungen, etwa von Scheunen, sodann, welcher Teil für die kulturellen Bedürfnisse der Kolchosemitglieder, z.B. für Schulbauten, ausgegeben wird.

Die Kolchosmitglieder erhalten einen garantierten monatlichen Mindestlohn. Dazu kommen Lohnanteile je nach Leistung, die zum Teil durch ma-

terielle Anreize erzielt werden. Neben dem Lohn teilt die Kolchose jeder Familie ein Stück Land zur individuellen Nutzung zu, das meist als Obst- und Gemüsegarten oder als Weinberg genutzt wird. Die Ernte geht teils unmittelbar in den persönlichen Konsum ein. Überschüsse können auf dem Markt verkauft und die erzielten Geldmittel für den individuellen Besitz, das Wohnhaus, Hausgerät usw., verwendet werden. Die Menge der Produkte, die auf diese Weise auf den Markt gelangen kann, ist begrenzt dadurch, daß das pro Familie zugeteilte Stück Land laut Gesetz die Größe von einem halben Hektar nicht übersteigen darf.

Nach wie vor gelten beide Formen der landwirtschaftlichen Betriebe als sozialistische Formen, die Sowchosen als fortgeschrittenere. Angestrebt wird, die landwirtschaftliche Produktion überwiegend durch Sowchosen zu

gewährleisten. Zugrunde liegt ein Konzept der Einteilung der Arbeiter in solche, die im Bereich der Produktionsgüterindustrie, der Konsumtionsgüterindustrie oder der Dienstleistungen beschäftigt sind. Obwohl nach wie vor die Landwirtschaft den größten Anteil an der Produktion hat, ist die Entwicklungsrichtung so angelegt, daß die alte Bauernklasse verschwindet zugunsten staatlich angestellter Landarbeiter. Gründe für dieses Konzept kann man in den historischen Bedingungen sehen, die vor der Oktoberrevolution für die bäuerlichen Familien nur absehbare Elend bedeuteten. Nach der Revolution waren die Vorteile für die Landwirtschaft bei geplanter, mit der Industrie zusammenhängender Entwicklung deutlich. Ein weiterer Grund, der das weitgehende Eingreifen des Staates in die landwirtschaftliche Produktion vorteilhaft erscheinen lassen mag, ist die Notwendigkeit, zur weiteren Hebung der Produktion groß angelegte Projekte der Urbarmachung, der Be- und Entwässerung zu bewerkstelligen, die die Kräfte einzelner Kolchosen oder Sowchosen übersteigen. In der Tat ist der größte Investor in Meliorationen der Staat.

Allein im vorigen Fünfjahresplan waren Mittel in Höhe von mehr als 41 Milliarden Rubel vorgesehen. Der Nutzen dieses großen Mitteleinsatzes, der auf Grund gesamtstaatlicher Planung erreicht wird, ist klar. 6,5% des Ackerlandes, das be- oder entwässert werden muß, liefert rund ein Viertel des Produkts.

Woraus resultieren die Fortschritte, die in der landwirtschaftlichen Produktion in der UdSSR erreicht worden sind?

Einer der ersten Schritte, den die siegreiche Sowjetmacht nach der Oktoberrevolution 1917 unternahm, bestand darin, das Privateigentum an Grund und Boden aufzuheben, der zu 42% den Großgrundbesitzern gehört hatte, und ihn zu Volk- und Staatseigentum zu erklären, d.h. er wurde den Bauern zur kostenlosen Nutzung überlassen. In den 20er und 30er Jahren wurde die Vergesellschaftung der landwirtschaftlichen Produktion vorangetrieben durch die Organisierung von Kolchosen und Sowchosen.

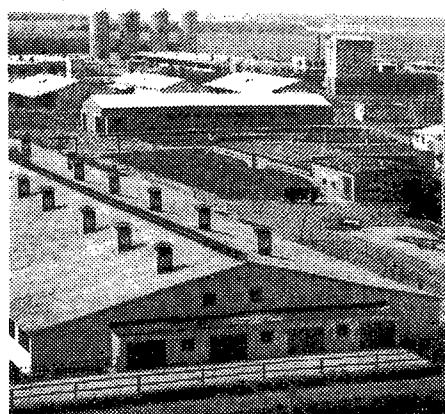
Die Kolchosen sind Produktionsgenossenschaften von Bauern. Der Boden ist ihnen vom Staat zur unentgeltlichen Nutzung überlassen, Bauten, technische Hilfsmittel, Ernte usw. dagegen sind Eigentum der Kolchosmitglieder. Die abzuliefernden Produktionsmengen und die dafür gezahlten

staatlichen Aufkaufspreise werden in Aufkaufplänen festgelegt. Ein Teil der Produktion kann von den Kolchosen selbst auf lokalen Märkten verkauft werden oder auch direkt an den Staat. Das höchste Organ der Kolchose ist die Mitgliederversammlung, die den Vor-

sitzenden wählt, Beschlüsse über die Umsetzung der Produktionspläne faßt, über die Verteilung der Ressourcen verfügt. In einem Musterstatut wurden 1969 die Rechte der Kollektivbauer festgelegt und die Wahl eines Unionssowjets der Kolchosbauern beschlossen.

Demgegenüber sind die Sowchosen staatliche Landwirtschaftsbetriebe und werden von staatlich eingesetzten Direktoren geleitet. Der Status der Arbeiter ist eher mit dem Rechtsstatus der Industriearbeiter zu vergleichen. Die Sowchosenmitglieder beziehen einen festen Lohn und haben wie auch die Kolchosmitglieder Anspruch auf die Bewirtschaftung von Hofland für den individuellen Bedarf.

Von den 124,7 Mio. Erwerbstätigen (Gesamtbevölkerung 264,5 Mio.) arbeiten 18,8% in der Landwirtschaft. Davon sind 13,7 Mio. Kolchosmitglieder, 9,8 Mio. landwirtschaftlich beschäftigte Sowchosenmitglieder. Die Kolchosen bewirtschafteten 1977 47% der 226



Viehzuchtkomplex einer Sowchose in Weißrussland

Mio. ha Ackerland, die Sowchosen 52%. Das individuelle Hofland nahm einen Anteil von 3,5% der Fläche ein. Eine Kolchose bestand 1975 im Durchschnitt aus 475 Höfen, hatte eine Anbaufläche von 3600 ha, 1644 Stück Rindvieh, 844 Schweine und 37 Schlepper. Die Sowchosen lagen in der Ausstattung etwas darüber.

Was die Lebensverhältnisse der Landbevölkerung betrifft, ist der Unterschied zur Stadtbevölkerung in der Sowjetunion offensichtlich um ein Vielfaches geringer als in den imperialistischen Ländern, was die Versorgung mit Schulen, Krankenhäusern, Sanatorien usw. betrifft. Die Löhne der Kolchosbauern lagen 1979 mit 120,6 Rubel unter denen der Arbeiter und Angestellten (163,5), dabei ist aber zu berücksichtigen, daß die Kolchosmitglieder verschiedene Vergünstigungen aus dem Kolchosfonds erhalten.

Der hohe Vergesellschaftungsgrad der landwirtschaftlichen Produktion ist somit ein wesentlicher Faktor, der die Steigerung der Produktion v.a. nach den Zerstörungen durch den Hitlerfaschismus ermöglichte.



Getreideernte auf einer Sowchose in der Region Krasnodor

Im Gegensatz zu den USA hatte und hat die Sowjetunion große Schwierigkeiten hinsichtlich Bodenqualität und klimatischer Verhältnisse zu bewältigen. So sind z.B. nur 27% des Bodens (incl. Neulanderschließung) landwirtschaftlich nutzbar, große Teile des Landes werden von Wüsten, Wäldern, Sümpfen usw. eingenommen. Zwei

Drittel der landwirtschaftlich genutzten Flächen leiden an Wassermangel und müssen künstlich bewässert werden, wohingegen im Baltikum, Bjelorußland und im Zentrum der RFSR wegen Bodennässe umfangreiche Entwässerungsarbeiten vorgenommen werden müssen.

Diese komplizierten Produktionsbedingungen konnten nur kollektiv gelöst werden, unter Beschleunigung der Mechanisierung und Chemisierung der Landwirtschaft und hohem Einsatz für wissenschaftliche Forschungen. Die Steigerung des Maschinenbestandes in der Landwirtschaft von 1950 bis 1979 von 595 Mio. auf 2540 Mio. oder der Anstieg der Lieferung von mineralischen Düngemitteln im gleichen Zeitraum von 1,2 Mio. t Reinnährstoff auf 17,5 Mio. t sind Ergebnis dieser Anstrengungen. Ein Projekt zur Verbesserung der landwirtschaftlichen Produktion wurde 1974 in der sog. Nicht-schwarzerdezone begonnen (dem europäischen Teil der UdSSR). Hier leben 59 Mio. Menschen und liegt ca. die Hälfte aller Industriebetriebe der Russischen Föderation. Ein erstes Ergebnis

## Sowjetische Militärausgaben

Eine klare Aussage über den sowjetischen Verteidigungshaushalt in der Öffentlichkeit zu bekommen, ist nicht möglich. Man stößt auf völlig widersprüchliche Angaben:

Angaben	1970	1979
UdSSR .....	41000	43000
CIA .....	105000	165000
SIPRI .....	93000	106000

Inflationsbereinigte Zahlen in Mio. \$.

„Was die sowjetischen Militärausgaben betrifft, ... zeigen die offiziellen Angaben ein Niveau der Militärausgaben für 1979, das zum offiziellen Wechselkurs auf Dollar umgerechnet, nur ungefähr ein Fünftel der Ausgaben der Vereinigten Staaten ausmacht. Weiterhin zeigen die offiziellen Angaben über die letzten zehn Jahre einen fallenden Trend in den Rüstungsausgaben von etwa 0,5% jährlich, sowie einen weiteren kleinen Rückgang in der Projektion für 1980. Ausgehend von dem, was über die Entwicklung sowjetischer Waffensysteme während der letzten Dekade bekannt ist, können diese Angaben keinen angemessenen Eindruck von den Ressourcen, die die Sowjetunion dem Militärsektor widmet, vermitteln.“

Andererseits macht die CIA ihre Schätzung für 1979, die um 50% höher liegt als die US-Zahl. Es besteht

weitgehende Zustimmung, daß dies ein ausgesprochen voreingenommener Vergleich ist. Die Zahlen, die die CIA produziert, werden jedoch, wie wir gesehen haben, häufig und ohne Einschränkung in den Auseinandersetzungen über die Rüstungsausgaben der USA verwendet. Ferner unternimmt die CIA keinen ernsthaften Versuch, in Rubel zu berechnen, was es die Sowjetunion kosten würde, die Struktur der US-amerikanischen Rüstungsausgaben abzubilden. Sie behauptet, daß zwar die Rüstungsaufwendungen der UdSSR alle innerhalb des Technologiebereichs der USA liegen und daher mit einem Dollarpreis versehen werden können, umgekehrt aber ein Großteil der US-amerikanischen Aufrüstung die Möglichkeiten sowjetischer Technologie übersteigt und daher nicht mit einem tatsächlichen Rubelpreis versehen werden kann. Könnte man die hohe US-Technologie mit einem angemessenen Rubelpreis versehen, würde sich zeigen, daß es die Sowjetunion mit Sicherheit mehr kosten würde, das amerikanische Verteidigungssystem zu produzieren als das eigene.“

Diese Beurteilung aus dem Rüstungsjahrbuch 1980/81 des SIPRI (Stockholm Internationale Peace Research Institute) weist auf ein Vormachtstreben der USA hin. Die Behauptung der USA, daß die Sowjetunion die Rüstung auf Kosten anderer Industriezweige besonders ausbaut, ist zumindest nach den Angaben des SIPRI nicht zutreffend, da die Militärausga-

ben am Bruttoinlandsprodukt von 12% (1970) auf 9,6% (1977) gesunken sind.

Diese Zahlen sagen aber über die militärischen Absichten sehr wenig aus. Denn auch wenn der Verteidigungshaushalt der Sowjetunion niedriger ist als der der USA und dieser Unterschied durch die Militärbündnisse sich noch vergrößert und die NATO einen größeren Militärhaushalt hat als der Warschauer Pakt, sind die expansionistischen Absichten der Sowjetunion nicht gering. Selbst die BRD, die einen kleineren Militärhaushalt hat, ist expansiv. Ein Vergleich der Waffensysteme würde die Schwächen und Stärken der sowjetischen Armee auch nur andeuten können. So hat die Sowjetunion in Mitteleuropa 20000 Panzer stationiert und die NATO nur 7000. Wenn jetzt US-Verteidigungsminister Weinberger in einem Geheimpapier von 50000 sowjetischen Panzern spricht, wird dies nicht stimmen. Aber selbst angenommen, die Unterstellung würde teilweise stimmen, ist die Überlegenheit der NATO bei den panzerbrechenden Waffen bekannt und kann eine zahlenmäßige Überlegenheit von Panzern der Sowjetunion mit guten und vielen panzerbrechenden Waffen der NATO zu nichts gemacht werden. Die Überlegenheit oder die Besiegbarkeit einer Armee kann nur im Krieg entschieden werden. Dafür sammelt die NATO Gründe.

dieses Projekts, das wegen der hohen Erschließungskosten lange Zeit zurückstehen mußte, war, daß nach drei Jahren das Gebiet Moskau sich selbst mit landwirtschaftlichen Produkten versorgen konnte und nicht mehr auf Einführen angewiesen war.

Neben Mechanisierung und Bodenmelioration war eine weitere Maßnahme zur Ertragssteigerung die Neulandgewinnung, die während des Krieges begonnen wurde und in den Jahren von 1954 bis 1960 zu einem Gewinn von 42 Mio. ha (das 1,7fache der BRD-Fläche) führte und ein Viertel des Getreideertrages lieferte.

Um die Methoden zur Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion gab und gibt es scharfe Auseinandersetzungen, was z.B. auch die Absetzung von Chruschtschow 1964 zeigt.

Zusammenfassend kann man feststellen, daß die Spekulation der Imperialisten darauf, die Sowjetunion durch Rüstungswettlauf in den wirtschaftlichen Ruin zu treiben, gefährlich ist und von der UdSSR zu Recht als reale Bedrohung angesehen wird, von ihrer materiellen Grundlage her aber einigermaßen absurd ist: Ein Land, das unter solch schwierigen Naturbedingungen und den Zerstörungen, die der Hitlerfaschismus angerichtet hat – immerhin hat er die Sowjetunion 20 Millionen Menschenleben gekostet sowie die Vernichtung großer Teile der Produktionsanlagen –, über einen langen Zeitraum hin die Produktionsergebnisse und die Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte steigern konnte, ist durch solches Wettrüsten nicht zu ruinieren.

Die Entwicklung in der UdSSR zeigt, daß selbst eine entartete Planwirtschaft in der Lage ist, die Versorgung ihrer Bevölkerung sicherzustellen. Es spricht daher auch aus diesem Grund alles dafür, den Angriff seitens der Arbeiterklasse gegen die Kriegsvorbereitungen der „eigenen“ Bourgeoisie zu richten und ihren Maßnahmen zur Einschnürung der Lebensverhältnisse der Massen entgegenzutreten. Der Kampf, der in den imperialistischen Zentren gegen die jeweilige Bourgeoisie geführt wird, wie z.B. die Demonstration von 250000 Menschen in Washington gegen Reagans Sparprogramm, ist umgekehrt auch für die Arbeiter und Bauern in der Sowjetunion eine Ermutigung, den Kampf gegen die dort herrschende Klasse aufzunehmen, um ihre politischen und wirtschaftlichen Interessen als gesellschaftlich produzierende Klassen durchzusetzen und sich nicht zu einer Politik des Burgfriedens zwingen zu lassen unter dem Druck der Bedrohung vom Ausland her.

## Entwicklung der sowjetischen Wirtschaft, Lebensstandard der Volksmassen

Die Sowjetunion ist bei einer Reihe strategisch wichtiger Produkte größter oder zweitgrößter Produzent der Welt:

### Produktion ausgewählter Erzeugnisse (in Mio. t bzw. Mrd. kwh)

	1940	1960	1979	USA	1979
Steinkohle	140,0	374,9	501,5 <sup>1</sup>	566,7 <sup>1</sup>	
Braunkohle	25,9	134,7	163,5 <sup>1</sup>	32,3 <sup>1</sup>	
Eisenerz	29,9	105,9	239,7	86,5	
Erdöl	31,1	147,2	585,5	479,0	
Rohstahl	18,3	65,3	149,0	123,1	
Zement	5,7	45,5	123,0	70,5	
Elektrizität	48,3	292,3	1240	2248	

1 = 1978. Quellen: Statistisches Bundesamt, Länderbericht Sowjetunion 1977, Fischer Weltalmanach 1981.

Trotz dieser umfangreichen industriellen Produktion ist der Anteil der in der Landwirtschaft Beschäftigten deutlich höher als in den westlichen imperialistischen Staaten. 22% aller Beschäftigten waren noch 1977 in der Landwirtschaft tätig, die Hälfte davon als Arbeiter und Angestellte der staatlichen Sowchosen, die andere Hälfte als Kolchosbauern.

### Beschäftigte nach Wirtschaftsbereichen (in 1000)

	1960	1970	1977
Industrie	22650	31593	35400
Bauwirtsch.	5143	6994	8050
Land-, Forstwirtschaft (Sowchosen)	7152	9851	11410
Kolchosb.	16970	13940	11880
Transport-, Post-, Fernmeldewesen	7017	9315	11220
Insgesamt	78970	104140	118260

Quelle: RGW in Zahlen, Hrsg. Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche, 1978.

Die – vergleichsweise niedrigen – Löhne und Gehälter der sowjetischen Arbeiter und Angestellten und Bauern sind in den letzten Jahren zwar langsam, aber stetig gestiegen, während die Preise praktisch konstabil blieben.

### Durchschnittliche Monatseinkommen – in Rubel, brutto –

	1960	1970	1977
Industrie	91,6	133,3	173,0
Bauwirtschaft	o.A.	149,9	186,5
Transp., Post-Fernmeldew.	o.A.	136,7	186,0
Land-, Forstw.	o.A.	101,0	139,5
Insgesamt	80,6	122,0	159,0

Quelle: RGW i. Zahlen, a.a.O. 1977 1 Rub. = 3,15 DM

Hinzukommen noch Zuwendungen aus betrieblichen und anderen Fonds, die im Durchschnitt etwa 40% des Monatseinkommens ausmachen.

### Verteilung der Ausgaben einer sowjetischen Familie 1978

Nahrungsmittel	32,0%
Dienstleistungen	22,8%
Kleidung	15,7%
Miete, kommunale Dienstl.	2,5%
Heizung	0,2%
Dauerhafte Konsumgüter	6,6%
Steuern	8,7%
Ersparnis	7,2%
ungeklärter Rest	4,3%

Quelle: BfA Ostinformationen, UdSSR Wirtschaftsbericht 1979, hrsg. August 1980.

In der Landwirtschaft ist der Anteil des privaten Hoflands heute auf unter 3% gefallen. Die restliche Bodenfläche wird von Kolchosen und Sowchosen bewirtschaftet. Trotzdem erzeugen die Kolchosbauern und Arbeiter der Sowchosen auf ihrem privaten Land heute bei einzelnen landwirtschaftlichen Produkten immer noch einen bedeutenden – wenn auch fallenden – Anteil des Gesamtprodukts.

### Produktionsanteile des privaten Hoflands (in %)

	1940	1960	1975
Getreide	12	2	1
Kartoffeln	65	63	59
Gemüse	48	44	34
Milch	77	47	31
Eier	94	80	39

Quelle: Länderbericht Sowjetunion 1977, a.a.O.



Neulandgewinnung in 1000 ha

### Unionsrepublik, Wirtschaftsbez. 54 – 60

Russische SFSR	16352
davon west-, ostsbirischer u. fernöstl. Wirtschaftsbezirk	11098
Ural-Wirtschaftsbezirk	2925
Wolga-Wirtschaftsbezirk	2329
Kasachische SSR	25484

Quelle: Länderbericht Sowjetunion 1977, a.a.O.

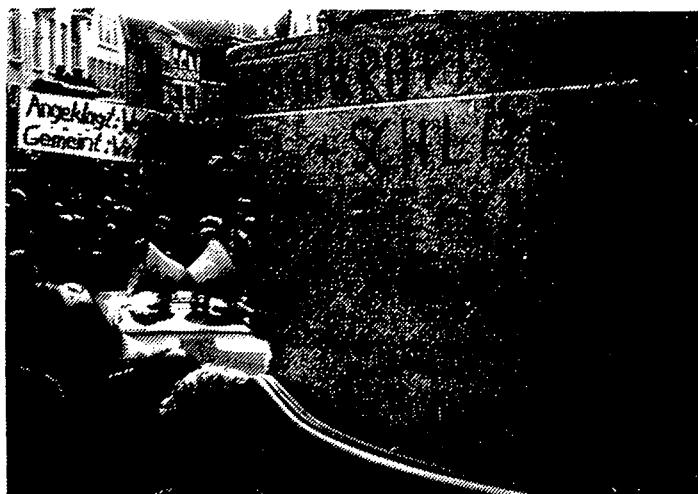
## IG Metall gegen Vertrauensarzt

In einem Interview forderte Daimler-Benz-Chef Prinz die Bonner Koalition auf, die Lohnfortzahlung genauer unter die Lupe zu nehmen und machte dazu den Vorschlag, erneut einen „Vertrauensarzt“ einzuführen. In ihrer Presseerklärung vom 16.9. weist die IG Metall Stuttgart diesen Angriff entschieden zurück: „Zu der „Jagd auf Kranke“ in den Betrieben soll nach dem Willen von Prinz nunmehr offensichtlich auch noch die Fließband-Gesundschreibung durch den Vertrauensarzt kommen“. Prinz verdächtigte kranke Menschen pauschal des Mißbrauchs von Sozialleistungen.

## DGB-Kreisjugenddelegiertenkonferenz

**München.** Auf der Konferenz am 12.9.81 wurden Anträge verabschiedet, z.B. daß Gewerkschafter Zutritt zum Unterricht an Berufsschulen bekommen und daß Gewerkschafter bei der Bestimmung der Lehrinhalte beteiligt werden. Weitere Anträge befürworten die Bildung von gewerkschaftlichen Wehrpflichtigenarbeitskreisen und die Organisierung von ZDlern in der ÖTV. Der Kreisvorstand

Am 26.9. demonstrierten in Itzehoe ca. 800 Menschen gegen die Brokdorf-Prozesse und für die sofortige Freilassung von Michael Duffke. Am 1.10., dem ersten Prozeßtag gegen M. Mohr und M. Duffke, mit Fahndungsfoto als „Schläger von Brokdorf“ gesucht, wurde sofort klar, daß Gericht und Staatsanwaltschaft auf eine hohe Verurteilung hinauswollen. Zweimal wurden ca. 100 Zuschauer von SEK-Polizisten aus dem Gerichtssaal geräumt, der Haftbefehl gegen M. Mohr wurde aufgehoben, der gegen M. Duffke aber verlängert.



wurde aufgefordert, darauf hinzuwirken, den Beschuß des DGB-Bundesvorstandes bezüglich des Verbots der Teilnahme der DGB-Jugend an der Großdemonstration in Bonn rückgängig zu machen. Ausdrücklich wurde der NATO-Beschluß, Mittelstreckenraketen in Westeuropa zu stationieren, verurteilt. Der DGB-Kreisvorstand wurde aufgefordert, am nächsten Antikriegstag eine Demonstration zu organisieren. In einem weiteren Antrag wurde die Bundesregierung aufgefordert, die „Türkei-Hilfe“ sofort einzustellen.

## Demonstration gegen Nazi-Terror

Zum Jahrestag des faschistischen Bombenattentats auf das Oktoberfest in München, bei dem dreizehn Menschen getötet und 200 verletzt wurden, hatte die Initiative „Dem Naziterror Einhalt gebieten“ zu einer Demonstration aufgerufen. Ca. 2500 Menschen versammelten sich vor der Paulskirche, in der Strauß, OB Kiesl u.a. zu einem Gottesdienst eingekehrt waren, und marschierten von dort aus mit Transparenten, die sich gegen Faschismus und Reaktion richteten, zum Marienplatz. Die abschließende Kundgebung, zu der u.a. die HBV Bayern aufrief, machte deutlich, daß „die Rechte nur hinter dem Rücken der Staatsgewalt tätig sein kann“ (Fahrenholdt, Mitglied des Vorstands IG Druck), und „wer über Neofaschismus spricht, über Strauß nicht schweigen darf“. Die bayerische Staatsregierung hatte zusammen mit der Bundesanwaltschaft die Hintergründe für das faschistische Attentat eher verdeckt als aufgedeckt.

## Thyssen: Stillegungspläne bei Gießereien

**Gelsenkirchen.** Hat der Thyssen-Konzern seit der Fusion mit Rheinstahl längst umfangreiche Stillegungs- und Rationalisierungsmaßnahmen durchgeführt, so steht letzteres jetzt im Gießereibereich an. Nach am Montag letzter Woche bekanntgewordenen Plänen soll im Gelsenkirchener Werk Schalker Verein endgültig der letzte noch laufende Hochofen stillgelegt werden, das Gußstahlwerk Gelsenkirchen ganz, bei gleichzeitiger Konzentration des Stahlformgusses auf die Hattinger Hen-

richshütte. 950 der rund 2000 Beschäftigten des Schalker Vereins wären von der Hochofenstilllegung betroffen, 550 von der Stilllegung des Gußstahlwerks.

Zwar wurde den Beschäftigten teilweise Übernahme von der Henrichshütte zugesichert, bei gleichzeitiger Ausnutzung vorzeitiger Pensionierung und „natürlicher Fluktuation“, aber selbst, wenn das keine leere Versprechungen sind, wären die Folgen hart. Bei schon jetzt 9% Arbeitslosenrate befürchtet die IG Metall außerdem Auswirkungen auf andere Betriebe. – Gleich am 28.9. streikten deshalb die Belegschaften für mehrere Stunden. Die Belegschaft des Gußstahlwerks führte am 2.10. eine Demonstration durch.

## Vereinbarung über Bildschirmarbeit

**Westberlin.** Eine Dienstvereinbarung über Arbeiten an Bildschirmen hat der Personalrat der Freien Universität mit dem Unipräsidenten abgeschlossen. Sie gilt vorerst allerdings nur für das Ausleihsystem der Universitätsbibliothek. Grundsätzlich sollen durch Einsatz von Bildschirmgeräten keine Arbeitsplätze wegrealisiert bzw. die Qualifikationsmerkmale gesenkt werden. Mischarbeit soll ermöglicht werden. Nach 50minütiger Arbeit am Bildschirm gibt es eine bezahlte Pause von 10 Minuten. Die ÖTV hatte eine zentrale Pause von 15 Min. gefordert. Die tägliche Arbeitszeit beträgt maximal vier Stunden. Die Übereinkunft der Länderinnenminister, Betriebsvereinbarungen für einzelne Einrichtungen genau wie den Rahmenarifvertrag zu blockieren, ist damit durchbrochen.

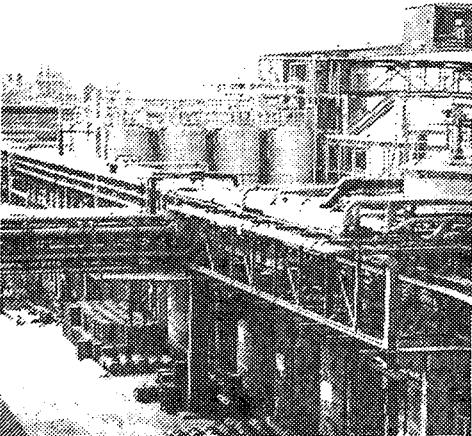


Mit Wirkung ab 1.10. hat die italienische Regierung die Rezeptgebühren um durchschnittlich 50% erhöht. Erst vor drei Jahren erstmals eingeführt, erreichen die Gebühren damit 40% der Arzneimittelkosten. Befreit sind nur Personen mit unter 3,6 Mio. Lire Jahreseinkommen (ca. 570 DM monatlich). Weiter hat die Regierung u.a. eine „Selbstbeteiligung“ von 2000 Lire (3,80 DM) für jeden Arztbesuch beschlossen, für Hausbesuche das Doppelte. Die Einfrierung der Finanzzuweisungen aus dem Staatshaushalt auf dem Nominalniveau von 1981 wird die Gemeinden zur Wiedereinführung eigener Steuern zwingen. Gegen die Regierungsbeschlüsse traten am 29.9. 6000 Metallarbeiter von Breda in Sesto S. Giovanni bei Mailand in einen Warnstreik (Bild). Am 1.10. streikten in Genua alle Branchen zweieinhalb Stunden. In Rom legten die Busfahrer für 40 Minuten die Arbeit nieder. Weitere Streiks werden aus anderen Städten gemeldet. Die Gewerkschaften unterstützen die Kampfaktionen.

## Forderungen gegen Auswirkungen der Schichtarbeit

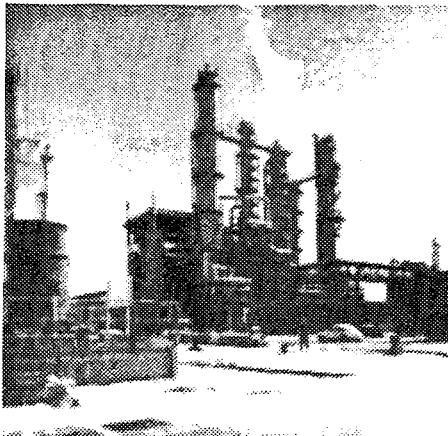
Mitte September hat der BASF-Betriebsrat vier Forderungen gegen die Auswirkungen der 12-Stunden-Wechselschicht gegenüber den Kapitalisten erhoben:

- regelmäßige Vorsorgeuntersuchungen nach 3 – 5 Jahren Schichtarbeit
- 3 Wochen Kur nach 5 – 10 Jahren Schichtarbeit auf Kosten der Kapitalisten, davon höchstens 1 Woche auf den Jahresurlaub anrechenbar,
- Finanzieller Ausgleich als Alterslohnssicherung für Arbeiter, die aus Gesundheitsgründen keine Schichtarbeit mehr leisten können,
- schrittweise Arbeitszeitverkürzung für Schichtarbeiter vom 55. Lebensjahr an auf 20 Stunden im 60. Lebensjahr, dann vorzeitige Pensionierung.



Diese Umstände haben die Kapitalisten geschickt genutzt, das im Faschismus eingeführte 12-Std.-Schichtsystem beizubehalten und ständig auszudehnen. Für 1982 haben die BASF-Kapitalisten 12500 Beschäftigte in Wechselschicht beim Gewerbeaufsichtsamt angemeldet (1981: 12150, 1974: 10650). Damit arbeitet praktisch jeder zweite Arbeiter Wechselschicht, zusätzlich noch ca. 1000 in teilkontinuierlicher Schicht.

Vor etwa 1½ Jahren hat der Vertrauensleutekörper der BASF einen Schichtarbeitskreis gebildet, der sich mit den Auswirkungen der Schichtarbeit befaßt und gemeinsam mit der IG Chemie Ludwigshafen den „Schichtkurier“ herausgibt. Regelmäßig wer-



Umstellung der Kunstharzproduktion auf ein kontinuierliches Verfahren 1970 (Bild links): „Wiederum betrat die BASF Neuland, denn ein derartiges Verfahren existierte in der Welt bis dahin nicht“ (BASF-Information 5/77). Kontinuierliche Äthylenproduktion seit 1934 (Bild rechts Äthylenoxidationsanlage): Versuche mit anderen Verfahren wurden „wegen der diskontinuierlichen Arbeitsweise aufgegeben“ („Schriftenreihe“ 7).

Die Kündigung der betrieblichen Pausenregelung hat der Betriebsrat bereits angekündigt; diese beinhaltet z.Zt. noch für die 12-Std.-Schicht bei 11 Stunden bezahlter Arbeitszeit 1 Stunde *unbezahlte* Pause.

In der Untersuchung „Projekt Schichtarbeit“ (PROSA, vgl. Pol. Ber. 6/81) der IG Chemie geben 78% der Befragten bei der BASF an, aus finanziellen Gründen zur Schichtarbeit gezwungen zu sein. Zusätzlich haben 47% der BASF-Schichtarbeiter einen Arbeitsweg von über einer Stunde, darunter 12% über 2 Stunden; für sie verringert die durch die längere Arbeitszeit geringe Zahl der Schichten pro Woche Fahrzeiten und -kosten.

den Schichtarbeiterversammlungen durchgeführt. Durch die PROSA-Untersuchung ermittelte Daten über die Auswirkungen der Schichtarbeit bei der BASF hat die IG Chemie veröffentlicht.

Danach geben 22% der Schichtarbeiter an, daß in ihrem Betrieb die personelle Besetzung eindeutig zu gering sei; 11% (Nicht-Schichtarbeiter: 22%) arbeiten 1 – 10 Überstunden im Monat, 5% (3%) 10 – 20, 4% (0%) mehr als 20 Überstunden.

An Betriebs- bzw. Abteilungsversammlungen haben innerhalb des letzten Jahres nur 42% (82%) der Schichtarbeiter teilnehmen können. 60%

(72%) der Schichtarbeiter sind Mitglieder in Vereinen oder Organisationen, 27% (34%) haben dort ein Amt. 20% (30%) haben eine gewerkschaftliche oder betriebliche Funktion.

Von 12 Belastungsfaktoren wie Lärm, Temperaturschwankungen, Umgang mit Giftstoffen usw. treten 10 häufiger an Schichtarbeitsplätzen als an anderen Arbeitsplätzen auf; 53% der Schichtarbeiter (Nichtschichtarbeiter: 37%) tragen oft oder ständig einen Gehörschutz, 21% (11%) eine Maske, 72% (67%) eine Brille, 71% (65%) fühlen sich durch ständige Konzentration, 60% (42%) durch schnelle Reaktionserfordernisse stark belastet. 49% (38%) leiden unter Nervosität, 23% (18%) unter Magenbeschwerden, 45% (22%) unter Schlafstörungen. 42% (29%) befürchten Nachteile, falls sie krankgeschrieben werden.

Die aufgestellten Forderungen sind ein erster Schritt gegen die Auswirkungen der Schichtarbeit; für die Kapitalisten bedeuten sie eine Verteuerung. Um einen Angriff auf die Schichtarbeit an sich zu führen, reichen sie noch nicht aus, und dazu muß sich auch die Gewerkschaft von Auffassungen lösen wie der des IG-Chemie-Geschäftsführers in Ludwigshafen: „... in der Chemie läuft's halt mal rund um die Uhr, und das geht auch nicht anders“. Die Kapitalisten jedenfalls setzen alles daran, daß ihnen die Umstellung auf vollkontinuierliche Produktionsverfahren überhaupt gelingt.

## BMW München Investitionen für höhere Stückzahlen

Die Investitionsquote von BMW (Investitionen/Umsatz) betrug mit 473 Mio. DM Investitionen 1979 7,2%, mit 740 Mio. DM 1980 14,5%. Für 1981 sind für den Konzern 1 Mrd. DM an Investitionen geplant, um „durch Einsatz neuer, flexibel zu handhabender Produktionstechniken auch kleinere Serien rationell herzustellen“, durch „bessere Produktivität, verringerte Personal- und übrige Kosten (Kuenheim auf der Aktionärs- und der Be-triebsversammlung, Juli 1981).

Ca. 2000 Arbeiter der Werktechnik und von Fremdfirmen hatten z.T. rund um die Uhr – im Durchschnitt wurden 72 Std./Woche gearbeitet – während des Betriebsurlaubs verschiedene Umbauten vorgenommen. U.a. wurden die Transport- und Fördersysteme verändert, um höhere Stückzahlen zu ermöglichen. Schwerpunkte der Umbauten waren: die Einrichtung einer neuen Kataphorese-Lackieranlage mit „gleitendem Durchlauf“ (bisher Takt).

Fördererumbauten in der Aggregatemontage, so u.a. die Einrichtung eines Aggregatespeichers, der den Stillstand der Fertigungsbänder bei Rückstand im Aggregatebau verhindern soll, neue Transferstraßen in der mechanischen Fertigung, sowie die Ausrüstung des neuen Rohbaugebäudes für die im nächsten Jahr geplante neue 3er Reihe mit den ersten, freiprogrammierbaren Schweißautomaten (Roboter). 200 davon sollen bis Mitte 1982 für 48 Mio. DM in München installiert werden. Weiter wurde ein neues, die Logistik, den Vertrieb und das Rechnungswesen einheitlich umspannendes Computersystem (FZ-System) installiert, das für schnellsten Umschlag der Fertigerzeugnisse sowie für verringerte Vorratslager sorgen soll.

Am 1. September bis jetzt erst einmal Anlaufschwierigkeiten: Im Rohbau funktioniert eines der neuen Förderbänder nicht. Die vorgefertigten Karosserieteile stauen sich an den Bändern. Den nächsten Tag müssen die

Schweißer, Schleifer usw. aus der Vorfertigung Zwangspause nehmen. Mit den neuen Anlagen in der Lackiererei gibt es Schwierigkeiten. Teile der Lackierer-Spätschicht müssen bis 1.30 Uhr im Werk bleiben – 2½ Überstunden mitten in der Nacht. Da der Probelauf des neuen Computersystems sowie die gründliche Überprüfung eingespeicherter Grunddaten gestrichen wurde, sitzen viele Angestellte bis spät abends, samstags und sonntags im Betrieb.

Dem Betriebsrat gelang es, eine Betriebsvereinbarung zum „Einsatz der Roboter“ abzuschließen, die bei Wegfall des Arbeitsplatzes Lohnausgleich für ein Jahr und Umschulungsmaßnahmen zur weiteren Sicherung des Lohnstandards vorsieht. Andere Fragen, wie die Begrenzung der Stückzahlen, Pausenregelung für Akkord- und Schichtarbeiter, Arbeit an Bildschirmgeräten, sind jedoch nach wie vor ungeklärt und bieten offene Flanken gegenüber den Kapitalisten.

Der Lufttransport einer mechanisierten Division bedeutet ca. 50000 t Luftfracht (Geräte und Waffen) und die Beförderung von 12000 Mann. Unter Einbeziehung der CRAF-Flotte ließe sich dieser Big Lift in 3–4 Tagen abwickeln (2). Die Rhein Main Air Base, „größter militärischer Frachthafen außerhalb der USA“ (US-Presses-Offizier Kumb), hat einen Frachtaumschlag von 100000 t/Jahr und wäre nicht in der Lage, 50000 t in 4 Tagen umzuschlagen. Nach Aussage der FAG soll die gesamte Luftfrachtkapazität des Frankfurter Flughafens auf 1,5 Mio. t/Jahr ausgebaut werden (Luftfrachtaufkommen 1980 643000 t). Dabei ist schon berücksichtigt, daß in den Spitzenmonaten der Umschlag 3–4 mal höher ist als im Schnitt, so daß man mit einer Spitzenskapazität von 14000 t/Tag rechnen kann und somit die 50000 t in 3–4 Tagen gerade erreicht werden.

Bleibt also das Problem der Starts und Landungen. Der oben angenommene Lufttransport einer mechanisierten Division mit 70 C-5A, 200 C-141 und 250 747/DC-10 erfordert etwa 1000 Starts und Landungen pro Tag. Die heutige Kapazität des Frankfurter Flughafens beträgt 40 Flugbewegungen pro Stunde. Mit der geplanten Startbahn West sollen es 70 Flugbewegungen pro Stunde werden (3). Selbst bei Verkürzung des Sicherheitsabstands könnte ein derartiger Lufttransport nicht in so kurzer Zeit abgewickelt werden. Selbst mit der Startbahn West wäre der Flughafen zu

### Rhein-Main-Flughafen

## Zwei weitere Startbahnen für die Nachschubbasis der NATO-Eingreiftruppe

**Frankfurt.** In der Bewegung gegen den Bau der Startbahn West auf dem Frankfurter Flughafen besteht die Tendenz, die zivile und die militärische Bedeutung des Rhein-Main-Flughafens getrennt zu betrachten und ebenso getrennt gegen zwei Gegner zu kämpfen: die Flughafen AG (FAG) und die Hessische Landesregierung auf der einen Seite und die US-Supermacht mit ihrer Rhein Main Air Base auf der anderen Seite. Durch diese Zweiteilung kann das ökonomische und militärische Gesamtinteresse der BRD-Imperialisten am Ausbau des Frankfurter Flughafens nicht angegriffen werden.

Verkehrsflugzeuge, Verkehrsflughäfen und ihre Einrichtungen sind in die militärische Planungen der Imperialisten fest eingebaut. Das Military Airlift Command (MAC), das den gesamten Lufttransport der US-Streitkräfte abwickelt, kann (bei 1100 eigenen Flugzeugen) durch die Civil Reserve Air Fleet (CRAF, Zivile Reserveluftflotte) seine Transportkapazität bei Bedarf fast verdoppeln. Die US Air Force hat 110 Linien- und Frachtmaschinen 747 und DC-10 der zivilen Fluggesellschaften auf eigene Kosten mit stärkeren Kabinenböden, Spannen und größeren Frachttüren ausgestattet (1). Per Notstandsverfügung kann der gesamte Flugzeugpark der USA requirierte und das zivile Luft- und Bodenpersonal zwangsverpflichtet werden (Rivers-Magnunson Agreement). Die BRD-

Imperialisten haben ihre militärische Führung im Zuge der Notstandsgesetze durch das Verkehrssicherstellungsge- setz und das Arbeitssicherstellungsge- setz von 1968 mit den gleichen Voll- machten ausgestattet.



Frankfurt, US-Rhein-Main Air Base, Landung von US-Truppen

Wo sollen diese zivilen Militärfrachtfreigzeuge be- und entladen werden, wenn nicht an den normalen zivilen Luftfrachtanlagen. Außer schwerem Gerät, das sich nicht in Container verpacken läßt, macht es keinen Unterschied, was in den Containern befördert wird.

¾ mit dieser einen Operation blockiert.

Es ist deshalb sehr wahrscheinlich, daß die unter Gegenwart der Startbahn West verbreitete Ansicht richtig ist, daß etwa 1,5 km südlich der vorhandenen Start/Landebahnen zwei weitere Start/Landebahnen parallel dazu ge-

baut werden sollen und daß die geplante Startbahn West dann die Verbindung zu den vorhandenen Bodeneinrichtungen herstellen soll. Diese Pläne, heißt es, seien den Ministerien und den Redaktionen der großen Zeitungen seit langem bekannt, sollten aber nicht veröffentlicht werden.

Vollkommen falsch ist dagegen die Ansicht, daß dieser Ausbau von der US-Regierung der BRD-Regierung „aufgedrückt“ worden sei. Man hat keinen Protest von der Bundesregierung oder der westdeutschen Bourgeoisie gehört, als die Verteidigungsminister der NATO Mitte Mai in Brüssel beschlossen, „eine Dislozierung von Streitkräften außerhalb des NATO-Gebiets ins Auge zu fassen“ (4). Welche Rolle die BRD dabei spielt, hat die „Wehrtechnik“ kurz gefaßt: „Im Klartext: Wenn britische oder amerikanische Verbände in die Golfregion und nach Südwest-Asien geschickt werden müssen, weil es da „stinkt“ und von dort Hilferufe kommen, dann wird vor allem die Bundesrepublik als Transit-Stelle dienen müssen – Anlandung in Bremerhaven, Weitertransport zum Frankfurter Rhein-Main-Flughafen und von dort per Luft in die Krisenregion.“ Es ist sicher nicht gegen die Interessen der BRD-Imperialisten, wenn Truppen vom Rhein-Main-Flughafen starten, um „die Rohstoffversorgung des Westens zu sichern“, und von der Technik her könnten es ebensogut Truppen der Bundeswehr sein.

(1) Österreichische Militärzeitschrift 1/1979, S. 41

(2) a.a.O., S. 47

(3) Flughafen Nachrichten 4/80, S. 25

(4) Wehrtechnik 6/81, S. 12

## Baden-Württemberg

### „Tendenzwende“ auch in der Hochschulpolitik

Freiburg. Weniger lautstark, aber nicht weniger energisch als in Sachen Schulreform steuert die CDU-Baden-Württemberg „neuen Kurs“ auch in der Hochschulpolitik. Vor kurzem äußerte der Hohenheimer Rektor und Chef der Westdeutschen Rektorenkonferenz Turner in einem Zeitungsinterview, „es fehlt (den Studenten) neben der Leistung auch die Bereitschaft zur Arbeit“, und fordert damit weitere Verschärfungen der Prüfungen und Vermehrung des Prüfungsstoff. In dem Sinn hat das Wissenschaftsministerium jüngst eine Beschränkung der Zulassung zum Lehramtsstudium verordnet, wonach der Wechsel von Magister- und Diplomstudiengängen auf das Lehramt verboten ist, auch wenn Kapazitäten vorhanden sind. Begründung: Mangel an Bedarf.

Weiter mutet die Landesregierung den Studenten immer untragbarere

Studienbedingungen zu. Ab sofort, gültig bis Ende 1981, wurde eine generelle Einstellungssperre für die Hochschulen verhängt. „Dies betrifft Gastprofessoren, Hilfskräfte, Korrekturassistenten, Tutoren, Hilfslehrkräfte, AStA-Referenten, Reinigungspersonal und Krankheitsvertretungen.“ Einführungen für Studienanfänger, Praktika usw. können damit nicht oder nur in verminderterem Umfang stattfinden.



Kultusminister Meyer-Vorfelder auf dem Landesparteitag der CDU. Für den Fall der Wahl des Wissenschaftsministers Engler zum Freiburger OB ist er als möglicher Nachfolger im Gespräch.

Teilweise wurden bereits die Öffnungszeiten der Institute und Seminare verkürzt.

Bei der momentan in der Debatte befindlichen Hochschulgesetznovellierung ist die baden-württembergische Landesregierung zu keinen Änderungen der Vertretungsrechte der Studenten bereit. Die verfaßte Studentenschaft soll nicht wieder eingeführt werden, entsprechende Anträge der GRÜNEN werden abgelehnt.

Aktionen der Studenten gegen diese Politik will die Landesregierung im Keim ersticken und auch ein Zusammensehen der Studenten mit der Jugendbewegung verhindern. In einem Raumelaß wurde im Sommer die Vergabe von Räumen der Universitäten für „öffentliche politische Veranstaltungen, zu denen auch Hochschulfremde Zutritt haben sollen“ oder die „rechtswidrigen oder verfassungsfeindlichen Zielen dienen“, verboten.

Der Antrag der GRÜNEN auf Amnestie für die Verurteilten der Heidelberger Studentenprozesse gegen Fachschaftsvertreter und Einstellung der Verfahren wird von der CDU abgelehnt, und zwar wegen „der abschreckenden Wirkung, auf die man bei dem jetzigen Zustand dringend angewiesen sei“, wie sich ein Abgeordneter ausdrückte.

## Universitäten

### Disziplinarverfahren gegen P. Brückner eröffnet

Hannover. Am Dienstag, 6.10., wurde vor der Disziplinarkammer des Verwaltungsgerichts Hannover die Hauptverhandlung im Disziplinarverfahren des Niedersächsischen Ministers für Wissenschaft und Kunst gegen Prof. Peter Brückner eröffnet.

In der 46 Seiten starken „Anschuldigungsschrift“ wird Brückner „angeschuldigt“, Anfang Juni 1977 und später seine beamtenrechtlichen Pflichten der „Mäßigung und Zurückhaltung“ bei politischer Betätigung verletzt zu haben, sich nicht „durch sein gesamtes Verhalten“ zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung bekannt zu haben und dafür eingetreten zu sein.

Diese „Anschuldigungen“ werden ausschließlich auf Äußerungen (Interviews, Broschüre „Buback – ein Nachruf – eine Dokumentation“) begründet, nicht auf konkrete Handlungen oder Mitgliedschaft. Aus den gleichen Gründen wurde Brückner bereits vor vier Jahren suspendiert, vorläufig des Dienstes entbunden. Von diesem Zeitpunkt an durfte er seine Lehr- und Forschungstätigkeit im Psychologischen Seminar der Universität Hannover nicht mehr wahrnehmen.

Die Äußerungen Brückners selbst sind wissenschaftlicher Natur. Er forschte z.B. nach den Ursachen für die Entstehung der Rote-Armee-Faktion (RAF). Die vorsichtige Schlüffolgerung, staatliche Repression habe hier eine Rolle gespielt, wird ihm als Beschimpfung des Staates vorgehalten.

Es geht in diesem Verfahren also auch um die Grenzen der „Wissenschaftsfreiheit“ (Artikel 5 Grundgesetz), d.h. die Frage, ob die verbeamteten Professoren mithilfe des Beamtenrechts in ihrer wissenschaftlichen Tätigkeit vollständig auf den Staat der westdeutschen Finanzbourgeoisie eingeschworen werden können.

In dem ebenfalls 1977 eingeleiteten Strafverfahren wurde Brückner bereits im letzten Jahr freigesprochen, die mit der Suspendierung angeordnete Gehaltskürzung und das Hausverbot für die Universität mußten inzwischen aufgehoben werden. Die Forderung nach Einstellung des Verfahrens wird u.a. vom Senat der Universität unterstützt. In diesen Tagen ist die umfangreiche „Prozeßberklärung“ Brückners in Buchform („Über die Pflicht des Gelehrten, auch als Bürger tätig zu sein“) im Internationalismus-Verlag Hannover erschienen.

## Die Bauern diskutieren ihre Forderungen

**München.** Am 29. September endete das 116. Zentral-Landwirtschaftsfest (ZLF) auf der Theresienwiese. Der Bayerische Bauernverband (BBV) meldete 100000 Besucher weniger als vor drei Jahren. Enttäuscht zeigten sich die Aussteller; vor allem bei Großmaschinen war der Umsatz schlecht. Damit setzte sich der Umsatzrückgang fort, der im ersten Halbjahr 1981 nach Angaben des BBV 25% betrug. Ursache sind die niedrigen Erzeugerpreise bei gleichzeitig erheblichen Steigerungen der Landmaschinenpreise. Für Anfang 1982 werden Preiserhöhungen für landwirtschaftliche Produktionsmittel bis 15% angekündigt. BBV-Generalsekretär Quinger schrieb im „Landwirtschaftlichen Wochenblatt“ vor Eröffnung des Zentral-Landwirtschaftsfestes: „Dieser Ernst der ganzen Ertrags- und Rentabilitätslage hat schon im Frühjahr zu einer sehr intensiven innerverbandlichen Diskussion darüber geführt, ob man nicht ganz auf eine Ausstellung verzichten und statt dessen zu einem allgemeinen Kaufboykott aufrufen sollte.“

Die CSU-Prominenz nutzte die Gelegenheit zur Propaganda gegen die Bundesregierung und „sozialistische“

Politik. Bäuerliche Landwirtschaft statt industrialisierter Produktion durch Agrar- und Tiefenfabriken war ihre Leitlinie. Strauß als Eröffnungsredner rühmte: Der „Bayerische Weg“, der „die Agrarpolitik vom reinen Ren-



Bildschirmtext, ein Testprojekt von BBV und Bundespost, fand wenig Anklang. – „Welturaufführung Biotraktoren“, angetrieben von Äthanol, Biogas, Holzvergaser oder Diesel-Rapsöl-Gemisch: Keiner war produktionsreif.

tabilitätsdenken wieder auf jene ethischen Grundlagen zurückgeführt hat, in welcher sich die Landwirtschaft im

mer bewegt hat“. Er dankte den Bauern für ihre Leistungen, was ihn nichts kostet. Da frömmlicher Schmalz die Lage der Bauern nicht bessern wird, forderte er „die Mitverantwortung des Verbrauchers“. „Billige und zugleich gesunde, qualitativ hochwertige, rückstandsfreie Nahrungsmittel“, bzw. „höhere Produktivität, weniger Subventionen, höhere Steuern und zugleich natürliche, d.h. tier- und umweltfreundliche Produktion“ könne der Verbraucher nicht gleichzeitig fordern. Als ob die Verbraucher die Erzeugerpreise drückten und den Bauern mehr Steuern abpreßten.

Eisenmann, Bayerischer Landwirtschaftsminister, fand noch eine weitere Spaltungslinie: „An den Küstenorten entstehen Agrarfabriken, die mit ihrer Milchproduktion auf Importfutterbasis den europäischen Markt überschwemmen und durcheinanderbringen. Die Bauern bei uns ... werden zur Kasse gebeten.“ Er warnte vor der Aufweichung der marktstabilisierenden Elemente der Agrarordnung. Er warnte vor dem „Rezept direkter Einkommenszahlungen für die Bauern“. Noch im März verlangte der BBV die Anhebung der Erzeugerpreise. Jetzt beschränkte er sich auf Angriffe gegen die Kürzung des Agrarhaushalts der Bundesregierung. So konnte sich Eisenmann erlauben, als Ausweg anzubieten: „Wir brauchen eine Bundesregierung, die der Landwirtschaft wieder den ihr zustehenden Stellenwert einräumt.“ Das Wichtigste sei, daß die

### „Bayerischer Weg“

„Wir brauchen aus grundsätzlichen gesellschafts- und staatspolitischen Erwägungen ... weiterhin selbständige Bauern auf der Grundlage eines breitgestreuten Bodeneigentums und lehnen die industrialisierte Produktion in Agrar- und Tiefenfabriken ab.“ (Franz Josef Strauß bei der Eröffnung des Zentral-Landwirtschaftsfestes am 19. Sept. 1981) Diese vorgebliche Liebe zum selbstarbeitenden Bauern schafft der CSU erheblichen Einfluß auf die Landbevölkerung und eine entscheidende ideologische und personelle Rolle im Bayerischen Bauernverband. Mit dem 1970 verabschiedeten und 1974 geänderten Gesetz zur Förderung der bayerischen Landwirtschaft habe die Staatsregierung gegen die Pläne des EG-Kommissars Mansholt die bäuerlich betriebene Landwirtschaft gerettet. Zwar ist die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe in Bayern seit 1970 um rund 64000 oder knapp 20% zurückgegangen, ohne daß damit aber im wesentlichen der kapitalistische

Großgrundbesitz gestärkt wurde. Damit unterscheidet sich die Entwicklung in Bayern keineswegs von der in der übrigen BRD, wo der bäuerliche Familienbetrieb vorherrscht. Was bleibt als Besonderes des „Bayerischen Wegs“? Im wesentlichen der „Allgemeine Agrarkredit“, der im Gegensatz zu den Förderprogrammen der Bundesregierung nicht an bestimmte Mindesteinkommen (Förderschwellen) gebunden ist. Für die gewährten Zinsverbilligungen, die regional gestaffelt sind, bleiben allerdings die Vorbehalte der verfügbaren Haushaltssittel und „daß die Investitionen wirtschaftlich sinnvoll“ sein müssen. „Jeder tüchtige Landwirt soll unabhängig von der Größe seines Betriebes vorwärtskommen können.“ Förderung der Konkurrenz und Ablehnung der Erhöhung der Erzeugerpreise: „Grundsätzlich sollen die Einkommen in der Land- und Forstwirtschaft über den Markt und damit über den Preis erwirtschaftet werden ... Standort- und Strukturnachteile können durch die Preispolitik nicht ausgeglichen werden.“ Über den Markt stellt sich aber ein unglei-

cher Tausch zwischen den Produkten des Bauern und den Industrieprodukten her. Die Staatsregierung empfiehlt dagegen: „Der großen Zahl von Landwirten mit unzureichenden Flächen-, Gebäude- und Kapitalausstattungen bietet die zusätzliche Aufnahme eines außerlandwirtschaftlichen Erwerbs eine Gewähr für die Erzielung eines zufriedenstellenden Einkommens.“ Wie dies einerseits den Monopolen billige Arbeitskraft verschafft, so führt die Lage auf dem Arbeitsmarkt dazu, den Druck auf die Erzeugerpreise zu erhöhen. Im Bauernverband beginnt daher eine erneute Diskussion über die zu erhebenden Forderungen. Sogar der Präsident des Bayerischen Bauernverbandes, Sühler, äußerte seine Enttäuschung, daß die CDU-Mehrheit im Bundesrat sich nicht gegen die Kürzungen im Agrarhaushalt ausgesprochen hat. Insbesondere bei den Jungbauern wird die Frage der Erhöhung der Erzeugerpreise diskutiert, wobei eine die kleinen Betriebe bevorzugende gestaffelte Erhöhung Unterstützung findet.

Bauern „die Werte und Vorzüge des Lebens auf dem Land und der Arbeit im bäuerlichen Betrieb zu schätzen wissen. Es gibt keinen Beruf ohne Schattenseiten.“

Ein „Dezentrales Landwirtschaftsfest“ als „Ergänzung“ zum ZLF veranstaltete die Katholische Landjugend Bayerns (KLJB) gegen den Willen des BBV und trotz Unterdrückungsmaßnahmen durch Behördenaufslagen. Mehrere tausend Besucher besichtigten in Sielenbach, Krs. Aichach, die Informationsstände über „natürliche Produktionsmethoden in der Landwirtschaft“, „Landwirtschaft und Energie“ mit Solaranlage und Biogasanlage, das Problem der „Überproduktion“, zur Unterstützung der Bauern in der Dritten Welt – von der Bundesregierung wurde die Einhaltung des Abkommens von Lomé gefordert; die Politik des „Wachsen oder Weichen“ in der Landwirtschaft wurde angegriffen. Zur Kritik der Agrarpolitik der Bundes- wie der Landesregierung beruft sich die KLJB auf den „Bayerischen Weg“, der vorgibt, die bäuerliche Landwirtschaft zu erhalten. Auch Vorstellungen wie Produktion in der Landwirtschaft möglichst ohne Maschinen wurden vertreten. Die KLJB sagt: „Preispolitik ist für uns nicht

## GGLF-Gewerkschaftstag Entwicklung in den letzten vier Jahren

Der letzte Gewerkschaftstag der Gewerkschaft für Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft (GGLF) 1977 fand statt vor dem Hintergrund seit Jahren sinkender Mitgliederzahlen, die sogar Überlegungen zur Auflösung dieser Gewerkschaft und Eingliederung in andere Einzelgewerkschaften nach sich zog. Inzwischen hat sich die Lage aber geändert. In der Landwirtschaft, die aufgrund des Strukturwandels die höchsten Mitgliederverluste zu verzeichnen hatte, nehmen seit einigen Jahren die Fremdarbeitskräfte (auch absolut) wieder zu. Aufgrund der sich schnell verschlechternden Tarif- und Arbeitssituation nahm das Interesse der Kollegen an der Gewerkschaftsarbeit zu; die GGLF nutzte diesen Umstand zu einer intensiven Werbearbeit und konnte seit dem letzten Gewerkschaftstag ein Plus von über 1600 neuen Mitgliedern verzeichnen.

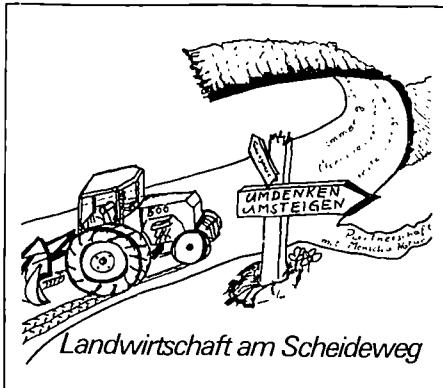
In der Landwirtschaft arbeiten gegenwärtig etwa 30000 familienfremde Arbeitskräfte. Bei den etwas über 9000 Mitgliedern in diesem Bereich macht das einen Organisationsgrad von 30%. Das ist nicht schlecht, und so konnte auch der Lohnabstand zur Industrie von 31,65% im Jahr 1973 bis 1979 auf 24,43% gesenkt werden; 1980 stieg er allerdings wieder etwas. Im Durchschnitt konnte pro Jahr eine Lohnanhebung von 7,6% erreicht werden, der Urlaub wurde von 18 auf 22 Werkstage verlängert, die Wochenarbeitszeit von 44 auf 41 Stunden verkürzt. Die Verhandlungen um einen bundeseinheitlichen Tarif für die Landwirtschaft statt der bestehenden 35 Mantel- und 39 Lohntarife sind gescheitert. Durchgesetzt werden konnte dagegen in mehreren Tarifbezirken ein Tarifvertrag für Auszubildende und Praktikanten.

Für die Forstarbeiter tritt nun wohl endgültig statt des alten HET (Holzrenttarif) der neue EST (erweiterter Sortenttarif) in Kraft. Seit 1973 hat es gedauert, den alten, rein akkordbezogenen Lohn durch diese Mischform aus Akkord- und Zeitlohn zu ersetzen. Allerdings konnte die Forderung der Forstarbeiterkonferenz von 1975 nach reinem Zeitlohn, zumindest aber überwiegend festen Lohnbestandteilen, nicht erreicht werden. Der Urlaub der Forstarbeiter (bis 30 Jahre) beträgt 24 Arbeitstage, 1977 waren es noch 24 Werkstage. Von den 42000 Forstarbeitern mit mehr als 200 Tagen Beschäftigungsdauer im Jahr sind über 50% in der GGLF organisiert, was wohl ein wichtiger Grund für den relativ hohen Lohnstandard ist.

Von den etwa 77000 im Garten- und Landschaftsbau Beschäftigten sind nur knapp 11% in der GGLF organisiert, obwohl sich die Mitgliederzahl in diesem Bereich seit dem letzten Gewerkschaftstag fast verdoppelt hat. Durch Tausende von Saison- und Hilfsarbeitern, teils nicht gemeldeten Ausländern, findet hier ein besonders hoher Druck auf den Lohn und die Arbeitsbedingungen statt. So konnte seit 1976 nur eine durchschnittliche Lohnerhöhung von 6,2% pro Jahr durchgesetzt werden, so daß der Ecklohn 1980 für einen Landschaftsgärtner bei 11,27 DM lag, für einen Gärtner sogar bei 9,70 DM. Die Wochenarbeitszeit liegt bei 41 Stunden.

## „Schneller Brüter“ Fortsetzung des Abenteuers

Essen. Anfang September haben die Wirtschaftsminister des Bundes und der Länder den Weiterbau des Schnellen Brüters bei Kalkar befürwortet. Die Bewegung gegen das Energierprogramm der Bundesregierung hat den Weiterbau dieses vor Jahren begonnenen Projektes verzögert, gleichzeitig wurden zahlreiche technische Verände-



Kritik der Agrarpolitik des Staates und des BBV bei der Ausstellung auf dem „Dezentralen Landwirtschaftsfest“.

Priorität Nr. 1. Wir sind der Überzeugung, daß die Probleme der Klein- und Mittelbetriebe und vor allem in naturbenachteiligten Gebieten mit dem Instrument der Preispolitik nicht zu lösen sind. Für diese Gruppe von Landwirten wären Ausgleichs- oder Erschwerungszulagen notwendig ... „Die Raiffeisen-Genossenschaften sollen an kleine Produzenten mehr zahlen als an große. Einen Ausweg sieht die KLJB in der Direktvermarktung mit Aufteilung der Handelsspannen zum beiderseitigen Vorteil zwischen Bauern und Verbrauchern. So boten in Sielenbach verschiedene Bauern Kartoffeln, Gemüse, Obst usw. ab Hof an.



Großräumige Absperrung durch 4000 Polizisten verhinderte Ende Juli den Bau eines „Anti-Atomdorfs“ Kalkar.

ungen am Verfahren vorgenommen. Waren der Anlaß der Erklärung der Wirtschaftsminister die aufgetretenen Finanzierungsstreitigkeiten, so besteht auf Seiten der Bourgeoisie Einigkeit darüber, daß der Weiterbau schon für Forschungszwecke notwendig ist. Dabei ist das Besondere an der Technologie des Schnellen Brüters, daß er im Gegensatz zu herkömmlichen Kernkraftwerken neben der Erzeugung von Wärme und dadurch Strom durch Plutoniumspaltung neues Plutonium aus Natururan „verbrüten“ soll. Daraus sollen dann neue Brennelemente hergestellt werden. Nebenbei wären damit gleichzeitig wichtige technische Vor-

aussetzung für die Herstellung von Atomwaffen gegeben.

Durch fünfjährige Verzögerung sind die ursprünglich vorgesehenen 1,7 Mrd. DM Gesamtkosten für den Schnellen Brüter auf jetzt veranschlagte 5,2 Mrd. DM hochgeschnellt. Weil „aus politischen Gründen die Nutzung des Brüters nicht gesichert ist“ (Erkl. v. 26.8.), hatte die Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke (VEW) sich zunächst geweigert, weitere Mittel zu der akuten Finanzierungslücke von 1 Mrd. DM beizutragen. Die Wirtschaftsminister haben eine Vereinfachung und Straffung der Genehmigungsverfahren zugesagt. Entsprechend ist ein Teil der Finanzierungslücke mittlerweile gedeckt: 375 Mio. DM will das Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk Essen (RWE) zusätzlich in Vorfinanzierung späterer Stromlieferungen aufbringen, die Preußen-Elektra 170 Mio. DM. Vorsichtshalber hat das RWE noch ausdrücklich die Bedingung gestellt, der Bundestag müsse die Betriebsgenehmigung für den Brüter erteilen.

Durch die zusätzlichen Mittel der Energiemonopole wird der Anteil der Finanzierung des Brüters aus Steuermitteln sinken. Allerdings ist vorgesorgt: Entsprechende zusätzliche Strompreiserhöhungen sollen genehmigt werden, so die Wirtschaftsminister der Länder. Der DGB-Landesbezirk NRW hat sich bereits gegen solche zusätzliche Plünderung ausgesprochen.

## Gesundheitstag 1981 Zentrales Thema: Kampf gegen den Krieg

**Hamburg.** Am 2. Gesundheitstag vom 30.9. bis 4.10. nahmen rund 14000 Menschen teil. Das Spektrum der 560 Veranstaltungen rund um das Thema Gesundheit reichte vom Umweltschutz, Gesundheitsgefährdungen am Arbeitsplatz, Berufsbildung und gewerkschaftlicher Arbeit im Gesundheitswesen über Praktiken der Pharmaindustrie, alte und neue Heilsysteme bis hin zur besonderen Situation von Homosexuellen, Behinderten, in Psychiatrie oder Gefängnis Eingesperrten, alten Menschen und Ausländern.

Zentrales Thema, bezeichnenderweise von der Anerkennung als Bildungsurwahl ausgenommen, waren die Kriegsvorbereitungen der Bundesregierung und die Militarisierung des Gesundheitswesens. So liegt dem Parlament ein „Referentenentwurf zur Anpassung des Gesundheitswesens an besondere Erfordernisse des Verteidigungsfalles“, genannt „Gesundheitssicherstellungsgesetz“ (GesSG), zur Ver-



abschiedung vor. Danach besteht der Verteidigungsfall nicht erst, wenn die BRD mit Waffengewalt angegriffen wird, sondern bereits, wenn nach Meinung der führenden Politiker ein solcher Angriff droht. Die Vorbereitung für diesen Notstand besteht u.a. in der datenmäßigen Erfassung aller Personen, die im Gesundheitsbereich arbeiten, eine entsprechende Ausbildung haben oder an Lehrgängen zum „Freiwilligen Helfer“ teilgenommen haben. Niedergelassene Ärzte haben die Besichtigung ihrer Praxen durch die zuständige Behörde zu dulden sowie an Fortbildungsveranstaltungen in Kriegs- und Katastrophenmedizin teilzunehmen. Nach Ausrufung des Notstandes können alle erfassten Personen dienstverpflichtet werden, eine Armee von „freiwilligen Helfern“, in der Regel Frauen und Zivildienstleistende, wird als Potential von Streikbrechern und Frontsanitätern zusammengestellt. Fazit aller Veranstaltungen zum Thema „Krieg oder Gesundheit“ war: Die beste Medizin gegen den drohenden Krieg und seine medizinischen Folgen ist seine Verhinderung, der Kampf gegen das GesSG und die Stationierung von Mittelstreckenraketen in Europa.

## Baden-Württemberg Parteitag der Grünen zur Aufrüstung

Im Sommer hatten die baden-württembergischen Grünen bei der Karlsruher Bundesanwaltschaft Anzeige gegen die Bundesregierung und die Fraktionsvorsitzenden im Bundestag wegen Vorbereitung eines Angriffskriegs nach §80 StGB erstattet. Wie nicht anders zu erwarten, hatte die Rebmann-Behörde die Strafverfolgung der regierungsoffiziellen Kriegsvorbereitung abgelehnt.

Zum Schwerpunkt ihres Landesparteitags am 19./20.9. in Ludwigsburg hatten die Grünen ihre Stellung zur Aufrüstung gemacht. Die Landesvorsitzende der Grünen charakterisierte in der Einleitungsrede erneut die geplanten neuen Mittelstreckenraketen als Angriffswaffen und nicht Verteidigungswaffen. Sie griff die treibende Rolle der Bundesregierung bei der NATO-Aufrüstung an: Schmidt habe 1978 sowohl mit dem „Popanz des vermeintlichen sowjetischen Übergewichts“ eine Begründung für die Raketenaufrüstung geliefert als auch von der US-Regierung den Bau der Neutronenbombe verlangt. Vom Parteitag beschlossen wurde ein Antrag u.a. mit den Forderungen: Rücknahme des NATO-Rüstungsbeschlusses, atomwaffenfreie Zone in Europa, Baustopp für Neutronenwaffen, Abzug aller atomaren, biologischen und chemischen Waffen aus der BRD, Perspektive der Neutralität der BRD durch Austritt aus der NATO, „einseitige kalkulierte Abrüstungsschritte“, Abbau von zum Angriff geeigneten Waffensystemen.

In der Minderheit blieb ein Antrag, der sofortige Ersetzung der Bundeswehr durch „soziale Verteidigung“ (also allgemeine gesellschaftliche Verweigerung gegenüber einem Aggressor) forderte; wobei nicht ersichtlich ist, was die Lohnabhängigen in einem imperialistischen Land wie der BRD verteidigen sollen, und sei es auch mit „alternativen Verteidigungskonzepten“. Dennoch ging der Mehrheit der Parteitagsdelegierten der Antrag schon zu weit. Mit der Begründung, man müsse auf die Meinungen in der Bevölkerung Rücksicht nehmen, wurden schließlich doch etliche Zugeständnisse an die Regierung in den Beschlusmaterialien des Parteitags untergebracht. Aus „einseitigen Abrüstungsschritten“ wurden „einseitige kalkulierte Abrüstungsschritte“, also auf Abrüstung des Warschauer Pakts kalkulierte. Soll die Forderung erledigt sein, wenn eine Abrüstung dort ausbleibt? Soll dann die Regierung freie Hand bei der Aufrüstung haben? Oder die Vorstellung einer „defensiven, reaktiven Verteidigung“ oder „Zweitschlag-Verteidigung“. Soll die herrschende Klasse und ihre Regierung doch über militärische Mittel verfügen, mit denen sie irgendwann nach außen oder innen zum „Schlag“ kommt?

Gar nichts beschlossen hat der Parteitag zu dem geplanten Rüstungshaushalt 1982, obwohl doch ohne eine Beschränkung der materiellen Mittel an Unterbindung der Aufrüstung nicht zu denken ist und obwohl doch die Auswirkungen des Spar- und Rüstungshaushalts des Bundes schon bis in den Stuttgarter Landtag hinein kräftig zu spüren sind.

## Die Kräfte gegen das Programm des CDU-Senats gruppieren sich

Westberlin. „Die Berliner rappeln sich wieder“, seufzte Springer „Berliner Morgenpost“ am 27.9. erleichtert auf. Das Mißtrauensvotum gegen Innensenator Lummer wegen der Räumung von acht besetzten Häusern und einem Polizeieinsatz, der den Tod von Klaus-Jürgen Rattay zur Folge hatte, war von Seiten der SPD zurückgezogen worden und auf die Abgeordneten der Alternativen Liste und drei SPD-Parlamentarier beschränkt geblieben. Unter dem sicheren Eindruck, daß die FDP und auch die SPD nicht geschlossen gegen Lummer stimmen würden, hatte der SPD-Fraktionsvorsitzende Vogel einen großen „Dialog der gesellschaftlichen Kräfte“ angeregt. Die CDU hatte zugegriffen und am 26.9. eine „Volksfront zur Rettung der Stadt“ zusammengetreten lassen.



22.9.: 1800 Polizisten im Einsatz. Der OJA der IGM: Der Senat ist allein verantwortlich für den Tod Rattays.

Allerdings machte sich „das Volk“ in dieser Front in Gestalt der Vertreter von DGB und DAG unter zahlreichen Funktionären der CDU, SPD, FDP, der Kapitalistenverbände, der Kirchen und der Jüdischen Gemeinde zumindest objektiv recht einsam aus. Landesjugendring und Alternative Liste hatten abgesagt, sonst war sowieso niemand geladen worden. Ergebnis dieser „Gipfelkonferenz“: Keine weiteren Räumungen, „solange die Gespräche andauern“. Die zweite Runde wurde für den 7.10. anberaumt. Inzwischen verlautet aus informierten Kreisen, daß die nächste Räumung von 14 Häusern

auf den 10.10., dem Tag der Anti-kriegsdemonstration in Bonn, geplant ist!

„Ein kluger Schachzug“, gratuliert sich die CDU selbst. Zudem war es den Kapitalistenverbänden gelungen, den DGB unter eine gemeinsame Erklärung zu drängen, in der der Senat aufgefordert wird, für die Wiederherstellung des Rechtsfriedens zu sorgen, u.a., um die Gefährdung der Arbeitsplätze durch ein „negatives Berlin-Bild“ nach außen zu verhindern.

Nach drei Tagen Aufregung war die öffentliche Meinung wieder beruhigt, zumal sie sich nach den polizeilichen Angaben über die Identität und das ZDF-Interview mit Klaus-Jürgen Rattay damit tröstete, daß es im Grunde keinen falschen getroffen habe. Dafür stand Springer.

Profit-Sanierungsprogramm in Höhe eines gesamten westberliner Haushaltsvolumens; Praktiken der Banken und Spekulanten, die den Erfahrungen bei der Räumung der besetzten Häuser oftmals sehr ähnlich sind, wie ein Beispiel unter vielen zeigt:

Hausbesitzer Tanner im Bezirk Charlottenburg will sanieren. Dazu muß er die Bewohner los werden. Eines Tages läßt er allen Mietern kündigen, weil er Küchenschaben entdeckt haben will. Ein Teil zieht aus. Dann läßt er das Dach abdecken und die Obergeschosse solange durchregnen, bis sie die Wohnungsaufsicht sperrt. Alte Bewohner werden vom Sozialamt kurzerhand ins Heim abtransportiert. Ihre Möbel kommen zum Sperrmüll. Ein plötzlicher Dachstuhlbrand sorgt schließlich dafür, daß auch die letzten Mieter aufgeben. Nun kann sich „jeder“ für 527000 DM um eine Eigentumswohnung im Haus bewerben.

Um deutlich zu machen, in welchem Zusammenhang die Besetzer ihren Kampf gegen die Wohnungsbaupolitik des Senats sehen, wurde ein offener Brief der Besetzer eines Hauses an den Regierenden Bürgermeister verlesen, worin es u.a. heißt: „Überall in den Städten wächst die Vereinsamung und Verzweiflung der Menschen, gedeihen die Neurosen. Und das nur, weil Ihre Gesellschaft die Einsamkeit und die Neurosen der Menschen braucht, um weiter bestehen zu können ... Ihr Fundament besteht nur aus Geldscheinen und – wo die nichts mehr nützen – aus brutaler Gewalt. Deshalb werden wir schließlich siegen, auch wenn wir morgen unser Haus verlieren.“ Die Beratung über das weitere Vorgehen wurde durch die Meldung, daß ein neues Haus besetzt wurde und eine Räumung bevorstehe, unterbrochen, worauf die Versammlung sich vorzeitig auflöste, um zum Ort des Geschehens zu eilen.

In den Gewerkschaften finden Auseinandersetzungen über wirksame Schritte gegen das Programm des CDU-Senats statt. Daß die Politik der Neuen Heimat geändert werden muß, ist auch in den Diskussionen der Vorsitze der DGB-Gewerkschaften Tagesordnungspunkt. Der ÖTV-Vorsitzende Hackbarth attestierte den Hausbesetzern, daß „trotz aller gewerkschaftlichen Stellungnahmen“ erst die Besetzungen „den schwerfälligen Umdecksungsprozeß in der Wohnungspolitik ins Rollen gebracht“ haben. Von

Am Dienstag nach jenem Wochenende fand eine Veranstaltung der Hausbesetzer statt. Die Presse stellte auf eine gedemütigte, nach Rache schreiende Zusammenkunft ein und wurde enttäuscht.

Die Stimmung in der Veranstaltung war eher nachdenklich und ohne Katzenjammer. Eine Vertreterin des Berliner Mietervereins trug die Folgen der Wohnungsbau- und Sanierungspolitik des Senats für die arbeitende Bevölkerung der Stadt vor: z.B. Steigerung der Mieten von 1,50 – 2,50 DM auf 20 DM pro m<sup>2</sup> in 15 Jahren; in den nächsten Jahren öffentliche Gelder für dieses

der Erklärung Kapitalistenverbände/DGB verlautet, daß der DGB-Vorstand darüber nicht informiert war und vom Vorsitzenden Rede und Antwort verlangt wird.

In der ÖTV haben die Funktionärskonferenzen stattgefunden, um über Kampfmaßnahmen gegen die Haushaltspläne der CDU zu beraten. Die Vertrauensleute- und Personalrätekonferenz des Bereichs Gesundheitswesen schlägt dem Vorstand eine Demonstration, eine Gesamtfunktionärskonferenz des öffentlichen Dienstes gegen die „Sparpläne“ der CDU und die Einleitung von Dienst nach Vorschrift wie weitere Arbeitskampfmaßnahmen vor. Eine ebensolche Konferenz der Berliner Verkehrsgesellschaft kündigte in einer einstimmig gefaßten Resolution bei Verwirklichung der im Haus-



22.9. Pressekonferenz Lummers in einem geräumten Haus. LV der HBV: „eine zynische Entgleisung“.

halt vorgesehenen Stellenstreichungen die Verweigerung von Mehrarbeit an.

Über 2000 Eltern und Erzieher beschlossen auf einer Protestveranstaltung gegen die angekündigte Aufhebung des Einheitstarifs für Kindertagesstätten von 40 DM eine Kundgebung am 22.10., dem Tag der Haushaltsdebatte im Abgeordnetenhaus, sowie einen Zahlungsboykott der darüberliegenden Kitabeträge bei Durchsetzung der Maßnahme. Eine Unterschriftenaktion ist angelaufen. Die Frauenausschüsse der IG Metall und der ÖTV hatten sich schon seit längerem gegen die Abschaffung des Billigtarifs und Einführung eines Erziehungs geldes durch den CDU-Senat erklärt.

Die Studentenvertretungen und -verbände diskutieren über einen Aktions tag Ende Oktober gegen die Haushaltspläne der Bundesregierung und des Senats. Daß all diese verschiedenen Initiativen eine einheitliche Stoßkraft gewinnen und v.a. die ÖTV Unterstützung erhält für ihre Pläne und Kampfmaßnahmen, darauf wird es in der nächsten Zeit vor allem ankommen.

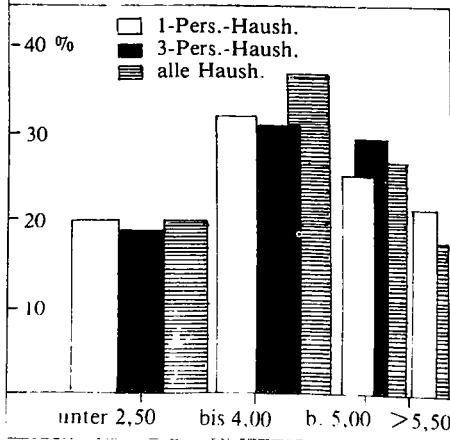
## Neugestaltung des Westberliner Wohnungsmarktes macht den Wohnungsleerstand zwingend

Westberlin ist die einzige Stadt im Geltungsbereich des Grundgesetzes, in der noch die sog. Zwangsbewirtschaftung von Wohnraum herrscht, d.h. die Mieten für alle vor 1949 fertiggestellten Wohnungen (39,9% aller Wohnungen) werden per Bundesgesetz festgelegt und erhöht. Dieses „Relikt aus der Nachkriegszeit“ zu beseitigen, sind sowohl die SPD/FDP als auch jetzt der neue CDU-Senat angetreten. Allerdings mit unterschiedlichen Methoden. Während der CDU-Senat die Mietpreisbindung ab 1983 für alle neuen Mietverträge abschaffen und durch die „Vergleichsmiete“ ersetzen will, hatte die SPD Preisbindung bis 1990 versprochen, in der durchaus berechtigten Hoffnung, bis dahin die gebundenen Mieten mittels Sanierung frei und v.a. hoch gemacht zu haben.

91% aller Haushalte in Westberlin leben zur Miete. Das sind 30% mehr als im Bundesdurchschnitt. Durch die Mietpreisbindung ist die Quadratmetermiete im Durchschnitt ziemlich niedrig mit 4,04 DM, und 82% aller Haushalte liegen mit ihrer Quadratmetermiete unter dem Durchschnitt von Hamburg (5,20 DM). Der Schwarze Kreis hat also nicht nur die Mieten für Altbauten niedrig gehalten, sondern das gesamte Mietniveau in Westberlin. Die unmittelbare Aufhebung des Schwarzen Kreises war regelmäßig am Widerstand vor allem der Industriegewerkschaften gescheitert, und so mußte der Senat zur Beseitigung der 40% billigen Wohnungen auf andere Wege sinnen.

Die Miete in den preisgebundenen Altbauten zahlt in der Regel nicht viel mehr als die Verzinsung des zur Instandhaltung notwendigen Kapitals, bzw. wo die Instandhaltung unterbleibt, eine äußerst schmale Grundrente. Die Folge ist zunächst der Verfall der Wohnhäuser. Seit

### Haushalte nach Miete in DM/qm



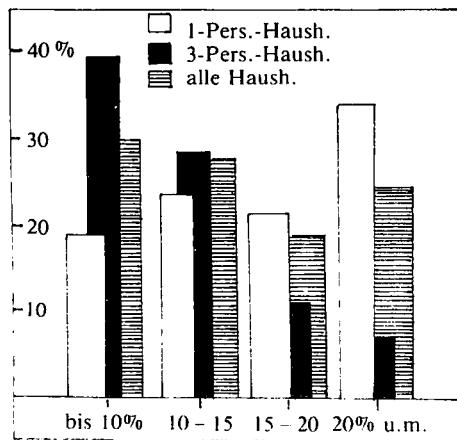
1975 nun hat sich der Westberliner Senat der Sanierung des Kernbestandes der Altbauten zugewandt in der Absicht, diese wieder profit- und rentenreicher zu machen.

Die Methode heißt Modernisierung. Häuser, die mit staatlicher Förderung modernisiert, d.h. mit Bad, Zentralheizung etc. versehen werden, kommen aus der starren Preisbindung frei und werden in der Miet Höhe dem sozialen Wohnungsbau gleichgestellt. Häuser, die ohne staatliche Zuschüsse, also nur mittels Abschreibungsgesellschaften modernisiert werden, werden gänzlich preisfrei. Voraussetzung ist, daß es sich um ausgewiesene Sanierungsgebiete handelt und die Modernisierung über eine bloße Instandhaltung hinausgeht. Die so modernisierten Objekte erzielen dann Quadratmetermieten von über 20 DM, entweder direkt aus der Miete oder wie im sozialen Wohnungsbau progressiv aus der Miete zu zahlen.

Der massenhafte Leerstand von Wohnungen ist also eine unmittelbare Folge der Mietpreisbindung, die profitable Anlage im Wohnungseigentum nur noch durch die Beseitigung des Altbaubestandes möglich macht.

Die Beseitigung der billigen Altbau mieten mittels Weißem Kreis oder Modernisierung oder einer Kombination von beidem aus dem Wohnungsmarkt wird indessen nicht nur die Hebung des allgemeinen Mietniveaus zur Folge haben, sondern insbesondere bei den „Mehrpersonenhaushalten“ zu einer enormen Steigerung führen (s. Bilder, z.Z. finden sich statistisch 0% Mehrpers. HH bei Mieten über 5 DM/m<sup>2</sup>), während einer ganzen Reihe „1-Personenhaushalten“, zum großen Teil Rentner, mittels Miete endgültig ein Ende gesetzt werden wird.

### Miete in % des Haush.-Einkommens



## Stichwort Standpunkte zur Wohnungspolitik

**12. Ordentlicher Delegiertenstag der IG Druck:** „... Keine Einführung des ‚Weißen Kreises‘, Beibehaltung der Mietpreisbindung; Mietenstop in Alt- und Neubauten (Sozialwohnungen) ... Freilassung der noch inhaftierten Demonstranten; Einstellung der Ermittlungsverfahren gegen Hausbesetzer und keine Kriminalisierung; Abschluß von Mietverträgen mit den Instandbesetzern; die Erhaltung von billigem Wohnraum durch den Senat ...“ (Beschluß des Landesdelegiertentages, 9. Mai 1981). Dem Landesdelegiertentag lag dazu u.a. folgender Antrag vor: „Um einen wichtigen Schritt gegen das Spekulantenamt im Wohnungswesen in der BRD und in Westberlin zu vollziehen, fordern die Delegierten des Landesbeiratstages den Gesetzgeber auf, Maßnahmen zu ergreifen, um Mietshäuser, die länger als ein Jahr ungenutzt leerstanden, in Gemeineigentum zu überführen.“

**Heinz Hackbarth, Vorsitzender der ÖTV Berlin:** „Wohnen ist ein soziales Grundrecht. Daran lassen wir Gewerkschäf ter nicht rütteln. Wenn zwischen dem Schutz des Eigentums und seiner sozialen Bindung zu entscheiden ist, geben wir der Sozialverpflichtung den Vorrang...“ (Kommentar im ÖTV-Dialog, Mai 1981)

**Instandbesetzer von Moabit:** „Wohnungsnot ist Spekulantenbrot ... Unsere Antwort auf diese Politik: Instandbesetzungen. Nachdem unsere jahrelangen Proteste (Arbeit in Mieterläden, Appelle an die verantwortlichen Politiker) nicht gefruchtet haben, entschlossen wir uns zur Selbsthilfe. Mitte 1979 wurde das erste Haus in Kreuzberg besetzt, inzwischen sind es 165 in ganz Berlin. Instandbesetzen heißt für uns: wir renovieren die Häuser, die oft jahrelang leerstanden und teilweise mutwillig zerstört wurden, in Eigenarbeit und Eigenverantwortung und beweisen damit, daß es möglich ist, billiger und vor allen Dingen selbstbestimmt Häuser zu renovieren ... Anstatt ein wohnungspolitisches Konzept erstmal für die 600 noch leerstehenden Häuser zu entwickeln, richtete sich die ganze Aufmerksamkeit plötzlich auf die besetzten Häuser ...“ (Informationsbroschüre Ende August)

**ÖTV-Vertrauensleutevollversammlung an der Technischen Universität:** „1. Die ÖTV-Betriebsgruppe an der TU Berlin übernimmt ab sofort die Patenschaft für die besetzten Häuser der ‚Neuen Heimat‘ in der Knobelsdorffstraße 40 und 42 in Charlottenburg. 2. Mitglieder der Betriebsgruppe werden ab sofort regelmäßig in diesen beiden Häusern übernachten, um damit ihre Solidarität mit den dortigen Instandbesetzern zu bekunden ...“ (Beschluß v. 10.9.)

**DGB-Landesbezirksjugendkonferenz:** „... fordern wir den DGB-Landesbezirksvorstand auf: a) sich auf einer Landesbezirksvorstandssitzung erneut mit diesen Fragen zu befassen und Maßnahmen zur Veränderung der Wohnungspolitik und zur Unterstützung der Betroffenen vorzuschlagen; b) eine Pressekonferenz einzuberufen, auf der eine öffentliche Erklärung zum Problem des Wohnungsleerstandes und dem berechtigten Vorgehen der Hausbesetzer vorgelegt wird; c) alles in seiner Kraft stehende zu tun, um auf Hauseigentümer und Senat Druck zur Erfüllung o.g. Forderungen auszuüben.“ (Beschluß v. 15.9.)

**Fachgruppe Richter und Staatsanwälte in der ÖTV:** „1) Die Neue Heimat soll die gestellten Strafanträge zurücknehmen ... 2) Die Neue Heimat soll Verhandlungen mit dem Bausenator aufnehmen, um ... eine Förderung entsprechend des Konzepts der Besetzer zu erhalten ...“ (Ergebnis einer Diskussion in Anwesenheit des ÖTV-Vorsitzenden Hackbarth Mitte September)

**Westberliner Arbeitgeberverbände, IHK, DGB, DAG:** „Appell an alle Demokraten! ... In dieser krisenhaften Situation richtet sich die Hoffnung der schweigenden Mehrheit der Bevölkerung auf die gewählten Repräsentanten im Abgeordnetenhaus, alles zu tun, um der Bevölkerung durch Geschlossenheit aller demokratischen Kräfte das Gefühl der Sicherheit wieder zu vermitteln. Nur auf der Grundlage einer solchen Geschlossenheit können die drängenden Probleme der Stadt gelöst werden ... Nicht zuletzt appellieren die Organisationen im Sinne ihrer Mitglieder an

die Hausbesetzer und Vermittler, die einen konstruktiven Beitrag zur Lösung der Wohnungsprobleme leisten wollen, sich den Bemühungen des Senats um eine Verständigung nicht länger zu versagen.“ (Gemeinsame Erklärung v. 23.9.)

**Vollversammlung der Besetzer:** „Wut, Trauer, Haß ... Vorbereitet durch die Hetzblätter der bürgerlichen Presse fällt der Zeitpunkt des Mordes (von K.J. Rattay, d.Red.) in eine Phase, in der das Kapital zur Herstellung seines ‚inneren Friedens‘ keinen Widerstand dulden kann. Jeder Ansatz, sich gegen die zunehmende Verschlechterung der Lebens- und Arbeitsbedingungen zur Wehr zu setzen, soll vorbeugend ersticken ... Mit der Forderung: Mißtrauensantrag bzw. Rücktritt von Lummer geht jetzt das große Geschrei um diese fette Ratte los, die doch bloß eine parlamentarische Marionette ist zur Verteidigung der Profitinteressen ... Wir lassen uns durch die Schweinereien und Befriedungsmanöver nicht einschüchtern ... Wir fordern: Keine Räumungen! Freilassung aller Hausbesetzer und aller im Zusammenhang mit den letzten Demonstrationen Verhafteten! Einstellung des Ermittlungsverfahrens gegen den Busfahrer! Aufhebung der Informationssperre!“ (Erklärung v. 24.9.)



Demonstration gegen die Räumungspolitik des Senats am 27.9.

**Berliner Mieterverein e.V.:** „Sieht so die Wende in der Wohnungspolitik aus? ... Klar ist nur, wohin das Geld fließt und immer weiter fließen

soll: zum einen an die *Banken*, denn zwei Drittel der Miete geht erst einmal an sie. Dann natürlich an die *Baugesellschaften*: so hat z.B. die Neue Heimat, bevor auch nur ein Handschlag an ihren Sanierungshäusern gemacht wurde, 70% der Kosten für den Kauf des Hauses aus Steuermitteln bezahlt bekommen. Allein dieses Geld hätte ausgereicht, um die nötige Grundinstandsetzung zu bezahlen ... Die Mietpreisbindung darf in keiner Weise abgebaut oder durchlöchert werden ...“ (Flugblatt v. 24.9.).

**HBV-Landesbezirksvorstand:** „... Der HBV-Bezirksvorstand geht davon aus, daß der Innensenator die erste größere Räumungsaktion mit Häusern der gewerkschaftseigenen ‚Neuen Heimat‘ begonnen hat, um damit auch die Gewerkschaften in Teilen der Bevölkerung zu diskreditieren ... Der HBV-Landesbezirksvorstand sieht eine mögliche Lösung in folg. Punkten: (1) Der DGB Berlin wird gebeten, die ‚Neue Heimat‘ zu veranlassen, die Strafanträge gegen die Hausbesetzer zurückzunehmen ... (2) ... die ‚Neue Heimat‘ zu veranlassen, mit der Senatsverwaltung ... in Verhandlung darüber einzutreten, ob ... Einzelförderung im Vorriff auf vom Senat sowieso beabsichtigte Instandsetzungsprogramme für die 23 besetzten Häuser der ‚Neuen Heimat‘ möglich ist. Wird eine solche Förderung im Grundsatz bewilligt, so dürfte es keine Schwierigkeiten machen, sie auf der Basis von Nutzungsverträgen mit den Besetzern umzusetzen. (3) Falls der Senat von Berlin ... nicht bereit ist, auf diese im Ergebnis billigere und wohnungspolitisch sinnvollere Förderung überzugehen, sollte der DGB Berlin die ‚Neue Heimat‘ veranlassen, den Sanierungsvertrag mit dem Senat wegen Wegfalls der Geschäftsgrundlage zu kündigen ...“ (Einstimmiger Beschluß v. 25.9.).

**Verband Deutscher Schriftsteller in der IG Druck:** „Die Bundesdelegiertenkonferenz verurteilt die Geschäftspolitik der ‚Neuen Heimat‘ in Berlin ... fordert alle zuständigen Gewerkschaftsgremien auf, für eine grundlegende Änderung dieser Geschäftspolitik zu sorgen ...“ (Einstimmiger Beschluß der Bundesdelegiertenkonferenz v. 26. 27.9.)

## SWAPO weist Verfassungs-Diktat zurück

Die „Kontaktgruppe“, in der die USA, Kanada, BRD, GB und Frankreich ihre namibischen Interessen abstimmen, hat am 24.9. Verfassungsprinzipien für Namibia ausgearbeitet. Auf deren Anerkennung wollen sie die Befreiungsbewegung SWAPO noch vor Wahlen zu einer verfassunggebenden Versammlung festlegen. Wenige Tage vorher hatte US-Vizeaußenminister Crocker mit der Besatzungsmacht Südafrika die Vorschläge abgesprochen. Nach bisherigen Informationen wollen die westlichen Imperialisten die SWAPO zwingen, in einem unabhängigen Namibia der weißen Minderheit Vorrechte zu garantieren, den Besitz der imperialistischen Bergbaukonzerne und weißen Farmer nicht anzutasten, Südafrika den Hafen Walfishbay zu überlassen und sich die künftige Außenpolitik diktieren zu lassen: Dagegen hat gerade die UN-Vollversammlung die Sicherheitsrats-Resolution 435 bekräftigt, die den sofortigen Abzug der südafrikanischen Rassentruppen und die umgehende Durchführung von Wahlen zu einer verfassunggebenden Ver-

## Labour-Parteitag stärkt Partierechte

Mit 50,5% der Stimmen gegen 49,5% gewann der frühere britische Finanzminister Healey in der letzten Woche die Wahl zum stellvertretenden Vorsitzenden der Labour-Partei. Tony Benn, Kandidat der Parteilinken, erhielt zwar mehr als 80% der Stimmen der Ortsvereine, aber nicht genügend aus der Parlamentsfraktion und vor allem aus den Blockvoten der Gewerkschaften. Die Metallarbeitergewerkschaft AUEW stimmte geschlossen gegen ihn. Auch im Parteivorstand hat die Fraktion um Benn nicht mehr die Mehrheit, fünf Vorstandsmitglieder der Lin-



ken wurden nicht wiedergewählt. Stattdessen konnte Parteichef Foot seine politischen Positionen dort ausbauen.

Benn führte den innerparteilichen Wahlkampf unter der Devise, eine künftige Labour-

sammlung ohne jede Vorbereitung fordert. Die SWAPO kündigte an, sie werde auf alle Abstriche an diesem Plan mit einer Verstärkung des bewaffneten Kampfes antworten.

## EG: Einfuhrbeschränkungen für Textilien

Weitere Importbeschränkungen für Textilien aus Ländern der Dritten Welt sind in einem Dokument der EG-Kommission vorgesehen, über das am

26.10. der Ministerrat entscheidet. Für 28 Länder sind maximale Wachstumsraten der Textileinfuhr in die EG vorgesehen, für Hongkong und Südkorea sollen die Quoten gekürzt werden. Die Länder der Dritten Welt fordern dagegen Aufhebung der Einfuhrbeschränkungen für ihre Industrieprodukte. Freilich profitieren von der Produktion in „Niedriglohnländern“ auch imperialistische Konzerne, die dort Fabriken unterhalten.

## Westliche Banken lassen die VR Polen bluten

In der Nacht zum 1. Oktober 1981 wurden die Verhandlungen über die Umschuldung der von 460 Gläubigerbanken der westlichen imperialistischen Länder an Polen vergebenen Kredite abgeschlossen, die rund ein halbes Jahr gedauert hatten. Die Ergebnisse sind: 95% der vom 26. März bis 31. Dezember 1981 fälligen Kredi-

te in Höhe von 2,4 Milliarden US-Dollar werden umgeschuldet und durch neue Kredite finanziert. Nach vier tilgungsfreien Jahren sollen sie in sieben Halbjahresraten zurückgezahlt werden. Die VR Polen soll für die Umschuldung bluten, indem sie 1,75% über Libor, dem Zins, den die Banken untereinander verlangen, zu

zahlen hat. Gegen das zusätzliche Ansinnen, die restlichen 5% sofort zu begleichen, protestierte der polnische Finanzminister Krzak. Er sah sich gezwungen mitzuteilen, die VR Polen sehe sich vor einem Liquiditätsproblem, und erreichte einen Aufschub bis 1982. Die westlichen Banken verlangen zudem ein weiteres Prozent einfach deshalb, weil sie das Ostgeschäft weiter finanzieren. Der Betrag soll am Tag des offiziellen Abschlusses der Umschuldungsverhandlungen, voraussichtlich im Dezember 1981, fällig werden.

Damit hat das Finanzkapital einen weiteren Stachel gesetzt, der die polnische Regierung zu weiteren Preiserhöhungen im Inland treibt. Bereits jetzt finden fortwährend Auseinandersetzungen zwischen der Regierung und der Gewerkschaft „Solidarität“ statt, die sich gegen eine Reihe der geplanten Preiserhöhungen, zuletzt gegen die Verteuerung von Zigaretten, gewandt hat. Anfang 1982 sollen die Einzelhandelspreise durchschnittlich um 228% angehoben werden.



Regierung müsse zur Ausführung der Parteitagsbeschlüsse verpflichtet sein.

Der diesjährige Parteitag beschloß u.a. Resolutionen für den sofortigen Austritt aus der EG ohne erneute Volksentscheid, gegen die Stationierung der amerikanischen Atomraketen und für britische nukleare Abrüstung ohne Vorleistungen der Sowjetunion.

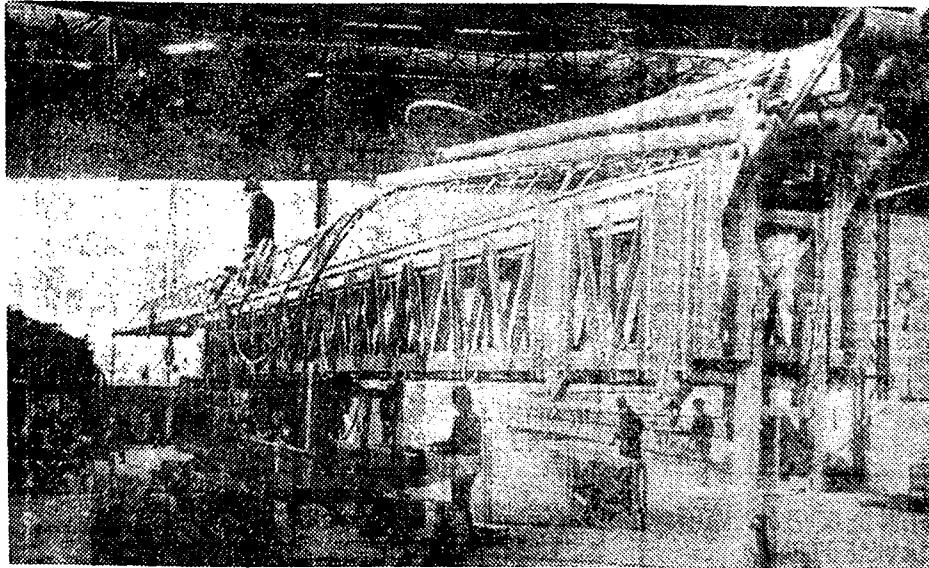
Resolutionen für einen sofortigen Abzug aus Nordirland sowie für eine weitreichende Verstaatlichungspolitik, u.a. mit Verstaatlichung der von der Thatcher-Regierung reprivatisierten Betriebe ohne Entschädigung der neuen Besitzer, lehnte der Kongress mit hoher Mehrheit ab.

## Pentagon-Kontrolle über US-Telefonnetz

Militärorgane übernehmen die Aufsicht über das nationale US-Telefonnetz. Das sieht ein Gesetz vor, welches derzeit im US-Senat berät. Ohne daß der Notstand erklärt sein muß, kann das Pentagon danach jede Fernmeldegesellschaft dazu zwingen, alle Dienste, Mittel und Ausrüstungen zur Verfügung zu stellen, „um die nationale Verteidigung und Sicherheit oder Notstandsbereitschaft zu unterstützen.“ Das geltende Gesetz sieht solche Maßnahmen nur für den Kriegsfall vor. Das Pentagon kann künftig u.a. auch Beschränkungen beim Verkauf von bestimmten Fabrikaten der Fernmeldeindustrie anordnen, wenn es eine „Gefährdung des nationalen Telefon- und Telegrafennetzes“ befürchtet, und Veröffentlichungen über Neuentwicklungen untersagen. Das Gesetz organisiert so die Ausrichtung des zivilen Nachrichtenapparates auf die Kriegsvorbereitung.

## SU/Israel: Diplomatische Beziehungen?

Am Rande der UNO-Vollversammlung sind am 24.9. erstmals seit sechs Jahren der israelische und der sowjetische Außenminister zusammengetroffen. Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen mit der SU ist ein Hauptpunkt von Beginns Regierungsprogramm. Die Sowjetunion hat das „Existenzrecht“ des Kolonialstaats immer anerkannt und die Beziehungen erst nach dem Jukrieg abgebrochen.



Die Kranfabrik Bejaia liefert billiger als z.B. westdeutsche Konzerne

## Algerien

# Partei und Gewerkschaft diskutieren über Privatsektor und Sozialversicherung

Seit einigen Wochen wird in der algerischen Öffentlichkeit eine lebhafte Diskussion über die künftige Rolle des privaten Sektors und die Reform der Sozialversicherung geführt. Das ZK der regierenden FLN hatte die Diskussion mit Arbeitsdokumenten eröffnet, jetzt nehmen vor allem Parteigliederungen und Gewerkschafter Stellung. Von zwei verschiedenen Seiten her behandelt die Debatte Probleme, die die Krise des bis Ende der 70er Jahre verfolgten Aufbaukonzepts aufgeworfen hat.

Im Mittelpunkt dieses Konzepts stand der rasche Aufbau einer – in 19 Staatskonzernen zentralisierten – Großindustrie. Für wichtige Erzeugnisse (z.B. Stahl und Traktoren) wurde damit erstmals eine algerische Produktion aufgenommen, 350000 neue Arbeitsplätze wurden geschaffen. Die industriellen Großanlagen wurden meist „schlüsselfertig“ von westlichen Konzernen geliefert, was das Land noch auf Jahre hinaus von ausländischen Experten und Ersatzteilen abhängig macht. Zur Zahlung mußte nicht nur ein Großteil der laufenden Einnahmen aus dem Öl- und Erdgasexport aufgewandt, sondern auch ein Viertel der künftigen verpfändet werden: 1979 belief sich der Schuldendienst für die 15,3 Mrd. \$ Auslandsschulden auf 25,6% der Exporteinnahmen. Das Konzept geriet in die Krise, als sich herausstellte, daß die ultramodernen Anlagen nur mit weit geringerer Produktivität als erwartet betrieben werden konnten, und der Öl- und Gasexport unter Absatz- und Preisdruck geriet.

Eine Korrektur wurde mit dem laufenden Fünfjahrplan 1980 – 84 einge-

leitet, der – neben der Fertigstellung begonnener Großprojekte – stärkere Förderung der Klein- und Mittelindustrie, des Wohnungsbaus und der besonders vernachlässigten Landwirtschaft vorsieht. Die landwirtschaftliche Produktion stagniert seit 1970, pro Kopf der Bevölkerung ist sie um ein Viertel gefallen. Der Wohnungsmangel wird von den in die Städte gezogenen Industriearbeitern immer wieder als wichtigstes soziales Problem genannt. Zur Eindämmung der bürokratischen Wasserköpfe, die sich in den riesigen Staatskonzernen zum Teil entwickelt hatten, ist eine Dezentralisierung eingeleitet worden. Nach Auskunft des zuständigen nationalen Sekretärs des Gewerkschaftsbundes UGTA Boudina gibt es die – gegen Bürokratisierung gerichtete – Arbeiterselbstverwaltung größtenteils nur auf dem Papier. Die zwei jährlichen Versammlungen zur Beratung über den Produktionsplan würden fast nie einberufen, nur die „Disziplinarkommissionen“ schienen zu funktionieren. Boudina wandte sich dagegen, die Dezentralisierung als Zerschlagung der „nationalen Gesellschaften“ in eine Vielzahl voneinander unabhängiger Kleinbetriebe mißzuverstehen.

Zur Behebung der dramatischen Versorgungsprobleme soll zugleich die Rolle von Kleinproduzenten und kleineren Kapitalisten in der Produktion gestärkt werden. Wegen Fehlens von Ersatzteilen und Fabrikationsmängeln waren mitten während der diesjährigen Erntezeit 19% aller Mähdrescher außer Funktion. Algerische Experten schät-

zen, daß private Kapitalisten und Händler durchschnittlich zum doppelten der für den Staatssektor geltenden Preise verkaufen (können).

In der Diskussion über die Rolle des „Privatsektors“ kommen höchst unterschiedliche Klasseninteressen zum Vorschein. Bourgeois und Kleinbürger nehmen Klagen über schleppende Einfuhrabwicklung (z.B. für dringend benötigte Ersatzteile) durch das staatliche Außenhandelsmonopol zum Vorwand, gegen das Monopol selbst vorzugehen, das Algeriens Wirtschaft vor der Unterwerfung unter imperialistisches Kapital schützt. Die Organisation der FLN in der Wilaya (Provinz) Bejaia z.B. legt dagegen das Hauptgewicht auf die Unterstützung der Kleinbauern durch technische und finanzielle Hilfe, kleinere Bewässerungsprojekte und Einbeziehung in die Sozialversicherung.

Widersprüche haben sich auch innerhalb der arbeitenden Klassen entwickelt. Die Lohnabhängigen in den Staatskonzernen haben vergleichsweise höhere Löhne und bessere Sozialleistungen durchsetzen können. Diese werden jetzt vielfach angegriffen. Die Arbeiter wehren sich mit (von der UGTA nicht unterstützten) Streiks. Die von der Regierung geplante Reform der Sozialversicherung könnte dazu beitragen, die Unterschiede im Lebensniveau zwischen den Werktägern verschiedener Produktionszweige zu mildern. Auf einem Seminar der UGTA wurden unter anderem folgende Forderungen vorgetragen: Vereinheitlichung der – bislang auf verschiedene Kassen zersplitterten – Sozialversicherung, einheitliche Leistungen, Ausdehnung auf alle Werktägigen und Selbstverwaltung.

## Weltbank/IWF Wer arm ist, soll noch mehr zahlen

59 Mrd. \$ müssen die Staaten der Dritten Welt dieses Jahres an Zinsen und Rückzahlungen auf ihre Schulden an die Imperialisten abführen – und gleichzeitig ihre Schulden um weitere 50 Mrd. \$ auf 450 Mrd. \$ erhöhen, um ihre Einfuhren überhaupt noch bezahlen zu können. Unter diesen – für die Imperialisten ebenso verlockenden wie für die Staaten der Dritten Welt grausamen – Vorzeichen fanden letzte Woche in Washington die Jahrestagungen des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank statt.

Die Weltbank hat zur Zeit 50 Mrd. \$ Kredite an Staaten der Dritten Welt verliehen – seit 1.10. gegen einen Zins von 11,6%, gegenüber 15-20%, die pri-

vate imperialistische Banken verlangen. Die IDA (Internationale Entwicklungsagentur, eine Unterabteilung der Weltbank) hat Kredite von 20,5 Mrd. \$ vergeben, zumeist nur gegen eine „Gebühr“ von 1-2%.

Um ihre Schuldenlast zu mindern, forderten die Staaten der Dritten Welt insbesondere eine Ausweitung der Kredite der Weltbank und der IDA. Außerdem sollte der IWF seine Sonderziehungsrechte von 24 Mrd. \$ auf 36 Mrd. \$ ausweiten und die Auflagen auf diese Kredite lockern – „Sonderziehungsrechte“ sind IWF-Kredite, die Mitgliedsstaaten kurzfristig verlangen können, maximal zu 450% ihrer Mitgliedsquote; je höher diese Kredite, desto schärfer sind die Auflagen des IWF.

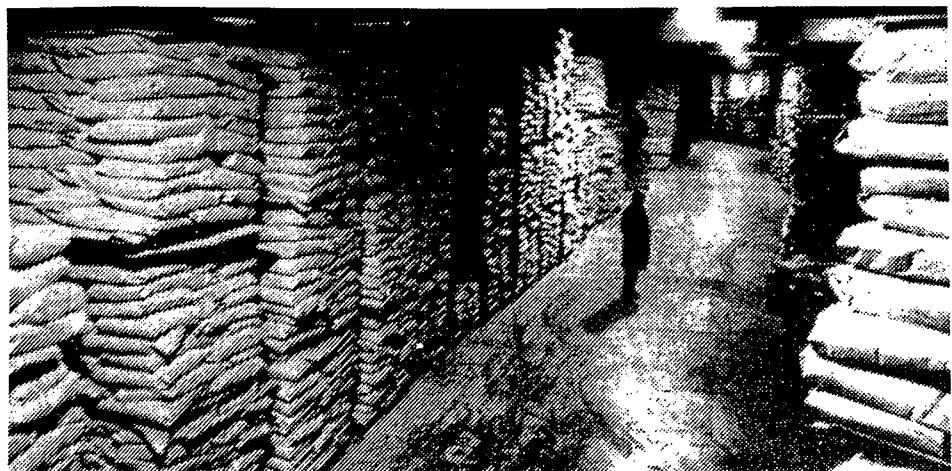
Die Imperialisten schmetterten alle diese Forderungen, gestützt auf ihre Stimmenmehrheit in IWF und Weltbank, kaltlächelnd ab. US-Finanzminister Regan hatte die Losung ausgegeben: Eine weitere Ausweitung der IWF- und Weltbank-Kredite, zusätzlich zu den bereits in den letzten Jahren beschlossenen, sei ausgeschlossen. Stattdessen sollten die Staaten der Dritten Welt ihre Märkte mehr für imperialistische Direktinvestitionen öffnen, Weltbank und IWF müßten ihre „zu weichen“ Kreditbedingungen verschärfen. Außerdem sollten „entwickelte“ Staaten der Dritten Welt wie Mexiko, Brasilien und Argentinien künftig ganz auf Weltbank-Kredite verzichten, „mittlere“ Staaten wie Kenia und die Philippinen statt IDA-Krediten nur noch Weltbankkredite aufnehmen, damit „die Hilfe auf die ärmsten Länder konzentriert“ werden könne.

Die übrigen Imperialisten stimmten dieser „neuen Linie“ der USA sofort zu. Finanzminister Matthöfer hatte eh das gleiche vorgehabt. Nur in einem Punkt leistete er Widerstand: eine Einschränkung der Kredite von IWF, Weltbank und IDA, die die USA forderten, lehnte er ab. Die BRD-Kapitalisten wollen auch künftig einen Großteil ihrer Kreditplünderung unter dem Deckmantel von IWF und Weltbank treiben.

## USA

### Neues Agrargesetz: die „Weizenwaffe“

Ende September hat der US-Senat ein neues Agrargesetz beschlossen, das für die nächsten vier Jahre den Rahmen für Agrarsubventionen auf 10,8 Mrd. \$ festlegt. Die Reagan-Regierung hatte 9 Mrd. \$ vorgeschlagen. Das neue Gesetz senkt die Subventionen der Preise für Molkereiprodukte und damit die Garantieerlöse um 18,57% real im näch-



Lager für Trockenmilch in den USA. Die Reagan-Regierung hat die Preissubventionen für Molkereiprodukte um 1 Mrd. \$ 1981 – 84 gekürzt.

sten Jahr. Das Gesetz legt die Getreiderichtpreise fest, z.B. bei Weizen für 1981/82 auf 4 \$ pro bushel (36,37 l) gegenüber 3,81 \$ 1980/81, was bei einer Inflationsrate von etwa 11% im Jahr eine reale Senkung bedeutet. Wenn die Marktpreise unter den Richtpreis fallen, bekommen die Farmer den Unterschied vom Bund bezahlt. Im August 1981 war der Marktpreis 3,62 \$ pro bushel.

Ohne die Subventionierung des Weizenanbaus könnte ein Teil der Farmer die Produktion nicht fortführen, da der Marktpreis unter den tatsächlichen Kosten liegt. Der Treibstoffpreis ist in den letzten zwei Jahren aufs Doppelte gestiegen, das Saatkorn ist im letzten Jahr um 17% teurer geworden. Die Kreditzinsen sind in den letzten sieben Jahren von 8% auf 17% hochgedrückt worden. Die Schulden der Farmer betrugen 1980 157,3 Mrd. \$, 1981 werden sie insgesamt 177,3 Mrd. \$ ausmachen. Das ist deutlich mehr als der gesamte Ertrag einer Jahresernte.

Die Zuschüsse sind ein wichtiges Mittel der US-Imperialisten, durch das sie ihre Monopolstellung auf dem Getreideweltmarkt, z.B. bei Weizen, erobert haben. Die US-Imperialisten exportieren über 60% des im Lande produzierten Weizens. Fast ein Drittel aller landwirtschaftlichen Erzeugnisse der USA im Wert von etwa 45 Mrd. \$ 1981 wird nach Übersee transportiert. Diese Monopolstellung nutzen die US-Imperialisten für mannigfache politische und wirtschaftliche Erpressungen. Wieviel Weizen sie auf den Weltmarkt bringen, dosieren sie dadurch, daß sie die Anbaufläche durch Gesetz begrenzen können. Die Regierung hat für das Erntejahr 1982 eine Begrenzung um 15% verlangt. Wenn die Bauern sich nicht an die Anbaubegrenzung halten, bekommen sie keine Subventionen, ohne die ein Teil der Bauern aber nicht existieren kann.

Zugleich sichern die Zuschüsse niedrigere Lebensmittelpreise und helfen den Industriekapitalisten, die Löhne

niedriger zu halten, während gleichzeitig durch Reagans Steuerreform ein noch größerer Teil der Steuerlast, aus der die Subventionen gezahlt werden, den arbeitenden Klassen aufgebürdet wird. Die Automobilarbeitergewerkschaft UAW hat in einer Resolution 1980 gefordert: „Ein wichtiges Ziel ist es, die Farmerfamilie zu schützen. Deshalb sollte eine Obergrenze der Zahlungen festgelegt werden, um zu verhindern, daß die großen Agrarkonzerne einen unverhältnismäßigen Anteil von der Regierungshilfe erhalten. In Bezug auf die weiter steigenden Zinsraten muß ein Programm beschlossen werden, um spezielle Kreditbedingungen für die Farmerfamilien mit niedrigen Zinsen festzulegen.“

## Chile

### Einheitsfront der Linksparteien

Die Spaltung innerhalb der chilenischen Linken zwischen Verteidigern und Kritikern der Politik der Unidad Popular-Regierung unter Allende hat seit deren Sturz 1973 den Kampf gegen die Militärdiktatur behindert. Die UP-Parteien, vor allem die revisionistische PC, konzentrierten ihre Anstrengungen – bislang vergeblich – auf die Bildung einer gemeinsamen Front mit den Führern der Christdemokraten, während der bewaffnete Kampf gegen die Diktatur fast ausschließlich von der Bewegung der revolutionären Linken MIR getragen wurde.

Jetzt haben erstmals alle größeren Linksparteien konkrete Schritte in Richtung auf die Bildung einer Einheitsfront eingeleitet. Am 18. September, dem Jahrestag der chilenischen Unabhängigkeit, veröffentlichten sie in Mexiko-Stadt ein gemeinsames Dokument und bestellten den Vorsitzenden der Radikalen Partei (und Vizepräsidenten der Sozialistischen Internatio-

nale) Sukle zum Koordinator. Beteiligt sind die PC, die beiden Flügel der seit einiger Zeit faktisch gespaltenen Sozialistischen Partei, die vom Linkskatholizismus herkommenden Parteien MAPU, MAPU-OC und Christliche Linke, die linksliberale Radikale Partei und die MIR.

Das Dokument greift die Militärdiktatur als „System institutioneller Gewalt, eine Regierung der Waffen im Dienst der multinationalen Unternehmen und der einheimischen Monopole“ an. Vielleicht der wichtigste politische Fortschritt ist, daß alle Parteien – statt Verhandlungen unter Spitzopolitikern – die Kämpfe der Volksmassen an die erste Stelle setzen: „Der Massenkampf ist die unverzichtbare Grundlage des Befreiungsprozesses unserer Volkes. Es ist daher nötig, die Schaffung neuer Organe der Koordination auf sektoraler und nationaler Ebene voranzutreiben.“ Erstmals erkennen auch die Revisionisten an, daß das „Recht auf Rebellion gegen die Tyrannie“ der Volksbewegung erlaubt, „die Kampfformen zu benutzen, die sie in jedem Moment für die geeigneten erachtet“, ausdrücklich einschließlich der „militärischen Dimension des politischen Kampfes.“ Gleichzeitig wird festgestellt, daß am Kampf „alle sozialen und politischen Kräfte einschließlich der Christdemokraten teilnehmen müssen, die mit der Linken die Verantwortung für den Sturz der Diktatur teilen.“

In einem Interview mit der italienischen Zeitung „Unità“ erklärte der Leiter der PC-Delegation Teitelboim zur Fortführung der Unidad Popular: „Es ist offensichtlich, daß wir die ruhmreiche Unidad Popular nicht auflösen können, bevor wir nicht eine neue, breitere und den Erfordernissen des Kampfes heute besser entsprechende Organisation aufgebaut haben. Aber auf dem nächsten Treffen werden wir, wenn dieser Prozeß weitergeht, sehen, ob es möglich ist, diesen qualitativen Sprung zu machen.“

Dem Treffen in Mexiko-Stadt war im Frühsommer die Bildung einer Nationalen Gewerkschaftskoordination im Lande selbst vorausgegangen, deren Forderungsplattform von 500 betrieblichen Gewerkschaftsorganisationen unterstützt wird (s. Pol. Ber. 16/81). Der Vorsitzende und der Sekretär der Koordination sind seit mehr als zwei Monaten verhaftet. Sicher kein Zufall, daß der unmittelbare Anstoß zur jetzt erfolgten Einigung der Parteien von gemeinsamen Initiativen für die Freilassung der verhafteten Gewerkschafter ausging. In dem gemeinsamen Dokument werden die Gewerkschaftsforderungen (u.a. nach Erhöhung der Löhne und Renten um 31%, Mindestlohn, gewerkschaftlichen und politischen Rechten) unterstützt.

## Griechenland Wahlkampf: Parteien zu EG und NATO

Am 18. Oktober finden in Griechenland Parlamentswahlen statt. Seit dem Sturz der Militärjunta 1974 hat die Partei „Neue Demokratie“, zuerst unter Premierminister Karamanlis und jetzt unter Rallis, die Mehrheit im Parlament und damit die Regierung. Gegenwärtig findet eine Blockbildung unter den Parteien statt, die zum Inhalt die Positionen der Parteien zur EG, zur NATO und zur Nationalisierung von bestimmten Wirtschaftszweigen hat.

Auf der einen Seite steht die Panhellenische Sozialistische Bewegung (Pasok) unter Andreas Papandreou, die für den Austritt Griechenlands aus der NATO eintritt, für die endgültige Schließung aller US-Militärbasen in Griechenland und für die Entfernung der Atomwaffen aus Griechenland. In bezug auf die EG war die Pasok gegen einen Beitritt Griechenlands und trat für eine Volksabstimmung über die Mitgliedschaft in der EG ein. In letzter Zeit hat aber Papandreou eine Position vertreten, die eher auf Verbesserungen für Griechenland innerhalb der EG hinausläuft.

Die Pasok fordert die Nationalisierung der Versicherungsgesellschaften,



Griechische Gurkenbauern

des Kommunikations- und Transportwesens, des Handels, der Stahl-, Dünger-, Waffen-, Arzneimittel- und Zementindustrie. Die Banken sind in Griechenland bereits staatlich, aber das Kreditwesen soll stärker vom Staat kontrolliert werden. Die Pasok hat bei den Parlamentswahlen 1977 ihren Anteil an den abgegebenen Stimmen von 13 auf 25% erhöhen können. Damit hatte sie 93 Sitze von 300 im Parla-

ment. Viele Bauern hatten die Partei wegen ihrer EG-Politik gewählt.

Ende September hat der Vorsitzende der Kommunistischen Partei Griechenlands (KKE) Florakis erklärt, seine Partei werde die Pasok bei der Bildung einer Regierung unterstützen, sollte sie eine knappe Mehrheit bei den Wahlen bekommen. Die revisionistische KKE hatte bei den Wahlen 1977 9% der Stimmen und elf Sitze erhalten. Sie tritt ebenfalls für den Austritt Griechenlands aus der NATO und für den Austritt aus der EG ein.

Auf der anderen Seite steht die Partei der „Neuen Demokratie“ (ND), unter deren Regierung Griechenland beschleunigt in die EG gepreßt wurde. Seit Januar 1981 ist das Land jetzt Vollmitglied. Die ND tritt auch dafür ein, daß Griechenland in der NATO bleibt. 1974 war das Land aus der militärischen Organisation der NATO ausgetreten, nachdem die Türkei den Norden Zyperns besetzt hatte. Die konservative Regierung beugte sich 1980 dem Druck der westlichen Imperialisten und trat der militärischen Organisation der NATO wieder bei, obwohl nach Meinungsumfragen die Mehrheit der Bevölkerung gegen den Wiedereintritt war. Die ND hatte zwar in den Parlamentswahlen 1977 fast 42% der Stimmen erhalten (173 Sitze), aber einen Verlust von 12,5% der Stimmen hinnehmen müssen.

Jetzt hat die rechte Partei „Nationales Lager“ (EP) erklärt, daß sie auf eine eigene Kandidatur verzichtet, da die revisionistische KKE mit der Pasok koalieren will. Die nationalistischen Kräfte müßten jetzt gegen die Gefahr des Marxismus zusammenstehen, wurde bekanntgegeben. Die EP hatte bei den letzten Wahlen 7% der Stimmen und fünf Sitze im Parlament.

## Italien Kampf gegen Statisierung von Raketen

Über 50000 haben sich am vorletzten Wochenende an einem „Friedensmarsch“ von Perugia nach Assisi in Mittelitalien beteiligt. Bereits Ende August waren in Vicenza im Nordosten 25000 dem Aufruf einer örtlichen Radiostation zu einem Protestmarsch zwischen zwei nahegelegenen US-Basen gefolgt. Am 7. August hatte die italienische Regierung bekanntgegeben, die 112 im NATO-Aufrüstungsbefluss für Italien vorgesehenen Marschflugkörper würden in Comiso in Südsizilien stationiert, mit 1500 US-Soldaten. Tags darauf Reagans Entscheidung für den Bau der Neutronen-

bombe. Seither vergeht keine Woche ohne Demonstrationen, kaum ein Tag ohne neue Beschlüsse von Gewerkschaftskörpern und Gemeinderäten.

Für die forschende Aufrüstungspolitik der Regierung stellt die breite Friedensbewegung, an der auch viele katholische Massenorganisationen, selbst einige Bischöfe, teilnehmen, schon jetzt ein ernstes Hindernis dar. Aber die politischen Forderungen der Bewegung sind noch kaum geklärt. Der Aufruf zum „Friedensmarsch“ z.B. war so unbestimmt gehalten, das ihm sowohl W. Brandt als auch L. Breschnew ausdrücklich zustimmen konnten. Einige revolutionäre Organisationen treten für den Austritt aus der NATO ein, die kleine linke Partei PdUP für die Rücknahme des NATO-Beschlusses. Aber die PCI, die an den meisten Initiativen, oft führend, beteiligt ist, erhebt diese Forderungen nicht, obwohl sie im Parlament gegen den Doppelbeschuß gestimmt hatte. Stattdessen fordert sie (schon länger als die UdSSR) einen Aufrüstungsstopp während der Verhandlungen und Rücknahme des Comiso-Beschlusses der Regierung.

Typisch für viele Gewerkschaftsbeschlüsse (und Appelle örtlicher Aktionsseinheiten) ist die Stellungnahme der drei Gewerkschaftsbünde in Mailand: „Diese Mobilisierung hat zum ersten Ziel die sofortige Einleitung von Verhandlungen zwischen den beiden Supermächten, mit aktiver Beteiligung der europäischen Länder, ... für eine schrittweise Abrüstung mit dem Ziel einer ausgewogenen Reduzierung der Raketen in Europa.“ Das läßt den Imperialisten die Möglichkeit, unter Verweis auf „Halsstarrigkeit“ der jeweils anderen Seite weiter aufzurüsten. Eine schärfere Fassung der Forderungen gegen die Militärpolitik der italienischen Regierung wäre umso dringender, als der sozialistische Verteidigungsminister Lagorio im Frühjahr ein „neues Verteidigungsmodell“ vorgestellt hat, das „die Anerkennung einer aktiven Rolle Italiens durch die anderen Mittelmeerländer fördern“ soll. Eine unverhüllte Drohung also, die durch den Aufbau einer „Einsatzstreitmacht“, die Einlagerung von Ausrüstungsmaterial auf Malta, dessen Neutralität Italien „garantiert“, und zuletzt den Comiso-Beschluß unterstrichen wird.

Ein wichtiger Schritt zur Klärung der Forderungen ist der Aufruf der Metallarbeitergewerkschaft FLM, der größten und als einziger wirklich geeinten Einzelgewerkschaft. Die FLM fordert: Abbau der SS-20, Nichtinstallierung der „Pershing“ und Marschflugkörper (ohne das eine vom anderen abhängig zu machen), keine Basis in Comiso, kein Bau der Neutronenbombe und jedenfalls Ablehnung ihrer Stationierung in Europa.

## Nationalisierungen in Frankreich

# Nur Straffung des Produktionsapparates oder Änderung der Machtstruktur?

Alle französischen Banken mit Einlagen von über einer Milliarde Francs, die beiden Finanzgesellschaften Parisbas und Suez sowie die industriellen Monopole Saint Gobain, Péchinney-Ugine-Kuhlmann, Rhône-Poulenc, CGE und Thomson-Brandt sollen nach einem Gesetzentwurf vom 23.9. verstaatlicht werden. Die beim Staat hoch verschuldeten Stahlkonzerne Sacilor und Usinor gehen ebenfalls vollständig in Staatsbesitz über, beim Flugzeugkonzern Dassault und dem Elektronikunternehmen Matra sind staatliche Mehrheitsbeteiligungen vorgesehen, und über die Zukunft der Monopole ITT-France, CII Honeywell Bull und RousselUclaf (Hoechst) soll mit ihren ausländischen Besitzern diskutiert werden.

nicht um irgendwelche verlustträchtigen Unternehmen, sondern um die jeweils führenden Konzerne der Branchen Elektro und Elektronik (CGE, Thomson, Matra), Maschinenbau (Saint Gobain), Chemie (PUK, Rhône-Poulenc) und Flugzeugbau (Dassault), allesamt mit beachtlichen Profiten in den letzten Jahren und einem Exportanteil zwischen 75% und 31%. Die betroffenen Banken ihrerseits decken 97% aller Einlagen ab.

Als „historisch“ könnten sich allerdings auch die Kosten erweisen. Denn die den bisherigen Aktionären als „Entschädigung“ auszuzahlende Summe beläuft sich immerhin auf runde 40 Mrd. FF. Da die Aktien jedoch in Schuldverschreibungen umgetauscht werden, die über einen Zeitraum von



Am 5.10.1979 wurden sie wegen Streikbeteiligung entlassen. Jetzt mußte Renault-LKW (RVI) drei CGT-Funktionäre wieder einstellen. Mit ihnen kehren aufgrund des Amnestiegesetzes vom 4.8.81 Hunderte von Gewerkschaftern in die Betriebe zurück.

Ministerpräsident Mauroy kommentierte das Vorhaben als „Maßnahme von historischem Charakter, die erlaubt, die Wirtschaft vom Gewicht der Finanzmächte, die sie erdrückt haben, zu befreien und ihr ihre ganze Dynamik zurückzugeben“. Man mag es „historisch“ nennen können, soweit der Umfang des Unternehmens gemeint ist. Denn die Arbeitskraft von immerhin 1,2 Mio. Lohnabhängigen – davon ca. 360000 im Bankbereich – wird der Verfügung privater Kapitalisten entzogen, allein in der Industrie werden jetzt insgesamt 20% aller Lohnarbeiter (1,6 Mio) in nationalisierten Unternehmen arbeiten.

Zudem handelt es sich bei den nationalisierten industriellen Monopolen

15 Jahren zur Auszahlung kommen, vervielfacht sich die staatliche Schuld wegen der Zinsen auf schätzungsweise 300 Mrd. FF. Die „Befreiung der Wirtschaft vom Gewicht der Finanzmächte“ wird weitergehende Maßnahmen der Arbeiterklasse erfordern. Tatsächlich muß man derartige Aussagen Mauroys wohl auch mehr dem Versuch der Besänftigung der vorwärtsdrängenden Arbeiterbewegung zuschreiben, als daß sie die Absichten der Linksregierung korrekt widerspiegeln.

Diese kommen im Wortlaut des eingebrachten Gesetzestextes klarer heraus: „Die französische Industrie, übel zugerichtet durch die wirtschaftlichen Erschütterungen der letzten Jahre, muß partiell wiederaufgebaut werden“

# Stellungnahme der größten Gewerkschaften CGT und CFDT

*Maire, Generalsekretär der CFDT, am 25.8.81*

Für uns Gewerkschafter und für alle, die seit Jahrzehnten gegen die Ausbeutung, die Herrschaft, die Entfremdung kämpfen, gilt es, jetzt oder nie unsere Vorstellungen der Gesellschaft an der Wirklichkeit zu messen. Denn der Weg ist frei für den Aufbau des selbstverwalteten Sozialismus ...

Seien wir deutlich und sprechen wir zunächst von den Nationalisierungen, die unsere Gegner wie eine Vogelscheuche aufbauen. Sicher ist es wesentlich, daß die nationale Gemeinschaft die Mittel hat, das wirtschaftliche Leben des Landes zu lenken ... Der Fortschritt des sozialistischen Aufbaus hängt jedoch nicht an der Zahl der nationalisierten Unternehmen, wie ein Gutteil von Ländern des Ostens und der Dritten Welt belegen. Es ist genauso wesentlich, daß sich die Nationalisierungen in wirkliche Sozialisierungen umsetzen und die Sackgasse der Verstaatlichung vermeiden ...

Die Verwaltungsräte oder besser die Aufsichtsgremien müssen von den Lohnempfängern des Unternehmens gewählt werden und dürfen nicht von Staatsvertretern kontrolliert sein ... Was die Gewerkschaften angeht, so dürfen sie nicht an der Verwaltung (Führung) beteiligt sein, um ihre Rolle in volliger Autonomie wahrnehmen zu können ... Die erste Bedingung für ein Gelingen ist, die

Lohnabhängigen zu Akteuren des Wechsels statt zu passiven Zuschauern anderweitig vollzogener Veränderungen zu machen. Deshalb steht der Willen, wo möglich, eher über Verhandlungen als über das Gesetz voranzukommen, im Zentrum des Konzepts der Selbstverwaltung ...

Weder die Mitbestimmung in einem fernen Verwaltungsrat noch das Vetorecht – auch verallgemeinert – noch jedes andere Verfahren, das die Lohnabhängigen außerhalb der Bestimmung ihrer Arbeitsbedingungen beläßt, sind entscheidend, um die Arbeit zu ändern. Allein die Ausdehnung des Bereichs der Verhandlung ganz nah an jeden Lohnabhängigen heran wird es jedem ermöglichen, nach und nach den Arbeitsprozeß in Büro und Fabrikhalle zu beherrschen. In diesem Sinne voranzuschreiten heißt gleichzeitig, die Dezentralisierung der Macht in den Unternehmen und Verwaltungen und folglich die Ausdehnung der Verantwortung eines jeden, vom Arbeiter bis zum höheren Angestellten.

## *Programm des 40. Kongresses der CGT, November 1978*

Die CGT betrachtet die Nationalisierungen nicht als Ziel, sondern als ein unabdingbares Mittel, ohne das eine dauerhafte Veränderung – v.a. wegen der Beherrschung ganzer Sektoren der Wirtschaft durch multinationale Gesellschaften – nicht möglich ist. Die Nationalisierungen sind:

– Motor einer harmonischen wirtschaftlichen Entwicklung, die die na-



In vielen Kämpfen der letzten Jahre forderten die Arbeiter die Nationalisierung der Großkonzerne.

tionale Unabhängigkeit sichert;

– das Mittel, den technischen Fortschritt zugunsten der ganzen Gesellschaft zu nutzen;

– das Instrument zur Demokratisierung der Verwaltung der Unternehmen und der ganzen Wirtschaft;

– das wesentliche Mittel, das der Nation und den Lohnabhängigen erlaubt, über die wirtschaftlichen Hebel zu verfügen, die nun der Willkür einer Minderheit von Profiteuren entzogen sind.

... Der demokratische Charakter der Verwaltung der nationalisierten Unternehmen ist ein wirksames Mittel gegen Etatismus, die Exzesse von Zentralisierung und Bürokratie. Er ist auch ... Bedingung einer größeren Wirksamkeit des Produktionsapparates und seiner Dienstbarkeit für die Bedürfnisse der Lohnabhängigen.

... Es ist unabdingbar, daß der Staat über die notwendigen Mittel für eine planmäßige Orientierung der Entwicklung des Landes verfügt. An erster Stelle dieser Mittel rangiert die Erweiterung eines starken öffentlichen Sektors, der aus lebendigen und wettbewerbsfähigen autonomen Unternehmen besteht, die eine neue industrielle Dynamik befördern.“ Planmäßig sollen v.a. die Investitionen getätigt und die Kredite entsprechend vergeben werden. Daß es darum geht, Reibungen auszuschalten, die der Anarchie der kapitalistischen Produktionsweise entspringen, und die Monopolbildung voranzutreiben, beweisen auch die Festlegungen, die den einzelnen Unternehmen im Rahmen der mehrjährigen staatlichen Planvorgabe „völlige Autonomie in der Führung“ garantieren.

Von „Demokratisierung der Wirtschaft“ ist in dem vorliegenden Gesetzentwurf ziemlich häufig die Rede. Es fällt jedoch bald auf, daß die Rechte der Arbeiter durchgängig unter dem

Gesichtspunkt der „Mobilisierung aller Lohnabhängigen für die industrielle Entwicklung“ angesprochen werden. Entsprechend rückt die PS/PCF-Regierung hier die drittparitätische Besetzung der Verwaltungsräte durch Staatsvertreter, Lohnabhängige und „Vertreter der durch die Aktivität der Gesellschaft betroffenen Sektoren“ in den Vordergrund der Propaganda. Die Umrisse eines *Mitbestimmungsmodells* sind erkennbar. Während keine der relevanten Fraktionen innerhalb der Gewerkschaftsbewegung die Reorganisation des Produktionsapparates und die planmäßige Lenkung der Wirtschaft als primäres Ziel der Nationalisierungen in Frage stellt und diese als Angriff auf die kapitalistische Organisierung der Produktion begriffen werden – ohne daß die Frage der Verfügung über die Produktionsmittel, des Charakters der Staatsmacht u.a. systematisch erörtert würde – entfaltet die CFDT gegenüber den Mitbestimmungskonzepten klare Forderungen nach Arbeiterrech-

ten. Der Absage an Gewerkschaftsbeteiligung bei der Unternehmensführung entspricht das Verlangen, die Direktion durch ein Gremium aus Arbeitervetretern zu kontrollieren, das Votorecht bei Investitionen, Umstrukturierungen etc. besitzt. Auf Fabrikebene sollen Arbeiterräte eingerichtet werden, die die Arbeitsbedingungen kontrollieren und zu Organen der Arbeiterselbstverwaltung werden.

Eine Politik in dieser Richtung wirft notwendig auch die Frage der Macht in den Betrieben auf. Größere Auseinandersetzungen mit dem Finanzkapital werden von daher wie wegen des äußeren Drucks auf die französische Wirtschaftspolitik unvermeidbar sein. Erfolge wie der jüngste Beschuß auf Relallohnerhöhung und 39-Stundenwoche im öffentlichen Dienst, die Sondersteuer auf Vermögen, die Wiedereinstellung entlassener Gewerkschafter stärken die Position der Arbeiterbewegung für diese schweren Kämpfe.



Lola eilt vom Traualtar in Schuckerts Bett

*Lola*

## Faßbinder über „Wirtschaftswunderzeiten“ — ein Film über die Reorganisation der Bourgeoisie

Faßbinders Fernsehserie „Berlin Alexanderplatz“ rief den Zorn bundesdeutschen Spiessbürgertums hervor, weil sie den Mythos der „Golden 20er Jahre“ befleckte. Mit seinem jüngsten Kinofilm „Lola“ setzt Faßbinder sich mit einem anderen Mythos auseinander, dem „Wirtschaftswunder“ der 50er und frühen 60er Jahre.

Die Handlung spielt in einer westdeutschen Kleinstadt, Akteure sind die Figuren der „besseren Gesellschaft“ und die, die dazugehören wollen. Da sind Bauunternehmer Schuckert, offensichtlich aus kleineren Verhältnissen aufgestiegen, schon mit beherrschendem Einfluß, da er sich skrupellos kauft, was und vor allem wen er für sein Vorfälskommen — und für sein Vergnügen, das er nicht zu kurz kommen läßt — braucht, skrupellos in seinen Geschäften, ansonsten auch nicht kleinlich; der neue Baudezernent von Bohm, preußisch-pflichtbewußter Beamter, voller Überzeugung für die Kräfte der „Sozialen Marktwirtschaft“; ein Angestellter im Baudezernat namens Esslin,

Typ des „zornigen jungen Mannes“, der die „Machtelite der Stadt“ und vor allem Schuckert bekämpft, von dem er sich schließlich, ohne daß man sich wundern möchte, kaufen läßt; und Lola, Attraktion des städtischen Puffs und als solche Schuckerts Privateigentum, zugleich angewidert von der „besseren Gesellschaft“ und besessen von dem Streben, aufgenommen zu werden.

Sie schafft's. Von Bohm verliebt sich in Lola, von deren Beruf er nichts weiß. Von Esslin „aufgeklärt“, dreht er durch, will „alles auffliegen“ lassen, aber was? Der Journalist, dem er einen „Skandal“ versprochen hat, hat kein Verständnis: Was soll er mit den Verträgen von Schuckerts (Spekulations-)Unternehmungen? Aber die von Bohm heraufbeschworene „Krise“ dauert nur kurz an: Von Bohm heiratet Lola und beruhigt sich wieder, Lola, die sich immer hat bezahlen lassen, kriegt mit der Heiratsurkunde die Eintrittskarte in die herrschende Klasse, Schuckert behält Lola als nunmehr Geliebte, und Esslin raucht Schuckerts Zi-

garren. Alle sind's zufrieden, und das „Wirtschaftswunder“ blüht.

Faßbinder entwickelt die Kritik an den gesellschaftlichen Verhältnissen in der Periode der Rekonstruktion der kapitalistischen Produktionsweise in Westdeutschland nicht aus dem Widerspruch zwischen den arbeitenden und der herrschenden Klasse. Er handelt ausschließlich von der Bourgeoisie; dies verlangt vom Zuschauer größte Distanz. Die bürgerliche Filmkritik ist deshalb vor allem auch ratlos diesem Film gegenüber: sie identifiziert sich, spürt zugleich das Abstoßende der Charaktere und kann doch den Wahrheitsgehalt der Kritik nicht abstreiten. Sicher ist jedoch der Ansatz Faßbinders, von der herrschenden Klasse zu handeln, jedem Versuch vorzuziehen, in rührseligen Proletariergeschichten zu schwelgen.

Man mag einwenden, daß Faßbinder nicht die alteingesessenen Familien der Finanzoligarchie aufs Korn genommen hat, die nach der Niederkunft schon längst wieder die Fäden in die Hand genommen hatten. Doch tatsächlich waren nicht die diskrete Familie Siemens und andere, sondern Emporkömmlinge von hemdsärmeliger Skrupellosigkeit (wie Schuckert) der Motor der „Sozialen Marktwirtschaft“. Die Finanzbourgeoisie mußte sich auffrischen, wenn sie die Profitproduktion auf Hochtouren bringen und ihre Herrschaft absichern wollte, und sie hat sich aufgefrischt. Diesen Vorgang trifft Faßbinder hervorragend. Wer sieht einem Schmucker oder Dürr heute noch an, daß sie einst wie Schuckert waren?



Lola geht die herbeigewünschte Verbindung ein

## Erbauliches für schlechte Zeiten

Simmel hat sich eine Lesergemeinde geschaffen, die seine Romane schätzt, weil die kleinen Leute, die sonst nichts zu melden haben, gewürdigt und verstanden werden. Das Unangenehme ist, daß Simmel sie darin bestärkt, daß es auf das persönliche, moralisch anständige Verhalten gegenüber den Großen, aber auch der stumpfen Masse ankomme. Ein Trost- und Erbauungsbuch in diesem Sinne hat Simmel mit einer Auswahl seiner Artikel von 1945 bis 1980 zusammengestellt. Einige davon vermitteln den Eindruck, daß der individuelle Einsatz eines Journalisten in der BRD etwas bewirken kann, etwa seine Anklage der Zustände in der Düsseldorfer Kinderkrebsklinik: Die Kinder konnten umziehen.

Simmel vermeidet jedoch, von den Ursachen solcher Zustände zu sprechen. Er appelliert ans Mitleid und die religiöse Auffassung, daß der Mensch das Leid braucht, um sich selbst zu finden. Das geht hervor aus seinem im Auftrag der Bundesanstalt für Arbeit geschriebenen Artikel zum Jahr der Behinderten, in dem er fordert, daß in der Welt eben Platz sein muß auch für Schwerstbehinderte, da ja schon Platz ist für „Arme und Reiche, Kapitalisten und Kommunisten, Politiker, Menschen, welche die Wahrheit sagen ...“ Jeder ist eben ein „Menschenbruder“, der Grad der Kultur einer Gesellschaft besteht in der Anerkennung, nicht in der Beseitigung von Behinderungen.

J.M. Simmel, *Die Erde bleibt noch lange jung*, Droemer Knaur Verlag Schoeller & Co., Ascona 1981, 28 DM

## Irrlicht und Feuer

Die Bergmannswohnung, die Deputatkohle, relativ hohe Stundenlöhne und die Schwerarbeitermarken haben Jürgen Fohrmann veranlaßt, nach dem Krieg seinen Büroberuf an den Nagel zu hängen und als Hauer in Dauernachtsschicht zu arbeiten. Jetzt hat er seit 3 Jahren keine Lohnherhöhung, jede Menge Ratenzahlungen am Hals. Die Zeche wird stillgelegt, seine Lehrfirma stellt ihn nicht wieder ein, erst nach langer Suche findet er Akkordarbeit in einer Zulieferfabrik der Elektroindustrie. Seine Frau beginnt die Arbeit in einer Fabrik, was die Ratenverpflichtungen in die Höhe

treibt, weil der Haushalt nicht mehr zu schaffen ist und immer mehr Mittel dafür hermüssen. Ein Kind ist sowieso nicht drin, „es ist die teuerste Anschaffung“, die beiden geben sich die Klinke in die Hand, ihre Streitereien nehmen zu. In einer befreundeten Familie hat der frühere Bergmann Karl lange im KZ gesessen, weil er „Heil Moskau, Hitler ist eine Drecksau“ an die Förderwagen geschrieben hat. Kurz vor Kriegsende kam er völlig gebrochen und zum Krüppel geschlagen zurück und entwirft seitdem jede Woche einen neuen Plan für die Eroberung der Erde und den Sieg des Proletariats. Dauernd erlebt er die KZ-Zeit aufs Neue und hängt sich schließlich auf. Seiner Familie will der frühere Kreisleiter und Angestellter der CDU-Geschäftsstelle die Rente streitig machen.

Hauptsächlich als Beschreibung des Lebens dieser beiden Familien hat Max von der Grün seinen Roman „Irrlicht und Feuer“ geschrieben. 1963 erschienen, löste er stürmische Proteste der Bourgeoisie aus, weil es ihm bei der Beschreibung dieser Familien gelingt, die Niederlagen der Arbeiterbewegung, den ideologischen Druck der Reaktion, die Auseinandersetzungen in der Gewerkschaft zu charakterisieren und der Propaganda vom „Verschwinden des Proletariats“ wirksam entgegenzutreten, aber auch ihre Wirkung in der Arbeiterbewegung zu schildern.

Max von der Grün. Irrlicht und Feuer, Rowohlt Taschenbuch 4,80 DM

## Die CIA-Müllabfuhr und der Mauerbau

Will Berthold läßt seine Agentengeschichte „Der Krieg, der nie zu Ende ging“ zur Zeit des Mauerbaus im August 1961 spielen. Ein CIA-Agent schildert, wie er aus der DDR einen Nachrichtenoffizier, der die „Bürokratenherrschaft in der DDR“ hinter sich lassen will, herausholt. Gegen beim Leser angenommene Kritik an der CIA behauptet der CIA-Agent: „Was sein muß, muß sein. Wenn der Osten Tausende von Agenten in den Westen einschleust, kann dieser nicht auf Gegenmaßnahmen verzichten. Ich wollte nicht eines Tages wieder unfreiwillig ... am Rhein oder Main kämpfen

müssen. Das würde mit Sicherheit geschehen, wenn der Westen der Unterwanderung mit östlichen Agenten tatenlos zusehe. Man muß die Arbeit im Untergrund so romantisch und notwendig ansehen wie die Tätigkeit für die Müllabfuhr.“

Des öfteren nimmt Berthold den Leser aus dem Strang der Ich-Erzählung heraus und mit in die Cheftagen des Bundesnachrichtendienstes und des DDR-Ministeriums für Staatssicherheit. Der Leser erlebt die Beratungen dort so mit, als ob er Protokolle des tatsächlichen Hergangs lese, was wohl die Glaubwürdigkeit der Darstellung von historischen Vorgängen und der damit verbundene Hetzpropaganda gegen die DDR untermauern soll.

Bei aller Verschiedenheit haben der CIA-Agent und der DDR-Offizier auch gemeinsame Feinde: die alten Nazis, die in den jeweiligen Nachrichten-



US-Parade im Westberliner Brückenkopf

diensten ihren „Krieg, der nie zu Ende ging“, weiterführen. In Pullach arbeitet ein SS-Kriegsverbrecher getarnt für die DDR. In der DDR wird einer durch die Vorgesetzten gedeckt. Eine Ex-Kommunistin beschreibt den DDR-Offizier:

„Er ist ein romantisches Utopist und als solcher ist er gegen jede Aufrüstung. Wenn er sich Chruschtschows Kraftmeiereien mit den TNT-Millionen-Tonnen anhören muß, wird ihm übel, weil er natürlich weiß, daß diese sowjetische Eskalation der Massenvernichtungsmittel die amerikanische zwangsläufig bedingt.“ Wer dann immer noch nicht glaubt, daß die *jetzige* NATO-Aufrüstung „zwangsläufig bedingt“ ist, dem kann Bertholds CIA-Müllfahrer auch nicht helfen.

W. Berthold, Der Krieg, der nie zu Ende ging, Moewig, 2110, 1981, 6,80 DM.

## Kraftfahrzeugversicherung

# Geschichte und Wirkung des Schadensfreiheitsrabatts

In der Kraftfahrtversicherung werden jährlich Milliardenbeträge an Beiträgen von den Versicherern eingenommen und umgewälzt, verwandelt in Leistungen zur Schadensregulierung und in solche für sich selbst – Profit. 1980 waren es 15,3 Mrd. DM, davon 11,1 Mrd. DM in der K-Haftpflichtversicherung, 2,45 Mrd. in der Voll- und 1,11 in der Teilkaskoversicherung. Der Rest von 0,54 Mrd. entfällt auf die Insassenunfallversicherung.

Die Kraftfahrtversicherung gibt es seit der Jahrhundertwende. Von 1907 datiert der erste K-Haftpflicht-Tarif, der die Prämien nur grob in solche für bis zu zwei und solche mit mehr Sitzplätzen unterteilte.

1910 Die Beiträge richten sich nach Steuer-PS, also mittelbar nach dem Hubraum. Aufgrund des 1. imperialistischen Weltkriegs wird die Automobilproduktion gestoppt von 1914 – 18 und mithin auch die Entwicklung der Versicherung.

1925 In dem seit 1924 beginnenden Automobil-Boom passen sich die Versicherungskapitalisten der technischen Entwicklung (mehr Motorleistung bei gleichbleibendem Hubraum) an. Es wird ein auf Grundlage von Brems-PS-Leistung kalkulierter Tarif eingeführt, so daß Motorstärke, Geschwindigkeit und Gewicht berücksichtigt sind. In der Kaskoversicherung wird erstmals generell eine Selbstbeteiligung des Versicherten von 100 Reichsmark (RM) verlangt, bei Brandschäden von 20% der Schadenssumme.

1928 Der neugegründete Verband der Kraftfahrzeugversicherer baut eine Verbandsstatistik über Schadensverlauf, -häufigkeit, -aufwand usw. auf. Die damaligen Deckungssummen von 100000 RM für Personen, 5000 RM für Sach- und 4000 RM für Vermögensschäden gelten z.T. bis 1965.

1929 Die KH-Tarife werden „freigegeben“, d.h. jedes Unternehmen kalkuliert seine Tarife individuell ohne Bindung an von Verband vorgegebene Durchschnittswerte und ohne staatliche Aufsicht. Folge ist, daß im Kampf um Marktanteile eine Reihe von Versicherungsgesellschaften geringere Prämien verlangen, als sie Geld zur Schadensregulierung aufwenden müssen. Sie gehen pleite und hinterlassen eine Vielzahl hoch verschuldetter Versicherungsnehmer.

1931 wird die Versicherungsaufsicht eingeführt.

1932 kommt der heute noch in der Struktur gültige Tarif nach Fahrzeugtypen und Regionen gegliedert.

1933 führen die Nazis den „Einheitstarif“ wieder ein.

1940 Durch das Pflichtversicherungsgesetz wird jeder Automobilbesitzer zum Abschluß einer Haftpflichtversicherung gezwungen. Im nunmehr staatlich verordneten Einheitstarif begrenzt der Reichskommissar für die Preisbindung die Provisionen auf 15% des Jahresbeitrags bzw. für nebenamtliche Vertreter auf 5%. Die heute noch weitgehend wirksamen „Allgemeinen Kraftfahrt-Versicherungsbedingungen“ treten in Kraft.

1948 Die Westalliierten behalten zunächst die Preisbindung für KH-Versicherungen bei.

1950 Der nunmehr zuständige Bundeswirtschaftsminister führt erstmals einen „Bonus“ (Beitragsermäßigung) für schadensfreie Fahrzeuge ein, der zunächst überschußabhängig ist, seit 1952 aber fest. Er geht bis zu 20%.

1962 wird der Einheitstarif aufgehoben, die Kalkulation der Versicherungsprämien für die KH aber der Aufsicht des Bundeswirtschaftsministers unterstellt. Zugleich werden die zulässigen Provisionen weiter auf 12% gekürzt. Einschneidend ist die Einführung eines gestaffelten Schadensfreiheitsrabatts (SFR), der die Prämie in der KH bis zu 40% nach 10 unfallfreien Jahren ermäßigt.

1965 Ländliche Orte und Beamte erhalten Rabatte auf die Grundprämie, 1977 werden darauf aufbauend dann die A (Agrarier) und B (Beamten)-Tarife zugelassen.

1967 erläßt der Wirtschaftsminister die Tarifverordnung (TVO) als Rechtsgrundlage der heute gültigen Unternehmenstarife. Darin wird die Gewinnlinie auf höchstens 3% der Beitragseinnahmen festgesetzt, der Überschuß muß an die Versicherungsnehmer ausgeschüttet werden.

1970 Als Gegenpol zum SFR wird der „Malus“ von 25, später 75% Mehrprämie für Anfänger geschaffen.

1977 Die Prämien werden nach Regionen aufgeteilt.

1981 Die SFR-Staffelung wird durch schnellere Rückstufung und Verlängerung der Skala in der Vollkaskoversicherung verschlechtert, es erfolgt eine neue Regionaleinteilung.

#### Auswirkungen des Schadensfreiheitsrabatts auf Schadensverlauf

Jahr	Kfz in Tsd.	Schadens- quote*	Schadens- durchschnitt**
1962 .....	10687	183	713
1965 .....	12813	173	974
1970 .....	17253	170	1482
1975 .....	21462	112	2799
1980 .....	26964	124	3229

\* gemeldete Schäden pro 1000 Fahrzeuge

\*\* Aufwendungen in DM pro Schadensfall (Durchschnitt)

Nachdem die Anzahl der gemeldeten Unfallschäden relativ bis 1975 rapide gesunken war, steigt sie seitdem konstant wieder an, und zwar unverhältnismäßig schneller als die Schadenshöhe. Ein Zeichen dafür, daß der Zwang, kleine Schäden zu melden und nicht mehr aus eigener Tasche wegen des SFR-Verlustes zu bezahlen, wächst.

#### Italienischer Friedensvertrag

### Nichteinhaltung stärkte westdeutschen Imperialismus

Betrachtet man die innen- und außenpolitischen Wirkungen, welche von den Festlegungen der 1947 bzw. 1955 mit den ehemaligen (Zwangs-)verbündeten Hitlerdeutschlands abgeschlossenen Friedensverträge – s. dazu bislang: Politische Berichte 1981/Nr. 12, 19, 20 – ausgingen, dann sticht eine gravierende Tatsache sofort hervor: die *Einhaltung* des finnischen, rumänischen, bulgarischen und ungarischen Friedensvertrages sowie die leidliche Respektierung der Bestimmungen des österreichischen Staatsvertrags haben dazu beigetragen, die traditionellen Expansionsrichtungen des (west-)deutschen Imperialismus zu blockieren. Demgegenüber hat die *Nichteinhaltung* des italienischen Friedensvertrags nicht nur zur Wiedererstarkung des (west-)deutschen Imperialismus beigetragen, sondern sie hat ihm darüber hinaus auch geholfen, jene Beschniedung seines ökonomisch-politischen Wirkungsgrades (welche ja gerade durch die Einhaltung der o.a. Friedensverträge erfolgte) in einem strategisch ziemlich bedeutsamen Umfang wieder wettzumachen. Bedenkt man, daß es *vermittels all dieser Friedensverträge bzw. ihrer Festlegungen galt, den Hegemoniebestrebungen des deutschen Imperialismus* („Neuordnung Europas bzw. Schaffung eines europäischen Großwirtschaftsraums unter großdeutscher Führung!“) die *außerhalb seines Territoriums liegenden zusätzlichen politischen bzw. ökonomischen Reserven zu entziehen* – dann wird klar, daß die in der Nichteinhaltung des italienischen Friedensvertrags zum Ausdruck kommende *Schwäche* des revolutionären Flügels der italienischen Arbeiterbewegung gleichzeitig zu einer Schwächung der anderen Arbeiterklassen und Völker in den jeweiligen europäischen Ländern führen mußte, und zwar zur Schwächung all jener Bemühungen, die darauf abzielten bzw. abzielen, *die unter dem Deckmantel der „Europäischen Vereinigung bzw. Kooperation“ betriebenen Zugriffe des westdeutschen Imperialismus abzuwehren* bzw. die jeweils eigene Bourgeoisie an der Ermöglichung solcher Zugriffe zu hindern.

Zunächst einmal war sicherlich ausschlaggebend, daß die Führung der Kommunistischen Partei Italiens (PCI) letztlich *nicht* an einer von ihr in Umrissen entworfenen Linie revolutionär-demokratischer Politik in der antifaschistischen Einheitsfront festhielt – und zwar gestützt auf jene zwischen 1943 – 45 tätigen regionalen bzw. örtlichen Nationalen Befreiungskomitees. Stattdessen hat sie ziemlich bald diese notwendige Politik zugunsten einer Politik des Kompromisses mit der bürgerlichen Demokratie aufgegeben und ist für die (Togliatti: „wie es rechtmässig ist“) Übergabe der Macht seitens der Befreiungskomitees an die Organe der alliierten anglo-amerikanischen Besatzungstruppen eingetreten. All dies hat es der italienischen Monopolbourgeoisie erleichtert, „unter dem Namen der „aus dem Widerstand geborenen Republik“ ihre Diktatur zu restaurieren und die beiden Arbeiterparteien (Sozialisten-Kommunisten, Red.) schließlich 1947 aus der Regierung zu verdrängen“ (1) Diese Schwäche des revolutionären Flügels

der italienischen Arbeiterbewegung hat infolgedessen dann eine ganz bestimmte *Politik der Regierung de Gasperi/Sforza* (Ministerpräsident/Außenminister) gegen den *italienischen Friedensvertrag* ermöglicht; Molotow hat sie auf der Pariser Außenministerkonferenz (August 1946) folgendermaßen charakterisiert:

1. Kollaboration mit den anglo-amerikanischen Alliierten zwecks Ablehnung der vollständig gerechten Reparationsforderungen seitens der UdSSR, Albaniens, Jugoslawiens und Griechenlands – bei gleichzeitiger Hinnahme äußerst drückender Besatzungslasten.

2. Hinnahme der ökonomischen Infiltration bzw. Abhängigmachung durch das anglo-amerikanische Finanzkapital.

3. Festhalten an den traditionellen Expansionsabsichten des italienischen Imperialismus gegenüber Jugoslawien (Triest/Istrien).

4. Hinnahme faschistischer bzw. neofaschistischer Propaganda und Betätigungen.

5. Versuch der Verhinderung des Zustandekommens eines demokratischen Friedensvertrags bzw. Versuch des Abschlusses eines „provisorischen Friedens“ (d.h. Verlängerung des Waffenstillstands bzw. der Aufrechterhaltung der ausländischen Besatzung) unter Ausnutzung der Meinungsverschiedenheiten unter den Siegermächten. (2)

In Fortsetzung dieser Politik des Kampfes gegen einen demokratischen Friedensvertrag gab Außenminister Sforza daher anlässlich der Unterzeichnung aller fünf o.a. Verträge (Paris, 10.2.1947) u.a. folgende Erklärung ab:

„Meine Regierung hätte keine Ehre ... wenn sie nicht den Alliierten gegenüber darauf hinwiese, daß der vorliegende Vertrag in seinen territorialen, wirtschaftlichen, kolonialen und militärischen Bestimmungen jene Atmosphäre der Erdrückung eines Volkes noch verschärft, die ... so tragisch auf dem italienischen Volke lastet ... Wir können wohl unzählige Irrtümer in der Vergangenheit zugeben, aber die Bestrafung unseres Volkes bis zum gegenwärtigen Augenblick der heutigen Unterzeichnung war so hart, daß wir alle als Italiener und als Weltbürger von der Zukunft die Revision eines Vertrages erwarten, der das Leben eines Volkes von 45 Millionen Menschen vergiften und lähmen könnte, die in einem Lande leben, das sie einfach nicht ernähren kann.“ (3)

Diese Aufforderung zur Revision bzw. Nichteinhaltung des Vertrags blieb nicht lange ungehört: Am 29.4.47 sprach sich eine Anzahl amerikanischer Senatoren gegen die Ratifizierung des italienischen Friedensvertrags aus, „weil dieser nicht die neuen Richtlinien der amerikanischen Politik verkörpert, wie sie in Griechenland und in der Türkei zum Ausdruck kommen“ (4) – dort war der US-Imperialismus mittlerweile auf offenen Interventionskurs gegangen. Und am 14.6.1947 deutete US-Präsident Truman anlässlich der Unterzeichnung der Ratifikationsurkunde bereits „die Möglichkeit einer späteren Änderung gewisser Bedingungen des Friedensvertrags mit Italien an“ (4).

Wenn Sforza rückblickend feststellte: „In einem gewissen Sinn betraf meine gesamte Tätigkeit seit 1947 die *faktische und politische Revision* des Friedensvertrags, während er gleichzeitig *de jure* ertragen wurde ...“ (5) – dann meinte er damit vor allem *jene durch den Atlantik-Pakt-Beitritt* (4.4.49) *eingeleitete praktische Revision* bzw. *Nichteinhaltung des Vertrags*. Man muß wissen, daß dieser Beitritt – sowie die nachfolgend eingegangenen Bündnisse unter Einschluß des BRD-Imperialismus – *durch eine weitere wesentliche Schwäche der PCI erleichtert* wurde: insofern nämlich bereits am 3. März 1947 seitens des damaligen Präsidenten der Nationalversammlung, des *Kommunisten Terracini*, in einer Note an die vier Siegermächte eine *Revision* der Bestimmungen des italienischen Friedensvertrags gefordert wurde. (6) *Damit hatte die PCI ihrem eigenen Kampf* gegen die „Marshallplan-Hilfe“ (1948 – 52), gegen Nato-Beitritt (1949) und gegen den Schumann-Plan bzw. die „Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl“ (18.4.1951) – *die entscheidende politische Grundlage entzogen*:

Die seinerzeitige italienische Regierung wußte nur zu gut, daß sie mit all diesen Beitritten Vertragsbruch um Vertragsbruch beging – jeder dieser Schritte war von einer entsprechenden Erklärung begleitet: so am 27.10.1949, als Sforza im Senat erklärte, der italienische Friedensvertrag sei praktisch aufgehoben, da nur eine Macht (UdSSR, Red.) sich von Zeit zu Zeit seiner erinnere; sowie am 21.12.1951, wo de Gasperi nach Befragung von elf der 21 Signatarstaaten (nämlich sieben Nato- und drei Commonwealthstaaten sowie Taiwan) seitens der Regierung erklärten ließ, daß sie damit den Vertrag als revidiert betrachtet und sich an dessen genannte Klauseln nicht mehr gebunden fühle. (7)

Für diesen Coup war es höchste Zeit, denn hinsichtlich der bereits eingeleiteten und anvisierten Schritte der ökonomischen, politischen und militärischen Allianz unter Einschluß des BRD-Imperialismus stellten die Bedingungen des Friedensvertrags (s. auszugsweise unten!) nach wie vor politische Barrieren dar. Der Beiseitigung dieser Hindernisse lagen *spezifisch ökonomische Zwänge* zugrunde: nämlich der Rohstoffmangel Italiens (8) bzw. die existentielle Abhängigkeit der Industrie von kontinentaler Brennstoffzufuhr – und das war v.a. „deutsche Kohle“. Diese Zwänge haben schon vor der Machtergreifung des Faschismus die sei-

nerzeitige italienische Regierung F. Nitti (9) zur Propagierung des Zusammenschlusses mit Deutschland genötigt (1921/22) und hinsichtlich der späteren „Achse Berlin – Rom“ hat die entsprechende hitlerfaschistische Literatur jene ökonomischen Zwänge ganz unverhohlen als die solide Gewähr für die deutsche Dominanz in dieser „Partnerschaft“ verhandelt. (10) In der Tradition dieser, kontinentaleuropäisch orientierten, imperialistischen Allianz bzw. Außenpolitik stand daher auch die frühzeitige (Sforza: „schon im Juli 1948“) Propagierung der Beteiligung Westdeutschlands an den o.a. Bündnissen bzw. Vertragsgemeinschaften: Wenngleich der italienische Imperialismus damit in erster Linie sein eigenes Wiedererstarken ermöglichen wollte, so hat doch zugleich dieses Bestreben dem BRD-Imperialismus wichtige, äußere, politische Reserven zugeführt für seinen eigenen Kampf gegen einen demokratischen Friedensvertrag und hat ihn somit zweifelsohne selbst gestärkt.

In der Präambel werden als vertragsschließende Seiten genannt: „Die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, das Vereinigte Königreich von Großbritannien und Nordirland, die Vereinigten Staaten von Amerika, China, Frankreich, Australien, Belgien, die Weißrussische Sozialistische Sowjetrepublik, Brasilien, Kanada, die Tschechoslowakei, Abessinien, Griechenland, Indien, die Niederlande, Neuseeland, Polen, die Ukrainische Sozialistische Sowjetrepublik, die Südafrikanische Union und die Föderative Volksrepublik Jugoslawien, die nachstehend als ‚Alliierte und Assoziierte Mächte‘ bezeichnet werden, einerseits, und Italien andererseits ...“ Weiter wird festgestellt, daß das faschistische Italien zusammen mit Deutschland und Japan den Dreimächtepakt bildete, „einen Angriffskrieg unternahm“ und insofern „seinen Teil der Verantwortung für den Krieg trägt“. Daß jedoch „als Folge der Siege der Alliierten Streitkräfte und mit Hilfe der demokratischen Elemente des italienischen Volkes das faschistische Regime in Italien am 25. Juli 1943 gestürzt wurde und Italien, nachdem es sich bedingungslos ergeben hatte, am 3. und 29. September desselben Jahres Waffenstillstandsbedingungen unterzeichnete; und daß nach dem erwähnten Waffenstillstand italienische bewaffnete Streitkräfte, sowohl von Seiten der Regierung als auch aus der Widerstandsbewegung, aktiv am Kriege gegen Deutschland teilnahmen, und Italien am 13. Oktober 1943 Deutschland den Krieg erklärte und somit mitkriegsführende Partei gegen Deutschland wurde ...“

Daran anschließend wird die Grenze zwischen Italien und Frankreich (Art. 2) sowie zwischen Italien und Jugoslawien (Art. 3) festgelegt; außerdem die Grenze zwischen Italien und dem „Freistaat Triest“ (Art. 4) – aufgrund späterer Vereinbarungen zwischen Jugoslawien und Italien wurde dieser „Freistaat“ aufgelöst bzw. die heute gültige Grenze zwischen beiden Staaten vereinbart. Des weiteren regeln die Art. 6 – 9 besondere Vereinbarungen mit Frankreich, der Art. 10 solche mit Österreich bezüglich Tirol und der Art. 11 die Rückgabe einiger Inseln an Jugoslawien, sowie der Art. 12 die Rückgabe ehemals jugoslawischen öffentlichen Eigentums. In Art. 14 schließlich ist die Abtretung der Dodekanes-Inseln (Rhodos u.a.) an Griechenland festgelegt.

Im Rahmen der „Politischen Bestimmungen“ wird die Gewährleistung der elementaren demokratischen Freiheiten bzw. Rechte auferlegt (Art. 15); in Art. 17 wird Italien verpflichtet, „kein Wiederaufleben“ faschistischer Organisationen zuzulassen, und in Art. 18 anerkennt Italien sowohl die Rechtsgültigkeit der übrigen 1947 abgeschlossenen Friedensverträge wie auch die zukünftig noch zu treffenden mit Österreich (1955), Deutschland und Japan.

In Art. 23 verzichtet Italien „auf alle Rechte und Besitzansprüche“ gegenüber den ehemaligen Kolonien (11) Libyen, Eritrea und Somalia; in Art. 27 anerkennt es „die Souveränität und Unabhängigkeit“ Albaniens (die Art. 28 – 32 regeln die Einzelheiten dazu) sowie in Art. 33 „die Souveränität und Unabhängigkeit“ Äthiopiens (die nachfolgenden Art. 34 – 38 regeln ebenfalls die entsprechenden Einzelheiten).

Im Rahmen der „Militärischen Bestimmungen“ verbietet Art. 50 die Errichtung militärischer Anlagen auf Sardinien und Sizilien; Art. 51 verbietet den Besitz von Atomwaffen, Raketen und Raketenabschüttanlagen etc. Art. 52 lautet: „Der Erwerb von Kriegsmaterial deutscher oder japanischen Ursprungs oder Baumusters, sowohl von innerhalb wie außerhalb Italiens, ferner die Herstellung derartigen Materials ist Italien verboten.“ Art. 53 beschränkt die „Gesamtzahl der schweren und mittleren Panzer“ auf 200; die übrigen Beschränkungen für die Marine, das Heer, die Carabinieri und die Luftwaffe (hinsichtlich Personal und Gerät, Ausrüstung) sind in den Art. 56 – 67 festgelegt.

Art. 68 lautet: „Italien arbeitet in jeder Hinsicht mit den Alliierten und Assoziierten Mächten zusammen, um sicherzustellen, daß Deutschland und Japan daran gehindert werden, außerhalb deutschen oder japanischen Gebietes Schritte zu einer Wiederaufrüstung zu unternehmen.“ (12)

(1) U. Grothus, Italien im 2. Weltkrieg, Kommunismus u. Klassenkampf 5/80, S. 21  
(2) Molotow, Fragen der Außenpolitik, Moskau 1949, S. 115ff. (3) Europa-Archiv (EA), Jg. 1947 (Pariser Außenministerkonferenz) (4) EA, Jg. 1947 (Zeitgeschehen) (5) Sforza, Cinque anni a Palazzo Chigi, 1952, S. 432 (Übers. d. Red.) (6) EA, Jg. 1947 (Zeitgeschehen) (7) EA, Jg. 1949/51 (Zeitgeschehen/Kurzberichte) (8) A. Costa, Italiens Industrie u. d. europäische Wirtschaft, EA, Jg. 1950, S. 2965 (9) F. Nitto, Das friedlose Europa, Frankfurt 1922, S. 269ff (10) A. Oesterheld, Wirtschaftsraum Europa, Berlin 1942, S. 93ff., S. 345ff. (11) U. Grothus, Am Ende stand die ‚Achse Berlin – Rom‘, KuK 3/80, S. 14 – 15 (12) Die Friedensverträge von 1947, Vlg. EA, Oberursel, 1948

## Mundart-Rock

# „Wolfgang Niedeckens BAP rockt andere Kölsche Leeder“

Nicht unwichtig für die Beliebtheit von Niedeckens BAP ist, daß sie Hausbesetzungen aktiv unterstützen und Niedecken solche Erfahrungen in seinen Liedern verarbeitet. „Es scheint mit schizophren, Gefühle in ein Lied zu packen, die letztlich nur der Autor richtig empfinden und wiedergeben kann.“ (aus: Szene Köln). Die Musik verarbeitet Rock-, Blues-, Rumba- und Reggae-Rhythmen. Das Faszinierendste ist die originelle, direkte, wenig intellektuell angehauchte Verarbeitung der Themen im Kölner Dialekt. „Das schöne ist, daß man in Kölisch Sachen sagen kann, die nicht steif wirken ..., weil es die Sprache ist, in der ich mich täglich ausdrücke.“ (Textbeilage 1. LP). Auf der ersten Platte finden sich Lieder gegen Krieg und Zerstörung, gegen die Diskriminierung von ausländischen Arbeitern: „Verdampf! Häss do dich och wie ich jeschamp? (geschämt) / verjlich ens wie die he zo uns sinn/ un wie mer die ze Kölle ahnsinn (ansieht).“ Und gegen Zensur: „Jung, halt ding klammheimliche Freud öm Joddeswille joot versteck“.

Den Grund allen Übels sieht er in der Nichtverwirklichung des Grundgesetzes, denn „demokratisch woer et fröher, jetz weet et zum Wett“; und nicht darin, daß dort das Grundprinzip der bürgerlichen Ordnung, das Privateigentum an den Produktionsmitteln, festgeschrieben ist. Der Hit „Wahnsinn“ ist ein Abgesang auf alternative „Knüsellichkeit“. Auf der zweiten LP befindet sich neben Pro-Liebesliedern wie „Vun mir uss Kitsch“, der Hit „Anna“, der die Ohnmacht angesichts der Unfähigkeit zur Identitätsfindung (seiner Freundin besingt und das „Stollwerk-Leed“. Dieses bezieht sich auf eine im Zuge der Südstadtsanierung zum Abriß freigegebene Fabrik, in der die Jugendlichen billigen Wohnraum schaffen wollten und die erst nach Monaten der Auseinandersetzung von der Stadt geräumt werden konnte. „Die nevven dir sinn Käals und Fraue/ Die lossen sich nit mieh versae/ Un die wollen nit mieh nur Stimmvieh sinn/ Die haalen nit mieh still und waade/ Die lossen sich nit mieh verlaade/ Die wehren sich jetz, die mischen sich enn/ „Wir weeden immer mieh/ Hoffentlich immer mieh/ Denn nur su halen mir se op!“ Das Lied mit der deutlichsten politischen Aussage neben dem „Stollwerk-Leed“ ist folgendes:

„Stell dir vüür (vor) (Gewissensprüfung eines Kriegsdienstverweigerers)“

Stell dir vüür, do wöörs em Wald un häfft an Axt bei./ Stell dir vüür, ding Frau wöör och dabei! / Stell dir vüür, ne Kääl (Kerl) köhm, jöhv (gabe) ihr Schokolädcche./ dä tröök e Mezz eruss un jing ihr ahh de Bein./ Jo, wat däätste (tätest du) dann?/ Däätste maache Mann?/ Saach mer, wehrste dich?/ Oder leetze dann ding Frau em Stech?

Eetzens nöhnm ich mir ens flock dat Schokolädcche/ Zweitens däät ich waade, bess häfisch wöör/ Drittens künnt ich en dä Zick (Zeit) paar Christbäum schlaare/ Vierens köhm am Eng do optisch jet bei römm./ Fünftens däät ich dann, ens eins rauche Mann/ denn: Sextens suwiesu/ wöör ich se quitt (los) und dann wöhr ich fruh. Stell dir vüür, do jings spaziere op der Huhstroß/ unger dingem Arm häfft ich MG./ Stell dir vüür, do leef op eimohl einer Amok/ ballert en de Lück (Leute), met enem Jewehr./ Jo, wat däätste dann?/ Däätste maache Mann?/ Saach mer, wehrste dich?/ Oder leetze dann ding Stadt em Stech?

Eetzens jing ich dann ens flock nohm Foto Porst renn, / für en neu Kasett für ming Polaroid./ Zweitens däät dich dann de Bildzeitung ahrnoofe/ für ne Exklusivbericht op Seite eins, / drittens däät ich dann/ och ens laade Mann/ viertens frank und frei/ triff einer nit esu vill wie zwei.

Stell dir vüür, do sitz doheim en dingem Jaade, / nevven dir do stünd e Flugabwehrjeschütz, / bovven (oben) en der Luff, do köhm e russisch Flugzeuch, / dat will en H-Bomb schmieße, eh et sich verdröck./ Jo, wat däätste dann?/ Däätste maache Mann?/ Saach mer, wehrste dich? Oder leetze dann ding Stadt em Stech?

Ich jläuv (glaube), do däät ich eez e Stündsche drover schlöofe, / dann reef ich ming Fründe ahh, noh der Reih:/ „Saat Männ, künnt ihr mir ens jraad ming Kanon ahnschiebe helfe?/ un dann köhm ich he bei dä Kommission vorbei/ Kreiswehrersatzamt/ wööt dann ömjelapp (kaputtgemacht)/ un et wöör vorbei/ met dä affjewichste Frorerei (Fragerei).

Der Text ist angeregt von einem Degenhardt-Lied, in der Erzählhaltung direkt, ironisierend, ausschließlich entlarvend und an Intellektuelle gerichtet. Auf der dritten LP, die nun beim Großverlag EMI erschien, gibt es nichts direkt Politisches mehr. Das Lied „Südstadt, (v)erzähl nix“ gerät ihm aus der Sicht „eines betrogenen Liebhabers“ nostalgisch. Auffallend häufig thematisiert er hier die „Lück, die ich ens kannt“ und deren Korruptioniertheit er geradezu beschwörend nicht verfallen will. Einige Jugendliche schreiben ihm aber dies nun zu und meinen, inhaltlich könne die LP auch Udo Jürgens gefüllt haben.

# Entwicklung der Jahreslöhne und -gehälter seit Januar 1980

Nach Äußerungen ihres Vorsitzenden Eugen Loderer will die IG Metall mit der kommenden Lohnbewegung jedenfalls einen Ausgleich des Kaufkraftverlustes erreichen. Eugen Loderer sprach davon, daß man für 1982 mit einer Inflationsrate von sechs Prozent zu rechnen habe. Die Inflationsrate steht gegenwärtig bereits auf 6,55%, alle Welt rechnet mit einem weiteren Anziehen. Danach glaubt Loderer, daß die Inflationsrate im Jahre 1982 abnehmen wird. Wir haben folglich angenommen, daß die Inflationsrate von Dezember 1981 auf Dezember 1982 von 7% auf 6% gegenüber Vorjahreswerten fällt und die IG Metall mit 6% abschließt. Die Folge wäre sowohl für die niedrigen, wie für die mittleren wie für die höheren Löhne und Gehälter, daß die Fallgeschwindigkeit der Lohnkaufkraft auf dem Tempo bleibt, das von 1980 auf 1981 bereits gewirkt hat. Die Rechnung ist mit vielen Annahmen behaftet. Für das Ergebnis Jahreslohn 1981 zu Jahreslohn 1982 sind verantwortlich: a.) unsere Annahme, daß die Inflationsrate bis Dezember auf 7% gegenüber dem Vorjahr noch steigt und dann (um zu den von Loderer in die Diskussion gebrachten 6% zu kommen) bis Dezember 1982 auf 6% gegenüber dem Vorjahr zurückgeht; b.) der Sachverhalt, daß die Steuerprogression stets verlangt, Forderungen über der Inflationsrate abzuschließen, wenn die Kaufkraft des Nettolohns erhalten bleiben soll. Wird nicht gleichzeitig eine Steuerreform durchgesetzt, führen Abschlüsse in exakter Höhe der Inflationsrate immer zu einem Kaufkraftverlust.

Wir haben für die drei Vergleichsjahre jeweils eine Monatslohnreihe aufgestellt. Das ist sinnvoll, weil die Lohnzahlung die Haushaltsskasse in monatlichen Abständen auffüllt, ein großer Teil der Ausgaben der Arbeiterhaushalte monatlich wiederkehrende Ausgaben sind und sich der Eindruck von der Lohnkaufkraft deswegen monatlich fixiert.

Die Situation entwickelt sich von Monat zu Monat recht sprunghaft. Für den Jahreslohn 1982 käme (ausgedrückt in Preisen Januar 1980) in unserem Beispiel ein Gesamtverlust von rund dreieinhalb Prozent gegenüber 1980 heraus. Aber dieser Gesamtverlust würde sich in den einzelnen Monaten doch sehr verschieden darstellen:

Derselbe Abschluß, der bezogen aufs Jahreseinkommen gegenüber 1981 rund 2% Verlust und gegenüber 1980 rund dreieinhalb Prozent Verlust bedeuten würde, stellte sich in den Monaten Februar und März als positive Verbesserung gegenüber Februar/März 1980 als auch gegenüber Februar/März 1981 dar. Und dies sogar, obwohl wir in unserem Beispiel gerade für diese Monate mit einer Inflationsrate gerechnet haben, die deutlich über dem angenommenen 6% Abschluß liegt. Das Phänomen würde freilich dann nur eintreten, wenn die IG Metall im Unterschied zu diesen Vorjahren zu einem schnellen Abschluß käme. Aus derartigen Gründen empfehlen wir, bei den Diskussionen, die der Aufstellung der Lohnforderung immer vorangehen, folgendes zu berücksichtigen:

a.) Der Vergleich von Jahres-Nettoeinkommen ist das einzige realistische Mittel.

b.) Die Bereinigung der monatlich gezahlten Beträge auf Kaufkraft erfolgt am besten über eine monatliche Indexreihe.

c.) Eine Vorausschätzung der Inflationsrate ist Verhandlungsvoraussetzung.

d.) Wenn nicht eine Steuerreform gleichzeitig stattfindet, so wird eine Forderung, die brutto die Inflationsrate sehr wohl ausgleicht, netto zu einem deutlichen Kaufkraftverlust führen.

e.) Ein Lohnabschluß kann – berechnet auf wenige Monate rund um den Abschlußzeitraum – sich für diese Monate völlig anders darstellen, als aufs Jahr gesehen richtig ist.

Wir hoffen, daß wir die ausgeführten Beispiele realistisch gewählt haben und daß keine Fehler enthalten sind. Bis wir bei dieser Art Rechnungen zu einiger Sicherheit kommen, wird noch Zeit vergehen. Ziel ist, zu einem realistischen Modell für die Einkommens- und Kostenrechnung der Arbeiter und Angestelltenhaushalte zu kommen. Dazu müssen wir uns zunächst mit der Einnahmeseite der Arbeiterhaushaltungen vertraut machen. Im nächsten Heft beabsichtigen wir ein Beispiel aufzustellen, aus dem die Kaufkraftentwicklung unter Einschluß der Leistungen aus dem Netz der sozialen Sicherheit hervorgeht.

## Metallarbeiter NRW, Maschinenbau, Leistungsgr. I, verh., 1 Kind, Stkl. IV

		Monatsbrutto	Netto	Preisindex 1/80 = 100	Kaufkraft Nettolohn
<b>1980</b>	Januar	2659.-	1735,25	100	1735.-
	Februar	2659.-	1735,25	101,1	1717.-
	März	2659.-	1735,25	101,7	1707.-
	April	2832.-	1814,77	102,3	1774.-
	Mai	2832.-	1814,77	102,7	1767.-
	Juni	2832.-	1814,77	103,3	1758.-
	Juli	4067.-	2363,59	103,4	2285.-
	August	2862.-	1828,16	103,5	1766.-
	September	3404.-	2071,01	103,5	2001.-
	Oktober	2832.-	1814,77	103,7	1751.-
	November	4248.-	2729,18	104,3	2616.-
	Dezember	2832.-	1814,77	104,9	1731.-
		Summe Netto-Jahreseinkommen (in Kaufkraft Jan. 1980)			22608.-
<b>1981</b>	Januar	2793.-	1819,19	105,8	1719.-
	Februar	2793.-	1819,19	106,6	1707.-
	März	2793.-	1819,19	107,3	1695.-
	April	2849.-	1847,01	108	1710.-
	Mai	2930.-	1885,01	108,4	1739.-
	Juni	3250.-	2032,10	109	1865.-
	Juli	4223.-	2477,90	109,4	2265.-
	August	2961.-	1900,14	109,8	1731.-
	September	3592.-	2195,33	110,3	1991.-
	Oktober	2931.-	1884,86	110,9	1700.-
	November	4397.-	2835,94	111,6	2541.-
	Dezember	2931.-	1884,86	112,3	1678.-
		Summe Netto-Jahreseinkommen 1981 (in Kaufkraft Jan. 1980)			22341.-
		Verlust gegenüber 1980			1,18%
<b>1982</b>	Januar	2891.-	1877,27	113,1	1660.-
	Februar	3064.-	1959,47	113,9	1720.-
	März	3064.-	1959,47	114,5	1711.-
	April	3064.-	1959,47	115,2	1701.-
	Mai	3064.-	1959,47	115,6	1696.-
	Juni	3064.-	1959,47	116	1689.-
	Juli	4435.-	2569,69	116,4	2208.-
	August	3097.-	1975,24	116,7	1692.-
	September	3766.-	2275,80	117,2	1943.-
	Oktober	3066.-	1959,54	117,8	1664.-
	November	4599.-	2927,20	118,2	2473.-
	Dezember	3066.-	1959,54	119	1647.-
		Summe Netto-Jahreseinkommen 1982 (in Kaufkraft Jan. 1980)			21804.-
		Verlust gegenüber 1980			3,55%

## Anmerkungen zu den Modellrechnungen:

### 1. Berechnung der Bruttolöhne und Gehälter:

Den Fällen liegen die vierteljährlich im Januar, April, Juli, Oktober erhobenen Daten der Effektivlohnstatistik (stat. Bundesamt, Fachserie 16, Reihe 2.1, 2.2) zugrunde. Die Zahlungen wurden jeweils auch für die anderen Quartalsmonate angenommen, soweit nicht durch das Datum des Tarifabschlusses und tarifliche Sonderzahlungen (Urlaubsgeld, 13. Monatsgehalt) Veränderungen der Bruttolöhne vorausgesetzt werden konnten. Sonderzahlungen wie Urlaubsgeld und 13. Monatseinkommen werden in der Effektivlohnstatistik nicht erfaßt. Der Jahresurlaub (1980: 29 Tage; ab 1981: 30 Tage) ist mit 20 Tagen im Juli und 9 bzw. 10 Tagen im September angesetzt worden. Entsprechend die Zahlung des Urlaubsgeldes (50% tarifliche Urlaubsvergütung). Die Urlaubsgeldansprüche wurden aufgrund der Bruttostundenverdienste ermittelt, die in der Effektivlohnstatistik für das Quartal ausgewiesen sind, im Falle des Angestellten als Teil des entsprechenden Monatsverdienstes. Die Auszahlung des 13. Monatsgehaltes (50% bei über 36 Monaten

**Metallarbeiterin NRW, Elektroindustrie,  
Leistungsgruppe III, ledig, Steuerklasse I**

		Monats- brutto	Netto	Preisindex Kaufkraft 1/81 = 100 Nettolohn
<b>1980</b>	Januar	1 693.-	1 197,39	100
Februar	1 693.-	1 197,39	101,1	1 185.-
März	1 693.-	1 197,39	101,7	1 178.-
April	1 775.-	1 249,29	102,3	1 221.-
Mai	1 775.-	1 249,29	102,7	1 216.-
Juni	1 775.-	1 249,29	103,3	1 210.-
Juli	2 640.-	1 712,86	103,4	1 656.-
August	1 810.-	1 271,56	103,5	1 228.-
September	2 184.-	1 485,92	103,5	1 435.-
Oktober	1 810.-	1 271,56	103,7	1 226.-
November	2 715.-	1 967,34	104,3	1 886.-
Dezember	1 810.-	1 271,56	104,9	1 212.-
Summe Netto-Jahreseinkommen (in Kaufkraft Jan. 1980)				15 850.-
<b>1981</b>	Januar	1 775.-	1 242,91	105,8
Februar	1 775.-	1 242,91	106,6	1 166.-
März	1 775.-	1 242,91	107,3	1 158.-
April	1 814.-	1 267,47	108	1 174.-
Mai	1 862.-	1 297,43	108,4	1 197.-
Juni	2 182.-	1 487,90	109	1 365.-
Juli	2 748.-	1 784,84	109,4	1 631.-
August	1 881.-	1 310,34	109,8	1 193.-
September	2 315.-	1 561,01	110,3	1 415.-
Oktober	1 881.-	1 310,34	110,9	1 182.-
November	2 822.-	2 026,39	111,6	1 816.-
Dezember	1 881.-	1 310,34	112,3	1 167.-
Summe Netto-Jahreseinkommen 1981 (in Kaufkraft Jan. 1980)				15 639.-
Verlust gegenüber 1980				1,3%
<b>1982</b>	Januar	1 845.-	1 289,28	113,1
Februar	1 956.-	1 358,47	113,9	1 193.-
März	1 956.-	1 358,47	114,5	1 186.-
April	1 956.-	1 358,47	115,2	1 179.-
Mai	1 956.-	1 358,47	115,6	1 175.-
Juni	1 956.-	1 358,47	116	1 171.-
Juli	2 914.-	1 875,61	116,4	1 611.-
August	1 995.-	1 382,44	116,7	1 185.-
September	2 455.-	1 645,64	117,2	1 404.-
Oktober	1 995.-	1 382,44	117,8	1 174.-
November	2 993.-	2 129,13	118,2	1 801.-
Dezember	1 995.-	1 382,44	119,0	1 162.-
Summe Netto-Jahreseinkommen 1982 (in Kaufkraft Jan. 1980)				15 381
Verlust gegenüber 1980				3,0%

Betriebszugehörigkeit abgesichert) wurde im November angesetzt. Die Effektivlohnstatistik ist erst bis April 1981 veröffentlicht. Zur Berechnung der weiteren Entwicklung der Bruttolöhne wurden folgende Annahmen getroffen: a) im Mai 81 erhöhte sich der Bruttolohn um 4,9%, bezogen auf Januar 1981; b) die Einmalzahlung von 2 x 160 DM für die Monate Februar-März wurde im Juni ausgezahlt; c) die weiteren Veränderungen der Effektivlöhne von Quartal zu Quartal wurden entsprechend der Bewegung des Effektivlohns der jeweiligen Leistungsgruppe in 1980 angenommen – z.B. Veränderung von August 81 auf Oktober 1981 entsprechend der Bewegung von August 80 auf Oktober 80.

Für Februar 1982 wurde eine Lohnerhöhung von 6% angesetzt. Der Modellannahme liegt die Erklärung Loderers zugrunde, ein Abschluß in Höhe der Inflationsrate 82 sei notwendig; er ging dabei von einer Rate von 6% aus.

**2. Berechnung der Nettolöhne und -gehälter:**

Die Abzüge sind nach den jeweils geltenden Lohnsteuertabellen berechnet. Bei der Auszahlung des 13. Monatsgehälts wurde der

**Angestellter Maschinenbau NRW, Leistungsgruppe II, verheiratet, 2 Kinder, Steuerklasse III**

		Monats- brutto	Netto	Preisindex Kaufkraft 1/80 = 100 Nettolohn
<b>1980</b>	Januar	3 882.-	2 735,02	100
Februar	3 882.-	2 735,02	101,1	2 706.-
März	3 882.-	2 735,02	101,7	2 690.-
April	4 147.-	2 905,79	102,3	2 841.-
Mai	4 147.-	2 905,79	102,7	2 828.-
Juni	4 147.-	2 905,79	103,3	2 814.-
Juli	6 041.-	4 121,43	103,4	3 985.-
August	4 153.-	2 909,86	103,5	2 811.-
September	5 002.-	3 481,73	103,5	3 363.-
Oktober	4 137.-	2 899,74	103,7	2 796.-
November	6 203.-	4 460,62	104,3	4 277.-
Dezember	4 137.-	2 899,74	104,9	2 764.-
Summe Netto-Jahreseinkommen (in Kaufkraft Jan. 1980)				36 610.-
<b>1981</b>	Januar	4 127.-	2 886,72	105,8
Februar	4 127.-	2 886,72	106,6	2 708.-
März	4 127.-	2 886,72	107,3	2 690.-
April	4 182.-	2 922,11	108	2 706.-
Mai	4 329.-	3 018,20	108,4	2 784.-
Juni	4 649.-	3 245,67	109	2 978.-
Juli	6 305.-	4 339,57	109,4	3 967.-
August	4 335.-	3 021,06	109,8	2 751.-
September	5 320.-	3 707,17	110,3	3 361.-
Oktober	4 318.-	3 010,68	110,9	2 715.-
November	6 477.-	4 669,87	111,6	4 184.-
Dezember	4 318.-	3 010,68	112,3	2 681.-
Summe Netto-Jahreseinkommen 1981 (in Kaufkraft Jan. 1980)				36 253
Verlust gegenüber 1980				1,0%
<b>1982</b>	Januar	4 307.-	2 996,85	113,1
Februar	4 566.-	3 162,00	113,9	2 776.-
März	4 566.-	3 162,00	114,5	2 762.-
April	4 566.-	3 162,00	115,2	2 745.-
Mai	4 566.-	3 162,00	115,6	2 735.-
Juni	4 566.-	3 162,00	116,0	2 726.-
Juli	6 650.-	4 518,80	116,4	3 882.-
August	4 572.-	3 167,36	116,7	2 714.-
September	5 611.-	3 869,90	117,2	3 302.-
Oktober	4 554.-	3 156,29	117,8	2 679.-
November	6 831.-	4 864,40	118,2	4 115.-
Dezember	4 554.-	3 156,29	119,0	2 652.-
Summe Netto-Jahreseinkommen 1982 (in Kaufkraft Jan. 1980)				35 738.-
Verlust gegenüber 1980				2,4%

ab 1980 gültige Weihnachtsfreibetrag von 600 DM bei der Steuer berücksichtigt, ebenso der Freibetrag von 100 DM bei den Sozialabgaben.

Die ab 1982 wirksame Veränderung der Höchstbeträge für Vorsorgeaufwendungen nach dem „Steuerentlastungsgesetz 1981“ ist für 1982 berücksichtigt.

**3. Inflationsrate:**

Der von der Bundesbank veröffentlichte Index der Preissteigerungsrate für allgemeine Lebenshaltungskosten (1976 = 100) wurde umbasiert auf: Januar 1980 = 100. Für Juli, August, September 81 sind die vom Stat. Bundesamt veröffentlichten Daten über die Steigerung der Lebenshaltungskosten verwandt. Wir haben ferner angenommen, daß die Inflationsrate von jetzt fast 6,6% (gegenüber Vorjahresmonat) bis zum Jahresende 81 auf 7% steigt und dann bis zum Jahresende 82 allmählich auf 6% fällt.

**4. Kaufkräftiges Nettoeinkommen:**

Ergibt sich aus der Division des Nettolohnes nach Abzügen durch den Index der Preissteigerung (Jan. 1980 = 100).



#### BRD-Direktinvestitionen

### BRD-Kapitalisten streben nach neuen Rekorden im Kapitalexport

Brutale Senkung des Lohnstandards im Innern, Steigerung des Kapitalexports ins Ausland: Das ist die Maxime der westdeutschen Kapitalisten. Seit 1970 konnten sie ihre Direktinvestitionen im Ausland auf über 80 Mrd. DM vervierfachen. Die Ausbeutung mehrerer Millionen Arbeiter im Ausland, ein großer Teil davon in Staaten der Dritten Welt zu Hungerlöhnen, befe-

stigt die durch Warenexporte und Kredite eingeleitete Eroberung neuer Absatzmärkte und Kapitalanlagegebiete. Jeder Fortschritt, den die BRD-Kapitalisten auf diese Weise im Kampf gegen ihre imperialistischen Konkurrenten und gegen den Aufbau einer selbstständigen Wirtschaft in der Dritten Welt erzielen, steigert den Druck auf den Lohnstandard der westdeutschen Arbeiter.

Die Unionsparteien bereiten die Übernahme der Regierungsgeschäfte vor. Noch fühlen sie sich, obwohl im Besitz einer wachsenden parlamentarischen Basis, durch den Widerstand gehindert, der ihrer Politik aus Gewerkschaftsbewegung, von Jugendbewegungen und von politischen Bewegungen entgegengesetzt würde. Aufweichung wäre not. Die Union hat die Sozialdemokratie aus der Rolle des Kritikers weithin verdrängt. Jetzt wirft man sich zu Reformern auf.



#### Lohnfortzahlung

### IG Metall führt Großkundgebung in Kiel durch



Seit Anfang des Jahres heulen sämtliche Kapitalistenverbände im Chor: Die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall müsse aufgehoben werden. Sie sei eine unerträgliche Kostenbelastung und schwäche sie gegenüber ihren ausländischen Konkurrenten. CDU/CSU und FDP fordern die Wiedereinführung von Karenztagen im Krankheitsfall. 1956/57 haben

die schleswig-holsteinischen Metallarbeiter 16 Wochen für die Lohnfortzahlung gestreikt. Die IG Metall nimmt das zum Anlaß für eine Großkundgebung gegen diese Angriffe. Flensburger Werftarbeiter fordern darüberhinaus in einer Resolution die SPD-Bundestagsabgeordneten auf, dem Sparhaushalt nicht zuzustimmen.

#### Ägypten

### Ist das Attentat der erste Schritt zur Revolution?

Mit dem Tod Sadats ist die von ihm verfolgte Politik nicht geschlagen. Die Schwächung des Regimes mag seinen Nachfolger Mubarak zu noch engerer Anlehnung an die USA (oder an die andere Supermacht?) treiben. Die US-Imperialisten haben „für alle Fälle“ ihre Einsatztruppe mobilisiert. Werden die Volksmassen ein antiimperialistisches Programm durchsetzen können? Wofür treten die Oppositionsgruppen ein?



**Politische Berichte**  
Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten  
erscheint vierzehntäglich, Preis 2,- DM

**Nachrichtenhefte**  
erscheinen vierzehntäglich mit acht verschiedenen Heften, Preis pro Heft 0,70 DM  
01 Stahl- und Metallindustrie  
02 Druckindustrie  
03 Chemie und übrige Industrien  
04 Handel, Banken, Versicherungen  
05 Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr  
06 Schul- und wehrpflichtige Jugend  
07 Studierende Jugend  
08 Kommunalverbände  
Landwirtschaft und kleine Selbständige

Politische Berichte und Nachrichtenhefte werden herausgegeben von:  
Zentrales Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)  
5000 Köln 1  
Kamekestr. 19  
Tel.: 0221/ 517376  
Sie erscheinen im Verlag GNN Verlagsgesellschaft m.b.H.  
5000 Köln 1  
Kamekestr. 19  
Tel 0221/ 517457

#### Bezugsbedingungen:

**Politische Berichte:** Halbjahresabonnement incl. Versand 29,- DM, Jahresabonnement incl. Versand 58,- DM

**Politische Berichte sowie ein Heft Nachrichten:** Halbjahresabonnement incl. Versand 40,- DM, Jahresabonnement incl. Versand 80,- DM.

**Jedes weitere Nachrichtenheft:** Halbjahresabonnement 9,- DM, Jahresabonnement 18,- DM.

**Einzelabonnement Nachrichtenheft:** Halbjahresabonnement incl. Versand 14,- DM, Jahresabonnement incl. Versand 28,- DM.

**Jedes weitere Heft:** Halbjahresabonnement 9,- DM, Jahresabonnement 18,- DM

Bestellungen sind zu richten an:

GNN Verlagsgesellschaft m.b.H.  
5000 Köln 1  
Kamekestr. 19  
Tel. 0221/ 517457